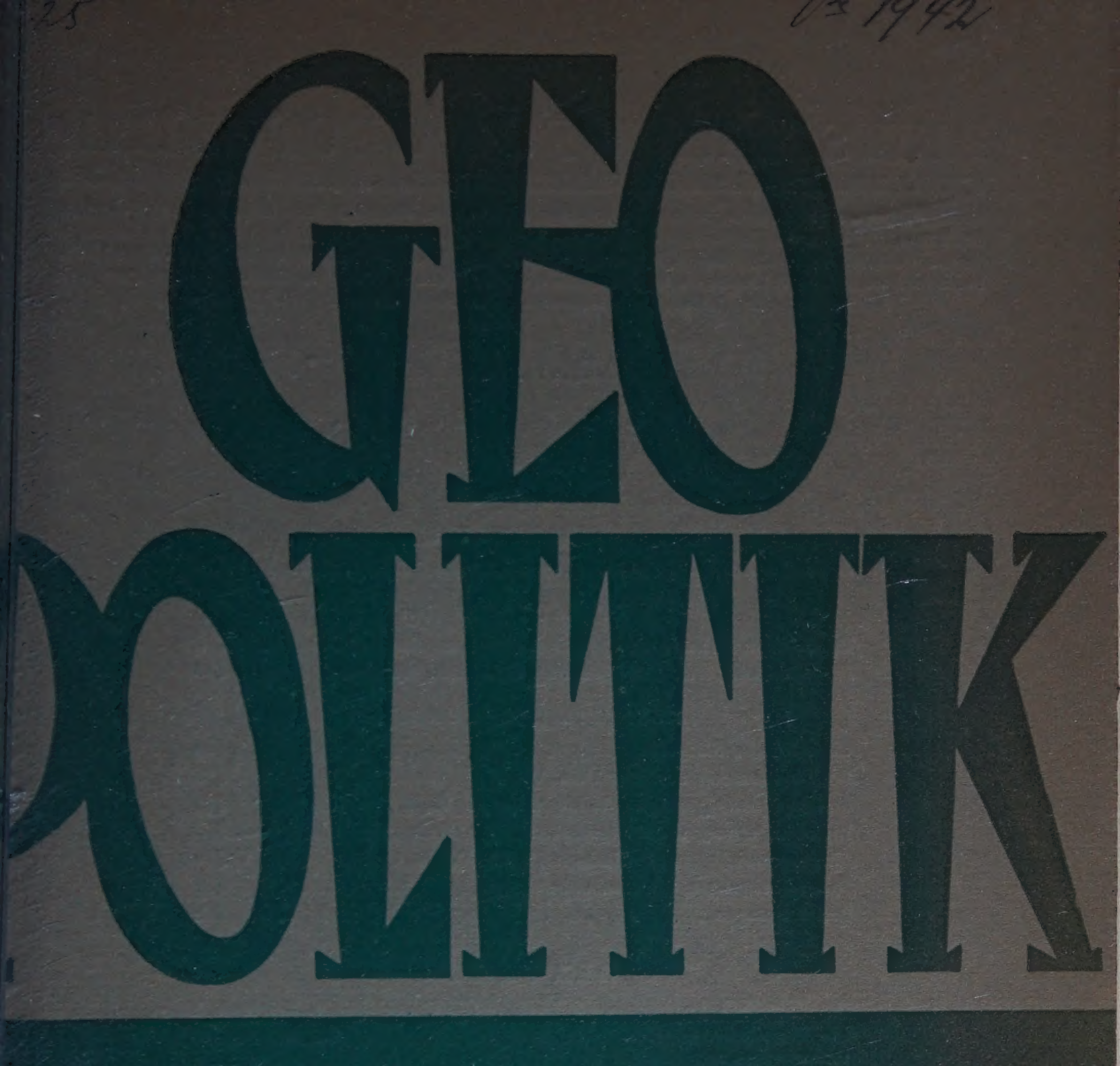


US DEM INHALT DES HEFTES:

Agnes Smedley
Indien als entscheidender Faktor der Weltpolitik
Friedrich Papenhusen / Das politische Problem
r Balkanhalbinsel / Hugo Rachel / Bevölkerungsdichte
Vachstum / Geopolitische Statistik / Berichterstattungen

URT VOWINCKEL VERLAG

T 6 / JUNI II. JAHRGANG 1925 2 MARK

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor a. d. Univ., Gen.-Major a.D., München, Arcisstr. 30, Tel. 57312, *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Geibelstr. 24, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach* Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Tel. West 5948 und *Dr. O. Maull*, a.o. Prof. an der Univ., Frankfurt/Main, Franz Rückerstrasse 23, Tel. Maingau 5117, unter ständiger Mitarbeit des „Wirtschaftsdienst", Hamburg, Poststr. 19
Schriftleitung: *Dr. F. Hesse*, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 85, Tel. Pfalzburg 2234

II. JAHRGANG 1925

HEFT 6 · JUNI

INHALT:

LEITAUFSATZ: Seite

UNTERSUCHUNGEN:

BERICHTERSTATTUNGEN:

DER PREIS:

[illegible]zelheft:
Das [illegible] . . . . 2 Reichsmark
Die Viertelja[illegible]ge . . . . 6 Reichsmark
Die Halbjahresfolge . . . . 12 Reichsmark
Die Jahresfolge mit Register . . . . 24 Reichsmark

Postscheckkonto: Zeitschrift für Geopolitik, Berlin 16019, Kurt Vowinckel Verlag, Wien 55918. Bankkonto: Delbrück Schickler & Co., Berlin

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., a. o. Professor a. d. Universität, München, Arcisstrasse 30,
Dr. Erich Obst, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Geibelstr. 24,
Dr. O. Maull, a. o. Professor a. d. Universität, Frankfurt a. M., Franz Rückerstraße 23,
Dr. F. Papenhusen, Güstrow, Hollstr. 8,
Agnes Smedley, Indien,
Dr. Hugo Rachel, Berlin-Schmargendorf, Ruhlaer Str. 14.

KURT VOWINCKEL VERLAG
BERLIN-GRUNEWALD / HOHENZOLLERNDAMM 83

AGNES SMEDLEY:

INDIEN ALS ENTSCHEIDENDER FAKTOR DER WELTPOLITIK

„Gedenke, daß der Handel Indiens den Handel der Welt bedeutet — und wer ihn beherrscht, ist Herr Europas."
Peter der Große.

Niemand kann die Außenpolitik Englands, niemand sein geistiges und kulturelles Leben begreifen, der nicht die Rolle erkennt, die Indien im Gefüge des britischen Weltreiches spielt. Niemand kann die britische Außenpolitik verstehen, — die von den napoleonischen Kriegen bis zur Einsetzung des Völkerbundes und dem Abschluß des deutsch-englischen Handelsabkommens alle militärischen und diplomatischen Aktionen bestimmte, — der nicht jene Kriege, diplomatischen Konflikte, Annexionen, Allianzen, Expansionen und Protektorate nur als Schattenrisse vor dem Hintergrund der indischen Politik erblickt. Denn das britische Imperium ist kein europäisches Reich: es ist ein asiatisches; und Indien ist sein Hauptpfeiler.

Im breiten historischen Aufriß fallen zwei Prozesse in der Entwicklung Englands und Indiens auf: Beim Einsetzen der industriellen Umwälzungen erblicken wir England als ein armes Land. Im Laufe der Jahre aber wird es scheinbar spontan eines der reichsten und mächtigsten der Erde.

Richten wir unsere Augen auf Indien: Bei Beginn der gleichen industriellen Revolution tritt Indien seinen Passionsweg an. Seine großen Industrien, die einst den Neid der Welt auf sich zogen, gingen unter; seine Philosophie, auf der abendländische Systeme sich erbauten, erlosch; seine Dichtkunst und Wissenschaft, die jahrhundertelang in wunderbarer Blüte gestanden hatten, verblichen; der fabelhafte Reichtum, der den Neid der Welt erweckt und zur Entdeckung Amerikas geführt hatte, verschwand. Denn England legte beim Einsetzen der industriellen Epoche seine Hand auf Indien. Und diese Berührung wirkte tödlich. Jene systematische Ausbeutung, die England bereicherte und erhöhte und seinen Dichtern Freiheitsträume eingab, hat Indien in die Tiefen verzweifelten Elends gestürzt, seine Kultur vernichtet, seine Bevölkerung entmannt und sie Hungersnöten, Seuchen und Betäubungsmitteln preisgegeben.

Die Vorgänge, die mit jener Epoche verknüpft sind, sind von solcher Tragweite, daß sie nicht übersehen werden dürfen. Die Erfindung der Dampfmaschine durch Watt und der Spinnmaschine durch Arkwright wären — ohne jenen ungeheuren Reichtum, der dem Londoner Markt aus der Plünderung Bengalens durch die East India Company zufloß — unausgewertet ge-

blieben. Prof. Brooks Adams führt diesen Beweis in seinem ausgezeichneten Werk „Law of Civilisation and Decay“ und fügt hinzu:

„Das Vermögen, das Millionen von Menschen in Jahrhunderten erworben hatten, erbeuteten die Engländer, um es nach London zu schleppen, wie einst die Römer die Schätze Griechenlands und des Pontus nach Rom entführten. Niemand kann heute den Wert jener Beute ermessen, aber viele Millionen Pfunde müssen es gewesen sein — eine ungeheure Summe im Verhältnis zu dem geringen Vorrat an Edelmetallen, den damals Europa kannte.“

Nachdem England einmal an jenem großartigen Reichtum Geschmack gewonnen hatte, faßte es den Beschluß, seine Stellung zu festigen und das Land Schritt für Schritt zu erobern, um die unbestrittene Herrschaft an sich zu reißen. So führten sie während des 18. und 19. Jahrhunderts gegenüber den verschiedenen indischen Staaten dieselbe Taktik durch, die sie heute den europäischen Staaten gegenüber anwenden: sie boten zuerst ihre ökonomische und finanzielle Unterstützung an und dann spielten sie den einen Staat gegen den anderen aus. In dem Zeitraum von hundert Jahren — von der Besetzung Bengalens bis zur Unterdrückung des großen indisch-nationalen Aufstandes 1857 — führten sie folgende Kriege:

Kriege mit dem Herrscher Bengalens; zwei Kriege mit den Rohillas in Nordindien; drei afghanische Kriege; zwei Kriege gegen Nepal; zwei Kriege gegen die Herrscher Karnatics; drei Kriege gegen die Mahrattas; drei Kriege gegen Maisur; drei Kriege gegen die Sikhs; zwei Kriege gegen die Herrscher des Sindh; zwei Kriege gegen Burma und eine Reihe von Kleinkriegen.

Zu gleicher Zeit hatten die Franzosen den Versuch gemacht, sich in Indien ein Reich zu erbauen; aber in dem französisch-englischen Krieg — der auch nach Indien übertragen wurde — wurden sie geschlagen und blieben von da an auf Pondicherry und vier andere Kleinstädte in Indien angewiesen. Auf gleiche Weise wurden die Portugiesen vertrieben und auf die kleine Stadt Goa in der Bombay-Präsidentschaft beschränkt.

Als die Herrscher der verschiedenen indischen Staaten erkannten, daß ihnen ihre Länder entrissen werden sollten, entfachten sie eine große nationale Erhebung, um die gefährlichen Usurpatoren zu überwältigen; aber sie wurden geschlagen (1857/8) und das Land völlig der direkten politischen Herrschaft des britischen Parlamentes unterworfen. Der Mantel war abgeworfen — und von da an setzte England seine bekannte „Entwaffnungs-Politik“ ein, von der Deutschland seit dem sogenannten Friedensschluß eine Kostprobe erhalten hat.

Es war eines der schweren Verhängnisse der Geschichte, daß Englands Eindringen mit einer Periode der Renaissance in Indien zusammenfällt, in der sein gesamtes nationales Leben einen Prozeß politischen und wirtschaftlichen Neu-Aufbaues durchmachte. Hätte England in diese nationale Evolution nicht brutal eingegriffen, so hätte sich ein Verband indischer Staaten unter einer

er mächtigen Rassen wie der Mahrattas gebildet. Diese hatten bereits einen
lan für den Zusammenschluß Indiens unter ihrer Vorherrschaft entworfen,
er an den Verband deutscher Staaten unter der Vormacht Preußens erinnert.

Die gleiche Periode, die Indiens Abstieg bringt, bedeutet für England —
nit Ausschluß Irlands — eine glänzende Epoche kulturellen und wirschaftlichen
ufschwunges, mit der die großen Namen eines Byron, Shelley, Keats, Words-
vorth, Tennyson usw. verbunden sind. Sonderbar genug: Während ein großes
olk und eine edle Kultur mit brutaler Gewalt unterworfen und geknechtet
vurde, schreibt Wordsworth seine Sonette an die Freiheit, und Byron fällt im
ampf um die Freiheit Griechenlands. Einige der großen Geschlechter Eng-
ands führen ihren Stammbaum auf diese Periode zurück; stolz auf ihre alte
ultur, erwarten und empfangen sie die Huldigungen der Deutschen und
nder und anderer naiver Völker; aber Ruhm, Reichtum und Ehre danken sie
ler Plünderung Indiens.

Nach 1858 hat England nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die politische
Gewalt über Indien in seiner Hand. Von da ab befolgt es eine systematische
Politik, in der drei Haupttendenzen hervorleuchten:

1. Die Eroberung aller Grenzländer Indiens: Burma, die malayischen Staaten, Siam, Afgha-
nistan, Tibet, Persien, Belutschistan, Mesopotamien und Arabien.

2. Die Beherrschung aller Meeresstraßen zwischen England und Indien durch Besetzung aller
strategischen Punkte längs der Wege einschließlich Ägypten.

3. Die Eroberung oder Unterwerfung aller Länder, die den Landweg nach Indien sichern.
Auch hier ist Ägypten einbeschlossen.

Die Eroberung aller peripheren Länder um Indien war in britischen Augen
für die Beherrschung Indiens wesentlich. General Homer Lea beweist in
seinem interessanten Buch „The Day of the Saxon“, daß Indien eines der
drei größten strategischen Zentren der Welt sei — Japan und Britannien sind
die beiden anderen. Mit Hilfe von Karten und Umrißzeichnungen zeigt er,
daß Indien das strategische Zentrum für die Beherrschung Asiens bildet.
Während des 19. und des gegenwärtigen Jahrhunderts hat das Britische Aus-
wärtige Amt erkannt und ausgesprochen, daß Afghanistan, Tibet, Belut-
schistan, Persien und Burma nur als „Schilde“ für Indien dienten und daher
dem britischen Herrschaftsbereich einverleibt werden müßen. Um Afgha-
nistan in diesen Ring einzufügen, brachen die Briten 1833, 1839, 1878 und
zuletzt 1919 in das Land ein. Die militärischen Operationen wurden in
größtem Maßstabe unternommen und waren überaus kostspielig. Indische
Soldaten und indisches Geld mußten dieses zahlen, denn England benutzt
seine eroberten Länder, um neue zu erobern. Afghanistan war geographisch
zu geschützt, um vollständig erobert zu werden, doch gelang es England, das
Land jahrzehntelang in halber Abhängigkeit zu halten, indem es dem Emir

großzügige Subsidien — aus den indischen Einkünften — zahlte und dafür die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten des Landes führte. In dem englisch-russischen Vertrag von 1907, der selbstverständlich ohne Befragung Afghanistans geschlossen wurde, erkannte Rußland gnädig Englands Anspruch an, daß Afghanistan zur britischen „Einflußsphäre" gehöre und Rußland keine selbständigen Verhandlungen mit jenem Lande führen dürfe. Bei seinem letzten Einfall in Afghanistan jedoch wurde England geschlagen, obgleich es mit wahllosen Bombenabwürfen über afghanischen Dörfern und Städten eine „Abschreckungs"-Politik befolgte, — eine Politik, die es mit Abscheu gebrandmarkt hatte, solange sie von den Deutschen im Weltkriege angewandt wurde. Inzwischen ist gegenwärtig Afghanistan unabhängig und besitzt eigene diplomatische Vertretungen im Auslande.

Während der Jahre 1875 bis 1903 wurde auch Belutschistan, das an Indien, Afghanistan und Persien grenzt, zu Britisch-Indien hinzugeschlagen. Quetta, seine Hauptstadt, wurde zu einem machtvollen militärischen Stützpunkt ausgebaut, der für Afghanistan den Handelsweg zum Indischen Ozean sperrt und zugleich England die militärische Beherrschung des Landweges nach Indien sichert.

Tibet, das andere „Schild" Indiens, wurde 1904 dem britischen Dominium einverleibt. Vorher hatte es, in seiner tributpflichtigen Stellung zu China, eine Art halber Selbständigkeit. Da es aber den nordöstlichen Zugang zu China von Indien aus, sowie wichtige Handelsstraßen beherrscht, begann das Britische Auswärtige Amt von den Gefahren einer möglichen Invasion, die Indien von dieser Seite drohten, zu sprechen. Die Frage der „Grenzberichtigung" wurde aufgeworfen. Im Jahre 1903 verabredeten britische, chinesische und tibetanische Behörden eine Zusammenkunft auf tibetanischem Gebiet, um die britischen Grenzforderungen zu erörtern. Die Aktion kam zustande — nachdem England die Naivität indischer buddhistischer Gelehrter ausgenutzt hatte, um das Land zu erforschen und Karten davon entwerfen zu lassen. Der englische Vertreter dieser „diplomatischen" Mission war Oberst Francis Younghusband, der als „diplomatischer" Gesandter eine militärische Expedition von 3000 britisch-indischen Truppen anführte. Er drang in Tibet ein und metzelte an 1500 Tibetaner nieder. Zur „Sühne" legte England Tibet eine Buße von 500 000 Pfund auf! Zu einer Verteidigung ihres Landes waren die Tibetaner völlig ungerüstet; das Land wurde 1904 erobert und, dem Wesen nach, britisches Territorium. Das ist von um so größerer Tragweite, als es wie ein Dolch im Rücken Chinas wirkt und als Bollwerk der britischen Macht dient, wie Hongkong vom Meere aus. Seit 1904 — als England an China seine berüchtigten 15 Forderungen stellte, durch die Tibet britisches Territorium wurde — hat der tibetanische Handel mit Indien große Gewinne abgeworfen.

Während der ersten drei Kriegsjahre stieg der Export von Tibet nach Indien um 50 %, wobei Rohwolle den Hauptfaktor stellte. Seinen Import bilden, wie nicht anders zu erwarten, Manchester Baumwollwaren. Tibetanische Lamas werden jetzt in den Londoner Varietébühnen ausgestellt: binnen kurzem wird Europa sie in seinen Zirkussen bestaunen.

Die Eroberung Burmas bildet eine der dunkelsten Episoden in der Geschichte des britischen Imperiums. Nachdem zwei Kriege (1852 und 1856) einige Provinzen Burmas unter die Herrschaft der British East India Company gebracht hatten, fiel der letzte Streich im Jahre 1885, der den Herrscher durch eine Intrige entthronte. Seit 1909, da seine Ölbestände entdeckt wurden, ist Burma endgültig der politischen und ökonomischen Herrschaft Englands untertan und bildet eine seiner ertragreichsten Ölquellen.

Europa kennt die Geschichte Persiens, denn Morgan Schusters Buch „The Strangling of Persia" (Die Erdrosslung Persiens), ist aus dem Englischen in fast alle Sprachen übertragen worden. Im Jahre 1907 wurde der englisch-russische Vertrag unterzeichnet, kraft dessen, selbstverständlich ohne Befragung Persiens, Rußland den Norden, und England den Süden Persiens als seine „Einflußsphäre" in Anspruch nahm. Persien selbst wurde großmütig ein Streifen dürren Landes zwischen den beiden mächtigen Rivalen zugestanden. Wie Tibet und Afghanistan fiel auch Persien den beiden Mächten zum Opfer, welche die Zugänge zu Indien beherrschen.

Diese „Sicherungs-Methode", nach der Siam von England und Frankreich zugleich umklammert wurde, hat jenes alte Kulturreich auf 30 % seiner ursprünglichen Größe verkrüppelt. Und längst hätten England und Frankreich das Land völlig annektiert, wenn sie sich nur über die endgültige Aufteilung der Beute einig geworden wären. Bei jedem neuen Zugriff Frankreichs hat England Protest erhoben, aber nicht, um sein Zurückweichen zu fordern, sondern um hier und dort einen Streifen Landes als „Compensation" zu verlangen. Auf diese Weise sind die „Straits Settlements" mit der Flottenbasis Singapore in englische Hände übergegangen. Siam behauptet seine Existenz nur als Pufferstaat; bei Ausbruch eines englisch-französischen Konfliktes wird England das Land sofort überwältigen und zur Eroberung Indo-Chinas übergehen, um das unermeßliche Gebiet bis vor die Tore Hongkongs in britisches Rot zu tauchen.

So erreichte England seinen ersten Zweck zur völligen Unterwerfung Indiens — die Eroberung aller Länder, die den indischen Kontinent begrenzen. Aber während es diesen Plan verfolgte, ließ es nicht sein anderes Ziel aus den Augen: die Beherrschung der Seewege nach Indien.

Die Meeresstraßen sind in zwei Hauptkomplexe zu scheiden: Der alte Weg

um das Kap und der Mittelländische Weg. Für beide ist Gibraltar de Schlüssel. St. Helena, das seit 1651 zum Britischen Reiche gehörte, war ei Stützpunkt für die Schiffe der Ost-Indischen Gesellschaft. Seit jener Zeit sin alle anderen Stützpunkte des Seeweges in englische Hände übergegangen, mi Einschluß von Freetown, Simonsbucht, Ascension, Tristan de Cunha, da Kap, Mauritius und die Seychelles-Inseln — die beiden letzteren im Indische Ozean.

Die Mittelländische Straße führt von Gibraltar über Malta und Cyper durch den Suezkanal. Die strategischen Stützpunkte dieser Straße sind eben falls unter britische Flagge gekommen, darunter: Aden und Perim, die Inseln von Abd-el Kerim, die Kuria-Muria-Inseln und die gleichnamige Bucht, di Sokotra-Inseln an der südlichen Mündung des Suezkanals, Basra am Schatt el-Arab und Koweit am Persischen Golf, ferner die Bahrein-Inseln, die dem Golf vorlagern. Alle Inseln im Indischen Ozean und im Arabischen Mee wurden in Besitz genommen, darunter Rodriguez, die Amaranta-Gruppe, di Lakkadiwen und Maldiwen, der Chagos-Archipel und Ceylon.

Aus der Notwendigkeit, den Suezkanal (erworben 1880), durch den di Mittelländische Straße führt, zu überwachen, ergab sich folgerichtig die Be setzung Ägyptens; dies geschah 1882. Es folgten der Sudan und das Somali Land. Im Hintergrund des letzten Burenkrieges steht die Absicht, einerseit die Beherrschung Afrikas zu sichern, und auf der anderen Seite den We nach Indien zu schützen. Ägypten wurde besetzt —, vorübergehend, wie di Formel lautete, aber mit dem durchsichtigen Ziel, als Herren in diesem Land zu bleiben. Mit dieser Besetzung unternahm England einen Schritt, den e bei jeder anderen Nation mit Krieg beantwortet hätte: es verletzte die Integri tät des Ottomanischen Reiches.

Auf der asiatischen Flanke sind die Zugänge zu Indien ebenso systematisch gesichert wie auf der europäischen. Alle Inseln im Bengalischen Golf und auf dem Wege nach China und Australien sind in Besitz genommen worden Der bedeutendste strategische Stützpunkt ist Singapore, an der Spitze de „Straits Settlements". Auch Britisch-Nordborneo erhält durch seine Lage strategische Bedeutung. Von Singapore aus beherrscht England die Benga lische Bucht und die Chinesische Südsee. Die Andamanen und Nikobaren im Bengalischen Golf sind ebenfalls Britisch, und zwar liefern die Andamanen eine der Strafkolonien für indische politische Gefangene.

Die holländischen Kolonien bedeuten kaum eine Unterbrechung in diesem geschlossenen Gürtel, denn in ihrer Lage zwischen Indien und Australien, um schlossen von britischen Inseln, bilden sie Trabanten der britischen Politik die in einem Kriege nie gegen England Stellung nehmen könnten.

Zur Krönung des Ganzen hat England von Australien, Neuseeland, de

Fiji-Inseln und dem Inselkreis der Südsee Besitz genommen, um den Ring, den es um Indien geschmiedet hat, zu schließen.

Neben der systematischen Eroberung der Grenzländer und Schilde Indiens hat England keine Gelegenheit versäumt, um durch wahllose Mittel alle Landwege nach Indien unter seine direkte Herrschaft oder Kontrolle zu bringen. Der letzte Burenkrieg hat diese Phase englischer Politik gefördert, da er den Gedanken an einen all-britischen Landweg vom Kap bis Kairo — und von Kairo bis Bombay seiner Verwirklichung näherbrachte. Der Versuch, die Türkei den Interessen des britischen Imperialismus unterzuordnen, gehört zu Englands neuesten Taten. Man erinnere sich, daß auf dem Wiener Kongreß, 1815, England nur die Ratifizierung seiner Eroberungen zur See — Malta, das Kap der Guten Hoffnung, Mauritius, die Seychelle-Inseln und Ceylon — forderte. Nach 1815 nahm es plötzlich eine Freundschaftspose gegenüber dem Ottomanischen Reich und dem Islam an — während es gleichzeitig in Indien einen islamischen Staat nach dem anderen eroberte. England erhielt das sogenannte „Protektorat" über Konstantinopel, das es benutzte, um die Türkei zielbewußt in einen Zustand der Schwäche und Korruption zu halten und sie desto sicherer zu beherrschen — nach dem Rezept, das es heute in Peking befolgt. Bei Ausbruch des Krimkrieges, 1854, nutzte England sein Bündnis mit der Türkei, um die drohende Revolution in Indien abzuwenden. Es erwirkte ein *Fetwa* des Kalifates, das die indischen Mohammedaner aufrief, dem Britischen Reiche treuzubleiben. Dies war nur einer der ersten Versuche Englands, das Kalifat gegen Indien und die islamische Welt auszuspielen. Nach demselben Schema bedient sich England des Vatikans, um Bullen gegen die Freiheitskämpfer Irlands zu schleudern! Die Besetzung Ägyptens im Jahre 1882 bildete nur eine weitere Phase in der systematischen Sicherung des Landweges nach Indien; und solange Indien unter britischer Herrschaft bleibt, ist schon der Gedanke lächerlich, daß Ägypten je anderes als eine schattenhafte Selbständigkeit erhoffen dürfe.

Während England mit Gewalt — zu Wasser und zu Lande — die Ketten um Indien immer fester schmiedete, schloß es zugleich *internationale Allianzen, Verträge* und *Koalitionen* zu demselben Zweck. Der Wiener Kongreß bildet eine glänzende Illustration zu der Methode, wie England seinen skrupellosen Taten das Siegel der Moral aufdrücken ließ. Das englisch-russische Abkommen von 1907, durch das ohne Befragung der betroffenen Länder das Schicksal Tibets, Afghanistans und Persiens besiegelt wurde, trägt den gleichen Charakter. Ebenso ist in diesem Zusammenhang das englisch-japanische Bündnis, das 1902 unterzeichnet und 1905 nach der Besiegung Rußlands durch Japan revidiert wurde, von historischer Bedeutung. Zwei oder drei Klauseln, welche die Einleitung zu dem revidierten Vertrag bilden, lauten:

Artikel A: Festigung und Erhaltung des allgemeinen Friedens in den Gebieten Ostasiens und Indiens.

Artikel C: Aufrechterhaltung der territorialen Rechte der Hohen Vertragschließenden Parteien in den Territorien Ostasiens und Indiens, und Verteidigung ihrer Sonderinteressen in diesen Gebieten.

Dieses Bündnis wurde 1911 und 1921 automatisch revidiert; aber seitdem zu Washington, 1921, der Viermächte-Vertrag unterzeichnet wurde, ist es aufgehoben.

Die Niederlage Rußlands im russisch-japanischen Krieg ließ England aufatmen. Aber nun begann es in Europa Koalitionen gegen jene Macht zu schmieden, die nächst Rußland seine Vorherrschaft am stärksten bedrohte. Und diese Macht war Deutschland.

Nach dem Deutsch-Französischen Kriege hatte der deutsche Handel einen gewaltigen Aufschwung genommen und kurz vor dem Kriege standen seine Handelsbeziehungen zu Indien nur hinter England zurück. Seine Kriegs- und Handelsflotte wuchs in so reißendem Tempo, daß England diese Entwicklung zuerst durch ein Flottenabkommen aufzuhalten suchte, zugleich aber eine systematische Isolierungspolitik gegen Deutschland einschlug. Erschwerend wirkte der Bau der Berlin—Bagdad-Bahn, in dem England einen direkten und unverhüllten Vorstoß gegen seine Vormacht in Indien zu erkennen glaubte. Es blieb daher keine Wahl für England als den Vernichtungskrieg gegen Deutschland anzufachen. Es verleugnete seine jahrhundertalte Feindschaft gegen Frankreich und seine eingewurzelte Furcht vor Rußland, um Bündnisse mit ihnen zu schmieden und sie zur Vernichtung Deutschlands auszuspielen. Nicht nur die Zermalmung der deutschen Militär- und Seemacht war das Ziel, sondern im Grunde die Annektierung der afrikanischen Kolonien, die eine empfindliche Lücke in der all-britischen Straße vom Kap nach Kairo bildeten; und nicht das letzte Motiv war, die Deutschen als Handelskonkurrenten in Asien unschädlich zu machen.

Die Art, in der England seine Ziel erreichte, ruft wiederum die Erinnerung an den Wiener Kongreß wach, der England den Besitz der Seewege nach Indien sicherte. Eine Körperschaft mit dem Namen „Völkerbund“ wurde geschaffen, um das Siegel der Autorität und Moral auf den gewaltsamen Länderraub des britischen Imperiums zu drücken. Dieser internationale Verband übertrug England einen Gebietzuwachs von 931 000 Quadratmeilen afrikanischen Gebietes, ein Territorium, das annähernd einem Drittel der Vereinigten Staaten gleichkommt.

Der „Völkerbund“ übertrug England auch die Mandate für Palestina und Mesopotamien. Beide Länder bedeuten wichtige Stationen auf dem Wege nach Indien; Mesopotamien ist außerdem eine der wichtigsten Ölquellen. Von großer Tragweite aber ist die englische Politik gegenüber Palestina. Balfours Erklärung im Jahre 1916, in der Palestina als die nationale Heima

des jüdischen Volkes verkündet wurde, bedeutet die Krönung jener Potitik. Diese Erklärung wurde während des Krieges abgegeben und war darauf berechnet, die deutschen Juden für die britische Politik zu gewinnen. Die sogenannte „Nationale Heimat" der Juden war und bleibt in englischen Augen nur ein Bindeglied zwischen Ägypten und Indien über Arabien und Mesopotamien. Palestina bildet heute einen der wichtigsten Vorposten Englands und einen der Hauptstützpunkte der britischen Luft- und Landwege nach Indien. Ob das jüdische Volk damit einverstanden ist oder nicht, ob es sich dessen bewußt ist oder nicht — es bleibt die Tatsache, daß es in der englischen Politik planmäßig verwendet wird, um Indien in Unterwerfung zu halten. Es ist nicht zu verwundern, daß Lord Reading, der Vizekönig Indiens, ein Jude ist, daß der Gouverneur von Madras ein Jude ist, daß der erste Hohe Kommissar für Indien in London, Sir William Meyer, ein Jude war, und daß der verstorbene Edwin Montague, Staatssekretär für Indien, ein Jude war. England ist klug genug gewesen, die Intelligenz des jüdischen Volkes vor den Triumphwagen seiner imperialen Sklavenhalterei zu spannen.

Ein flüchtiger Blick auf die Weltgeschichte genügt, um zu erkennen, daß Rußland und Deutschland nicht mehr als ernsthafte Rivalen Englands in China und Indien in Betracht kommen. Er zeigt auch, daß Japan an die Stellen dieser Mächte getreten und die nächste Nation ist, um Englands schuldige Ehrerbietung auf sich zu ziehen. Die farcenhafte „Entwaffnungs-Konferenz" zu Washington, 1921, stellt daher nichts anderes dar als den Versuch, Japans Macht in Asien zu schwächen. Der Vier-Mächte-Vertrag, der daraus hervorging, trat an die Stelle des englisch-japanischen Bündnisses und ist im Grunde nur ein anglo-amerikanisches Bündnis gegen Japan. Denn als ein Argument für einen Krieg gegen Japan dient: daß es die britischen und amerikanischen Besitzungen in Asien bedrohe.

Auch in den englisch-russischen Beziehungen der letzten Jahre hat Indien eine hervorragende Rolle gespielt. Bei den kommerziellen Verhandlungen zwischen England und Rußland, 1921, war eines der Hauptargumente der englischen Agitation gegen Sowjet-Rußland, daß dieses die britische Herrschaft in Indien untergrabe und den indischen Revolutionären seine finanzielle Unterstützung gewähre. Wenn der englisch-russische Vertrag endlich zur Unterzeichnung gelangte, geschah es unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die indische Propaganda in Indien und jede finanzielle Unterstützung indischer Revolutionäre im Ausland aufzuhören habe. Seit jener Zeit hat die englische Regierung eine Reihe von Protesten gegen Rußland erhoben, die behaupteten, daß jene Bedingungen nicht erfüllt worden seien. Und, wahrlich, sie sind nicht erfüllt worden.

Seit dem Kriege war Deutschland so von seinen eigenen Leiden in An-

spruch genommen, daß es nicht merkte, welche wesentliche Rolle die Knechtung Indiens in seiner eigenen Versklavung spielte. Der Frieden zu Versailles schloß die Deutschen ausdrücklich auf einen Zeitraum von fünf Jahren aus Indien aus. Und in dem letzten deutsch-englischen Handelsabkommen sind zwei Paragraphen vorgesehen, die den Deutschen das Betreten Indiens auf weitere zwei Jahre untersagen. Politische Gründe dienen als Vorwand, aber maßgebend sind die wirtschaftlichen, in erster Linie Englands Vorsatz: die deutschen Kaufleute zu zwingen, keine direkten Handelsbeziehungen zu Indien zu unterhalten, sondern die Vermittlung englischer Firmen anzunehmen. Dieser Plan wird gut unterstützt durch den Propaganda-Feldzug, den die deutsche Presse gegen die Gefahren eines direkten Verkehrs mit Indien und die Unzuverlässigkeit indischer Kaufleute führt. Engländer können selbstverständlich in direkte Beziehungen treten, ohne darunter zu leiden. Die Deutschen aber, so scheint es, müssen wie die Inder und andere unterworfene Völker ihre Interessen von einer wohlwollenden Partei wie England wahren lassen!

Seit Deutschland der Entente zum Opfer fiel, hat England eine Reihe von Protesten an die deutsche Regierung gerichtet, die das Asylrecht indischer politischer Flüchtlinge in Deutschland beanstanden. Die englische Regierung hat versucht, einige dieser Inder aus dem Lande zu vertreiben. Seit Kriegsschluß ist es England in der Tat gelungen, zwei andere Länder zur Ausweisung der indischen Revolutionäre zu zwingen.

Recht interessant sind auch die Beziehungen zwischen England und Amerika, soweit Indien mit hineinspielt. Bis 1921 verhinderte der große Prozentsatz der irischen Bevölkerung in Amerika, die stellenweise die Politik beherrscht, jegliche Annäherung zwischen beiden Ländern. Die Gewährung der Selbstverwaltung an den Irischen Freistaat war eine Geste, die wenig mit der irischen Freiheit zu tun hatte, sondern einzig darauf abzielte, die irische Opposition in Amerika zum Verstummen zu bringen. Eine der interessantesten und gewaltigsten Bewegungen in Amerika war aber die Propaganda der indischen Revolutionäre gegen die britische Herrschaft in Indien. Diese Bewegung stand in engem finanziellen und moralischen Zusammenhang mit der irischen Agitation.

Durch die Begründung des Irischen Freistaates wurde die irische Agitation in Amerika gespalten und mit ihr die indische Bewegung. Nach der sogenannten „Entwaffnungs-Konferenz" beschloß der Oberste Gerichtshof, daß kein Inder mehr amerikanisches Bürgerrecht erwerben dürfe. Bis zu diesem Zeitpunkte waren die Inder dazu berechtigt gewesen und hatten oft Gebrauch davon gemacht, um als Rechtsanwälte, Lehrer und Professoren in das Berufsleben des Landes einzutreten. Es befanden sich Persönlichkeiten von hoher Begabung darunter, die das ganze Gewicht ihres Geistes und Wissens in den

Kampf gegen die britische Herrschung in Indien geworfen hatten. Das neue Gesetz, das sie des Bürgerrechtes beraubte, wandelte sie in Fremde, die der Deportation in das Land ihrer Geburt unterliegen.

Aber noch andere Instrumente der Knechtung stehen England gegenüber Indien zur Verfügung. England kann die *Kabel* der ganzen Welt überwachen, und die Kabel, die nach Indien leiten, sind ausnahmslos in englischer Hand. Die Kabelnachrichten, die in der deutschen Presse über wirtschaftliche Verhältnisse oder irgendeine Phase der nationalen Bewegung in Indien erscheinen, müssen unter diesem Vorbehalt gelesen werden. England läßt nur solche Nachrichten durch seine Kabel laufen, die seinen Zwecken dienen oder zum mindesten nicht seine Stellung gefährden. Am aufreizendsten zeigte sich diese Zensur zur Zeit des furchtbaren Blutbades zu Amritsar und der folgenden Greueltaten, die der Welt acht Monate verschwiegen wurden.

Auch Englands *Luftpläne* sind ernster und gefährlicher Natur, besonders soweit sie Indien berühren. England weiß, daß es durch sein Landheer allein Indien nicht in Unterwerfung halten kann, sondern — wie in offenen Debatten des House of Lords erörtert wurde — auch in der Lage sein muß, das Land aus der Luft zu verwüsten. Auffallend ist, daß in allen „Entwaffnungs-Konferenzen" nie von Einschränkungen in der Herstellung tödlicher Chemikalien für Kriegszwecke noch von einer Einschränkung der Luftflotten die Rede war. Ständig verstärkt England seinen Luftdienst an den Grenzen Indiens. Schon wurden Kriegsluftzeuge verwendet, um indische Dörfer und Städte zu bombardieren, Kriegsluftzeuge haben harmlose afghanische Städte mit Bomben belegt; Aeroplane haben die protestierende Bevölkerung Arabiens und Mesopotamiens mit Bomben beworfen. England baut nicht nur eine Flottenbasis zu Singapore, sondern auch eine Luftstation.

Auf die Beherrschung der Luftwege nach Indien richtet jetzt England seine ganze Energie. Der Chef des britischen Luftministeriums befindet sich auf einer Rundtour, um die all-britischen Luftwege nach Indien und Australien zu organisieren. England gehört jetzt der Landweg vom Kap nach Kairo, der Südafrika mit Ägypten verbindet, und seine Luftstraßen überkreuzen dasselbe Gebiet. Seine Luft- und Landwege erstrecken sich von Ägypten über die neuen Kolonien Palestina und Mesopotamien und über Persien bis Bombay.

Wenn man Engländer befragt, aus welchen Gründen sie Indien oder Ägypten in Unterwerfung halten, so sprechen sie etwas von der „Bürde des Weißen Mannes" (white man's burden) oder ihre Antwort lautet ähnlich wie die von Sir Eldon Gorst, des Gouverneurs von Ägypten (1910):

> „Die britische Politik in Ägypten unterscheidet sich in keiner Weise von der, die Groß-Britannien gegenüber allen beherrschten Ländern in der ganzen Welt befolgt: die Wohlfahrt der Bevölkerung allem übrigen voranzustellen."

Eine nähere Untersuchung wirft ein etwas andersfarbiges Licht auf di Motive, aus denen Endland sich mit der „furchtbaren Bürde des Imperiums schleppt, eine Nation nach der anderen unterjocht und einen Krieg nach des anderen um das Vorrecht führt, „des Weißen Mannes Bürde zu tragen".

Der Gewinn, den England aus Indien zieht, ist untcr drei Kategorien ein zuordnen:

1. Handelsvorteile,
2. Politische und militärische,
3. Soziale, moralische und geistige.

Der auffallendste Aktivposten Indiens ist sein ungeheurer Reichtum a Mineralien und vegetabilen Rohstoffen. Indien behauptet das Monopol für Jute, es liefert 51 % der Weizenproduktion des Imperiums, 58 % des Tee 73 % des Kaffees und fast die gesamte Baumwolle; es hat die größten Rei ernten der Erde und ist eines der stärksten Exportländer. Groß ist sei Reichtum an Mineralien und Kohle. Sich selbst überlassen, würde es sein Ernährung zu vielen Malen decken und das Land von den Hungersnöten be freien, die jährlich Millionen Menschen dahinraffen. Die Erhaltung der eng lischen Industrien aber bedingt, daß England die indischen Rohstoffe in Hän den hat und durch politische Macht den indischen Markt als ausschließliche Absatzgebiet für seine Fertigfabrikate sichert.

Der Anteil Englands am gesamten indischen Handel beträgt 64 %. Dies Ziffern gelten nur für den **direkten Handelsverkehr** oder den sogenannte legitimen Handel. Sie sind unabhängig von den Zinsen und Dividenden fü englische Kapitalsanlagen in Indien, deren Beträge Tausenden von englische Familien ein jährliches Einkommen sichern. Im Jahre 1913 betrug das Kapita das ausschließlich in Händen von Engländern in Indien war, 345.8 Milliarde Pfund Sterling. Für alle industriellen Unternehmungen wird das Kapital i London erhoben, alle Aufträge für Eisenbahnen werden fast ausschließlich a englische Fabriken vergeben, obgleich die englischen Waren viel teurer und of minderwertiger sind als die Deutschlands oder der anderen Länder. Die ge samten Goldreserven Indiens sind in der „Bank of England" deponiert, unc da England Pfund-Währung hat, und da es den indischen Geldmarkt, de auf dem Silberkurs basiert, beherrscht, zieht es jährlich aus geschickten Ma nipulationen in der Regulierung des Wertverhältnisses von Silber zu Gold ge waltige Gewinne.

Bei der Darstellung der industriellen und Handels-Vorteile ist der Betra der indischen Einkünfte, die für den Zivil- und Heeresdienst aufgewand werden, noch nicht in Rechnung gestellt. Der Zivildienst verursacht eine erschreckenden Abzug indischer Geldquellen nach England. Zur Verwaltun Indiens erhält England einen Apparat, dessen höhere Posten zu unerhörte

hältern von Engländern bekleidet werden. Jeder dieser Beamten kehrt ch einer gewissen Dienstperiode mit lebenslänglicher Pension in seine Heiat zurück. Auf diesem Wege allein fließen jährlich 20 Millionen Pfund erling nach England, die aus indischen Steuern stammen. Nach Schätzunn von Sir John Campbell, eines englischen Beamten, wandert eine gleiche mme in Form privater Überweisungen von Beamten an ihre Familien jährh nach England.

So steigt dieser jährliche „Gewinn" auf die ungeheuerliche Summe von Millionen Pf. St.; dies ist in Wahrheit der Tribut, den Indien an England entrichten hat, und der das Land verarmt, da er keine Gegenwerte einingt. Für Indien bedeuten diese Zahlen verhältnismäßig viel mehr, als sie Europa bedeuten würden. Denn in Indien beträgt das durchschnittliche inkommen pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung: 4 Pf. St. Ein Volk, as auf diese tiefe Lebenshaltung herabgedrückt ist, erträgt nicht leicht eine hrliche Abwanderung von 40 Millionen Pf. St. Dieser systematische Abfluß es Geldes aus Indien währt schon länger als 60 Jahre und stellt die einstige eute der Ostasiatischen Gesellschaft nicht in Rechnung. Doch geben diese ahlen eine Vorstellung von dem Verbluten des indischen Volkes, das den gealtigen Reichtum Englands speist.

England unterhält ein englisches und ein indisches Heer in Indien und erwendet 60 % der gesamten indischen Einkünfte auf den Heeres- und Geeimdienst. Und doch herrscht die Ansicht vor, England sei keine Militärnacht und unterhalte nur ein geringes Heer ohne Militärzwang. Niemand ieht in Betracht, daß Indien das Zentrum des britischen Militarismus bildet. ort steht die indische Armee in dauernder Bereitschaft, und die Erklärung ord Curzons vor der Geographischen Gesellschaft in Edinburgh möge illustrieend wirken:

„Die Zentrallage Indiens, seine mächtigen Hilfsquellen, seine ständig zunehmenden Menschenmassen, seine bedeutenden Handelshäfen, seine militärische Kraft, die uns eine Armee iefert, die dauernd im Stande hoher Kriegsbereitschaft steht, um jeden Augenblick nach einem Punkte Afrikas oder Asiens geworfen zu werden — alles wird um unwiderleglichen Beweise für seinen hervorragenden Wert.

Deutschland hat im letzten Kriege erfahren, daß die indischen Heere nicht nur in Bereitschaft standen, um gegen einen Punkt Asiens oder Afrikas, sondern auch gegen Europa geworfen zu werden.

Da die Dienstperiode für englische Soldaten in Indien kurzfristig ist, werden stets neue Rekruten nach Indien gesandt, während ausgebildete Mannschaften zurückkehren, um in die englischen Reserven gestellt zu werden. Auf diese Weise werden innerhalb weniger Jahre Tausende von Engländern zum Militärdienst ausgebildet. Selbst die Kosten für den Transport dieser Rekruten

nach und von Indien werden aus indischen Einkünften gedeckt. Nach de „Statesman's Jearbook“ von 1922 betrug Indiens militärisches Budget f 1921 und 1922 mehr als das Doppelte des zusammengelegten Flotten- un Heeresetats von Japan.

Es bedarf keiner großen Phantasie, um zu ermessen, was diese Ausbeutu für Indien bedeutet. Generation auf Generation von Indern hat nur Sklave kennen gelernt und jene unerträgliche Armut, welche die durchschnittlic Lebensdauer auf 23 Jahre in Indien herabgedrückt hat (während sie in Euro 45 beträgt). In England aber hat Generation auf Generation — seit de frühesten 18. Jahrhundert bis heute — den Reichtum, der aus Indien flo geerntet, der sich in immer weiteren Kreisen fortpflanzt und endlich das wi schaftliche und geistige Leben Englands auf eine hohe Stufe gehoben ha Durch die Raubzüge des Imperiums hat die englische Bourgeoisie die Mu erworben, die für jede Äußerung kulturellen Lebens die unerläßliche Vorau setzung ist. Auf dem Leibe Indiens stehen Englands Dichter und singen v Freiheit und Menschenrecht. Seine Dramatiker schaffen Werke von so hohe Werte, daß sie die Augen der Welt auf sich ziehen. Aber die Notwendigke Indien als Zentralpfeiler des Imperiums zu erhalten, ist so tief in das Bewuß sein des englischen Volkes eingedrungen, daß sie sogar den Gedankengang d arbeitenden Klassen färbt. Dies offenbarte sich in der Aera des englisch Arbeitsministeriums, dessen erste Proklamation eine feierliche Warnung Rams MacDonalds an Indien war: England werde keinen Loslösungsversuch vo Imperium dulden. Während in England die Arbeiterpartei an der Mac war, wurden in Indien die bengalischen Ausnahmegesetze durchgeführt, alle Schrecken der „Star Chamber“ in England — bis auf die Verhaftu verdächtiger Personen und ihr geheimes Verhör — wieder wachriefen. D Angeklagte darf keinen Anwalt zu seiner Verteidigung nehmen und nicht ei mal die Anschuldigungsakten gegen ihn einsehen. Diese Ausnahmegese ermächtigen die Regierung auf Grund schriftlicher Verdächtigung gegen d Beschuldigten vorzugehen, ohne den Zeugen zum Kreuzverhör zu forder Wenn solche Vorgänge sich unter einem Arbeitsministerium abspielen konnte so werden sie sich auch unter einem kommunistischen Ministerium wiede holen, denn, wie ein englischer Kommunist erklärte: „Wir englischen Ko munisten werden die indischen arbeitenden Klassen nicht der indischen Bou geoisie ausliefern“. Dies spricht deutlich genug dafür, daß auch die Ko munisten die löbliche Absicht haben, des „Weißen Mannes Bürde“ auf si zu nehmen.

Vielleicht eines der ehrlichsten Bekenntnisse der Gründe, die England z Behauptung Indiens bewegen, finden wir bei dem englischen Imperialiste A. E. Duchesne, in seinem Buch „Democracy and Empire“, eine der i

rialistischen Veröffentlichungen des Königlichen Kolonial-Institutes in London. chesne sagt:

Britannien bedarf Indiens. Ohne die Erwerbung Indiens wäre das britische Imperium — igstens in seiner heutigen Gestalt — nicht entstanden. Seit den Zeiten Elisabeths hat Indien gerade den Ansporn gegeben, dessen unser Land zu seiner Entwicklung immer bedurfte. Sehnsucht, Indien zu erreichen, verdanken wir unsere maritimen Unternehmungen und Entkungen. Dem Kampf um die Eroberung Indiens verdanken wir unsere Vorherrschaft zur See, die militärische Vormacht gegenüber Holland und Frankreich. Dem Handel mit Indien verken wir unseren vergangenen und gegenwärtigen Reichtum. Ohne Indien wären die Lancashire ustrien bankrott. Unserer Fähigkeit, Indien zu behaupten, danken wir das Prestige unseres ches. Unserer Schulung in und an Indien danken wir unsere praktische administrative isheit."

Mit solch einer Macht in Händen wird England seine privilegierte Stellung cht aufgeben, ohne jede Waffe, die der Menschengeist ersinnen kann, in den mpf zu führen. Und dieser Kampf ist es, den die Welt in nächster Zunft erwartet. Denn England ist entschlossen, Indien — und ganz Asien - in dauernde Unterwerfung zu halten, auf daß seine eigene Macht, Ruhm d Reichtum bestehe. Dabei begegnet es aber zwei mächtigen Feinden in ien. Erstens: der indischen Bewegung gegen die englische Herrschaft d zweitens: dem Erwachen Chinas, das sich langsam erhebt, um die perialistischen Mächte abzuschütteln, die an seinem Marke zehren. Zu eser Konstellation tritt eine Großmacht Europas — Rußland — hinzu, die ran interessiert ist, die britische Vorherrschaft in Asien zu stürzen. Im intergrund all dieser Gewalten aber erhebt sich die drohende Macht Japans, ie Europas Vorherrschaft in Asien zum Entscheidungskampf herausfordert.

Ein bedeutender Faktor, mit dem in Asien zu rechnen ist, ist die psychogische Wirkung, die der Sieg Japans über Rußland auf das Gemüt aller siaten ausgeübt hat. Dieser Sieg rüttelte Asien aus seinem Schlaf. — Es ar der Auftakt zu der schweigenden asiatischen Revolution, die sich in Inien und China vollzieht. Seit jenem Tage wurde Japan das mahnende Wahreichen für Asien, daß ein asiatisches Volk nicht schicksalsmäßig einem europäischen untertan sein muß.

Wie bereits festgestellt, bedeutete die sogenannte „Entwaffnungs-Konferenz" u Washington nichts mehr und nichts weniger als einen Versuch, die Macht apans zu schwächen. Die kommende Konferenz, die ebenfalls zu Washington agen wird, wird diesen Versuch wiederholen. Das Vorgehen Englands und merikas bildet einen Parallelfall zu dem Versuch, den England drei Jahre or dem Kriege machte, Deutschlands Flotte durch die „Haldane-Vorschläge" inzuschränken.

Inzwischen hält Amerika, als eine Art „moralischer" Vorbereitung, Flottenanöver im Stillen Ozean ab. An 200 amerikanische Journalisten begleiten die

Flotte, um die Propaganda für den kommenden Krieg zu fördern. Denn nicht mehr mit Waffen allein werden Kriege ausgefochten. Japan hat sich geweigert, die amerikanische Flotte ohne Erklärung einzulassen und hat „Gegenmanöver" abgehalten, mit denen es die Zugänge zum Inselreich behütet.

England und Amerika, die in der anglo-amerikanischen Allianz geeint sind, sind entschlossen, Japan und mit ihm die letzte furchtlose Stimme Asiens zu ersticken. Alle Vorspiegelungen, daß Japan die Philippinen bedrohe, sind falsch. Der wahre Grund für den künftigen Krieg ist der Beschluß der anglo-amerikanischen Welt, Indien um jeden Preis in Unterwerfung zu halten und China als politische und wirtschaftliche Beute unter sich aufzuteilen. Während des Weltkrieges hat Japan 50 % des chinesischen Textilmarktes erobert. Die Wirkung dieses Vorganges, die durch den indischen Boykott gegen britische Waren erhöht wurde, war verheerend und beraubte Tausende von englischen Arbeitern ihres Erwerbes.

Politisch beherrscht England bereits das ganze Yangtze-Tal von Hongkong bis Tibet. Nach Professor Adam Gibbons in seiner „New Map of Asia" beherrscht England 22 % des chinesischen Gebietes. Die letzten Vorgänge in China haben als Illustration gedient, daß England in China ausreichende Gewalt besitzt, um im gegebenen Augenblick die Integrität Chinas zu verletzen. Im letzten August brach in Canton ein Aufruhr aus, der von dem leitenden chinesischen Beamten der „Hongkong- und Shanghai-Bank" — dem bedeutendsten britischen Finanz-Institut in jenem Weltteil — angeführt wurde. Al Dr. Sun Yat Sen, in dessen Gebiet die Rebellion ausbrach, die Aufrührer zur Übergabe aufforderte, sandte der britische Generalkonsul in Canton ein Ultimatum, in dem er drohte, die britische Flotte werde ihre Geschütze auf Canton richten, sobald er gegen die Rebellen vorginge. Als Antwort auf diese herausfordernde Aktion erließ Dr. Sun Yat Sen ein Manifest an das chinesische Volk, das ein grelles Licht auf die Methoden wirft, die England in China befolgt, um von hier aus den Krieg gegen Asien einzuleiten. Ein Paragraph des Manifestes lautet:

„Ist es, weil derartige Gewalttätigkeiten gegen ein schwaches und zerrissenes Volk ungestra verübt werden dürfen, daß hier in cantonischen Gewässern die britische Flotte die Drohung ausstoßen darf, eine chinesische Stadt zu beschießen. Jedoch, ich sehe eine tiefere und düstere Bedeutung hinter dieser Herausforderung des imperialistischen England. Wenn man sie mit de diplomatischen und moralischen Unterstützungen und den Millionen-Anleihen zusammenreim welche die imperialistischen Mächte seit zwölf Jahren beständig für die Reorganisation der Gegenrevolution gewähren, so kann man in dieser erneuten Aktion nur einen berechneten Versuch erblicken, die Regierung, die ich vertrete, zu stürzen. Denn hier herrscht offener Aufruhr gegen diese Regierung, geleitet von einem zuverlässigen Agenten des mächtigen imperialistischen Apparates, den Britannien in China unterhält, — und die sogenannte britische Arbeitsregierung droh

chinesischen Autoritäten niederzuschießen, falls sie den einzigen Weg einschlagen, auf dem sie er Bewegung Herr werden können, die auf ihren Sturz zielt."

Angesichts dieser Entwicklung hat Japan plötzlich seine Politik China gegenber, die jahrelang durch Anmaßung und Feindseligkeit charakterisiert war, ner Revision unterzogen: Es hat einen wohlwollenden Vertrag mit Rußland schlossen, in dem die beiden Länder sich verbürgen, die Integrität Chinas schützen. Es steht zu erwarten, daß Rußland und Japan vereint ein ündnis mit China anstreben werden. Der Anblick der geeinten Mächte Japans nd Sowjet-Rußlands macht England (und Amerika) sichtlich nervös und veranlaßt es zu fieberhaften Zurüstungen für den kommenden Krieg. Diese Vorereitungen umfassen:

Erstens: In seiner indischen Innenpolitik trachtet England erneute Spalng unter Hindus und Mohammedanern zu erzeugen, um die Einigung Inens zu verhindern. Denn ein geeintes Indien würde sich mit Rußland, apan und China zusammenschließen. Im Nahen Osten z. B. versucht Engand eine unabhängige arabische Föderation zu bilden, welche die Überwachung er Heiligen Stätten des Islam übernehmen und den Sitz eines Marionettenalifates bilden soll, um den religiösen Aspirationen der indischen Mohammeaner zu schmeicheln. Dieses Kalifat wird natürlich als eine der politischen Waffen gegen Indien ausgespielt werden.

Zweitens: Der Ausbau einer Flotten- und Luftbasis zu Singapore, die beanntlich gegen Japan, China und Indien gerichtet ist. Im Zusammenhang nit dieser Frage scheint ein Artikel von W. H. Gardiner, des Vizepräsidenten er Flottenliga in Amerika, der in der Ausgabe vom November 1924 der Fortnightly Review erschien, von Bedeutung. Der Verfasser sagt:

„Es mag angebracht sein, daran zu erinnern, daß 1922 der Außenhandel der Britischen Inseln, on dem der größte Teil der englischen Arbeiterschaft lebt, sich auf nahezu 2 Billionen Pfund terling belief, wovon fast die Hälfte von den Stillen und Indischen Ozeanen getragen wurde, — während im selben Jahre der Außenhandel der Vereinigten Staaten, der im Orient rapide zunahm, twa vier Fünftel von dem der Britischen Inseln betrug. Wo solche Interessen für England und merika auf dem Spiele stehen, erscheint eine einzige wirksame Methode zu ihrem Schutze geeben: daß beide Länder das Zentrum ihrer Stellung und die davon abhängigen Territorien mit olch überzeugender Festigkeit behaupten, daß der bloße Versuch von seiten Japans, seine südwärts erichteten Flottenpläne zu verwirklichen, von vornherein vereitelt wird.

Mögen Europa und Amerika innerhalb ihrer Grenzen ihren eigenen Idealismus kultivieren: ur mögen sie der Tatsache eingedenk sein, daß das moderne Asien ein Reich des Realismus eraut, dessen praktischen Auswirkungen Amerika und England nur dadurch begegnen können, daß sie mit unverrückbarer Festigkeit ihre Stellung behaupten.

Die amerikanische Flotte ist nicht so groß, wie sie zulässigerweise sein sollte . . . Die britische Flotte hat nicht die geeignete Basis im Stillen Ozean . . . Es scheint im Interesse Amerikas wie Englands zu liegen, daß der Ausbau einer Flottenbasis, wie sie für Singapore geplant ist, nicht mehr lange hinausgeschoben wird."

Drittens: In Indien befestigt England das nordwestliche Grenzgebiet, c
es von dort ganz Nordindien zu Lande beherrschen kann; zugleich aber e
richtet es dort Stationen und Hallen für Luftzeuge. Während des Febru
wurden die größten militärischen Manöver, die je stattgefunden hatten,
Delhi abgehalten.

Viertens: England führt in Deutschland, durch die Presse und mit Vo
trägen, einen gewaltigen Propaganda-Feldzug für die sogenannte „White Wor
Solidarity“ und gegen die Gefahr, die eine Befreiung Indiens für Europa b
deuten würde. Mit anderen Worten: Deutschland und andere Mächte Eur
pas werden zur Bereitschaft gemahnt, ihre Techniker und Soldaten ausz
senden, um Englands Schlachten in Asien auszufechten. Denn, da Engla
nach den französischen Kolonien Gelüste trägt, und da Frankreich die stärks
Militärmacht Europas zu werden droht, wird die anti-französische Stimmu
der Deutschen ausgenutzt, um ihnen nahezulegen, sich England in jenem ve
ruchten Kampfe anzuschließen. Frankreich wird naturgemäß sich gezwung
sehen, sein Gewicht in die gleiche Wagschale mit Asien zu werfen. Ab
auch dann wird es aus Asien vertrieben werden, denn der Kampf, der do
entbrennt, geht nicht um einen Wechsel der Herren, sondern um Freiheit!

Fünftens: Der Flotten- und Heeresetat Hollands wird inzwischen erhö
da, bei Ausbruch eines asiatischen Krieges, Holland infolge der Lage sein
ostindischen Kolonien, ein Bündnis mit England und Amerika nicht ve
meiden kann.

Angesichts dieser Konstellation wird es täglich deutlicher, daß England u
Amerika die endgültige Bezwingung Asiens vorbereiten. In ihrer Besorgn
das Spiel allein nicht gewinnen zu können, werben sie Deutsche und ande
Söldner für ihre Pläne an. Sie sprechen von der „Asiatischen Invasion“, ab
sie vergessen von der „Europäischen Invasion“ zu sprechen, die sich dur
vier Jahrhunderte gezogen hat, und die jene Weltkatastrophe heraufbeschwö
Sie sprechen von der „Gelben Gefahr“, aber sie vergessen „Das Weiße Ve
hängnis“ zu erwähnen, das Asiens große Kulturen zerstört hat und Indie
eine der größten, als Opfer verzweifelter Armut, Seuchen und Betäubung
mittel zurückgelassen hat. Es schmeichelt den Revanchegedanken vie
Deutscher, daß sich ihnen eine Gelegenheit zum Kampfe mit Frankrei
biete; aber wären die Deutschen weise, so würden sie gedenken, wie Indie
ein Land von der Größe Europas, unterworfen wurde dadurch, daß ein Vo
gegen das andere ausgespielt wurde. Wenn Deutschland sich England u
Amerika anschließt, so wird es ein Fußball dieser Mächte bleiben. Sollte
aber sein Schicksal an das Asiens binden, so steht eine große Zukunft ih
bevor. Denn Deutschland ist durch seine hohe Bildungsstufe und sei
industrielle Fortgeschrittenheit dazu ausersehen, Asien seine technische Sch

g und sein Wissen mitzuteilen, um im Austausch Asiens Rohprodukte zu
pfangen. Aber nur in Freundschaft und Zusammenarbeit können sich
en und Deutschland begegnen, nicht aber im Verhältnis des Überlegenen
n Untergeordneten. Nur auf einer solchen Basis kann Deutschland sich
Asien in dem Versuch einen, eine Lösung der Menschheitsprobleme an-
ahnen. In dem kommenden Kampf aber, der so gewiß ist, wie die Reiche
glands und Amerikas Realitäten sind, wird Deutschland vor der schicksal-
ten Wahl stehen, sich entweder den Mächten der Unterdrückung und der
heerung menschlicher Kultur anzuschließen — oder sich zu den Kräften
bekennen, die für den Fortschritt der Menschheit und Freiheit wirken!

FRIEDRICH PAPENHUSEN:
DAS POLITISCHE PROBLEM DER BALKANHALBINSEL.

Die Balkanhalbinsel gilt von jeher als der politische Wetterwinkel Europas. Nicht mit Unrecht! Jeder Flintenschuß, der hier losgeht, hallt in den europäischen Kabinetten wider. Viele Versuche sind gemacht worden, die politischen Verhältnisse zu stabilisieren. Der letzte Versuch, die Friedensschlüsse nach dem Weltkriege, hat noch den letzten Rest des Guten beseitigt, was als Resultat des zweiten Balkankrieges blieb. Die Ereignisse an der Jahreswende in Albanien und die merkwürdige Haltung Jugoslawiens dazu, der neuerliche griechisch-türkische Konflikt zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, welcher Zündstoff in Südosteuropa lagert.

Das Interesse der europäischen Mächte wird heute in der Hauptsache von den politischen Vorgängen in West- und Mitteleuropa in Anspruch genommen. Eine direkte Verquickung dieser mit der Orientpolitik ist nicht abzuleugnen. Für die Orientpolitik ist die Balkanhalbinsel wegen ihrer Stellung im Weltverkehr ein wichtiges Objekt. Es scheint darum angebracht, einmal die geopolitischen Verhältnisse dieses Gebietes eingehender zu untersuchen.

Wie eine Bastion springt die Balkanhalbinsel in das östliche Mittelmeer vor. Von Asien nur durch die Meerengen getrennt, durch die ägäische Inselflur gleich eng mit ihm verknüpft, durch die Donau verkehrsgeographisch mit Mitteleuropa verbunden, bildet sie ein wichtiges Übergangsglied vom Abendland zum Morgenland.

Die kürzeste Verbindung von der Nordsee zum Persischen Golf, nach Indien und Ostasien, nach Ländern, die als Absatzmärkte und Rohstoffquellen gleich wertvoll sind, führt über die Balkanhalbinsel. Sie wird gekreuzt durch die Meerengen, jene Straße, die immer noch die beste und billigste Verbindung zu den Randländern des Schwarzen Meeres ist. Leichte Übergangsmöglichkeiten durch Don und Wolga zum Gebiet des Kaspischen Meeres dehnen den Einflußbereich dieses Weges bis nach Zentralasien aus. Heute geht der Schnellverkehr von West- und Mitteleuropa zum Suezkanal noch über Italien. Der nähere Weg führt aber über die südöstliche Halbinsel. Ein großer Teil des Verkehrs wird diese Route wählen, wenn erst die Bahn Belgrad—Saloniki—Piräus den Anforderungen eines gesteigerten Verkehrs genügt. Dann gehört auch die Westküste des Indischen Ozeans zum Verkehrsbereich der Balkanhalbinsel.

Ein Verkehrsknotenpunkt, in dem sich die Wege nach den Randländern des Indischen Ozeans, nach Ost- und Zentralasien schneiden, ist ein politisches Ob-

kt, wie es wichtiger kaum gedacht werden kann. Ein Gebiet, durch solche erkehrslage ausgezeichnet, muß zum Spielball der Politik anderer werden, enn es nicht über die nötigen Machtmittel verfügt, die Gunst der Lage selbst chützen und ausnützen zu können. Das trifft für die Balkanhalbinsel in ollem Maße zu.

Das Interesse der Großmächte an den Balkanstaaten wird weniger durch eren Inhalt bedingt als durch die Tatsache, daß sie Besitzer und Anlieger eltwirtschaftlich bedeutungsvoller Straßen sind. Sie stellen in der politischen echnung einen wichtigen Faktor dar. Erst aus dieser Bedeutung kann man rkennen, warum die Balkanhalbinsel zum politischen Wetterwinkel Europas ird. Orientpolitik und Balkanpolitik der Großmächte sind eng miteinander erbunden. Wollen wir diese verstehen, müssen wir jene erst kennen lernen.

Die Politik Deutschlands in den letzten Jahren vor dem Kriege war ge-ennzeichnet durch den Zug nach Südosten. Nur in dieser Richtung konnte s hoffen, für seine stark entwickelte Industrie und seine ständig wachsende evölkerung Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu finden. Im Gegensatz zu nderen Mächten glaubte Deutschland durch wirtschaftliche Erstarkung und Sicherung des Besitzstandes der betreffenden Länder sein Ziel zu erreichen. Die Erhaltung der Türkei war Vorbedingung dazu. Eine solche Politik konnte keine Freundschaft bei den Balkanvölkern erwecken. Wie die Großmächte wollten auch sie sich bei der Aufteilung der türkischen Beute bereichern. Wenn es Deutschland schließlich im Laufe des Weltkrieges gelang, wenigstens Bulgarien auf seine Seite zu ziehen, so doch zum großen Teil nur deshalb, weil sich die Türkei zu Zugeständnissen an der Maritza verstand. Heute ist Deutschland von einer aktiven Orientpolitik ausgeschlossen. Das wird um so fühlbarer, als ihm so die Möglichkeit genommen ist, die Rheinlandpolitik Englands und Frankreichs durch einen Druck an anderer, für seine Gegner wichtiger Stelle in seinem Sinne beeinflussen zu können.

Englands Weltmachtstellung steht und fällt mit dem uneingeschränkten Besitz von Indien. Dazu muß es alle Land- und Seewege dorthin in fester Hand halten, wenn auch nicht besitzen, so doch beaufsichtigen. Konstantinopel, die ägäische Inselwelt, die Küstenländer der Levante, Ägypten sind solche Stützpunkte, von denen aus der Verkehr beherrscht werden kann. England ist auf diese Wege desto mehr angewiesen, je mehr das Erdöl an wirtschaftlicher und damit an politischer Bedeutung gewinnt. Es fördert im eigenen Lande kein Öl. Persien, Britisch- und Niederländisch-Indien sind seine Hauptlieferanten. Hieraus ergibt sich seine gefährliche „ölstrategische" Position, die die Beherrschung der Anfahrtstraßen gebieterisch fordert. Die ägyptische Frage, der Suezkanal und der Ausbau von Singapore gewinnen unter diesem Gesichtspunkt besondere Bedeutung.

Frankreichs Orientpolitik segelt unter der Flagge „Schützer der christlichen Nationen“. Diese Stellung nutzt es nicht einseitig aus. Durch geschickt Propaganda unter den Völkern des Islam hat es verstanden, sich überal Freunde zu erwerben. Mit kulturellen Mitteln will es die politische Erobe-rung vorbereiten. Die kürzlich aufgetauchte Bezeichnung Frankreichs al „mohammedanische Großmacht“ zeigt, wie weit es bereits gekommen ist. Da alte napoleonische Ziel, Vorherrschaft über das Mittelmeer und das weit Hinterland seiner nichteuropäischen Gestade, ist auf dem besten Wege, de Erfüllung entgegen zu gehen.

Italien will seine Landesgrenzen durch feste Beherrschung der Adria sicher Dazu bedarf es der gegenüberliegenden Küste. Ist dieses Ziel erreicht, so is die Brücke gebaut für eine wirtschaftliche Eroberung der Balkanhalbinsel Die Ausdehnung von Handel und Einfluß auch an der Levante, das ferner Ziel, kann dann leichter betrieben werden.

Von einer Orientpolitik Rußlands im Sinne der eben genannten Staate können wir schlecht reden, und doch gehört die russische Politik in diese Zusammenhang, da ohne sie das Bild der allgemeinen Orientpolitik unvoll-ständig und unverständlich bleiben würde. Rußland strebt nach einem freien zu allen Jahreszeiten benutzbaren Ausgang zum Weltmeer, den es nur durch die Meerengen bekommen kann. Gleichlaufend mit diesem Ziel ist die pan-slavistische Politik, für die die Balkanhalbinsel das geeignete Feld ist.

Der Ausgang des Weltkrieges brachte keinem Volke die Erfüllung seine Orientwünsche. Deutschland ist ausgeschaltet, und die Gegensätze zwische den anderen Mächten haben sich eher verschärft als gemildert. Ein Ziel, i dem sich mit Ausnahme Deutschlands alle einig waren, die Zerstückelung de Türkei, ist nicht erreicht worden. Die Türkei hat zwar eine Amputation a Haupt und Gliedern über sich ergehen lassen müssen. Es hat sich aber ge-zeigt, daß der Rumpf nicht nur lebensfähig ist, sondern daß er, nunmehr in wesentlichen einheitlich völkisch geschlossen, an Vitalität gewonnen hat. Di politischen Erfolge seit dem Vertrag von Sèvres, wenn auch dank der Unter-stützung Frankreichs gewonnen, verraten die innere Kraft. Die Türkei ent-wickelt sich immer mehr zu einem Faktor, mit dem in der Orientpolitik z rechnen ist. Nur ist zu befürchten, daß die junge Republik in Überschätzun ihrer eigenen Kräfte Zielen zustrebt, die sie nicht erreichen kann. Das be-deutet nicht nur eine Gefahr für sie, sondern stellt die gesunde Entwicklun der Orientpolitik, die einer starken Türkei bedarf, überhaupt in Frage.

Alles Land um das östliche Becken des Mittelmeeres ist in festen Hände Eine Änderung des politischen Status kann nur durch kriegerische Eroberun oder auf den verschlungenen Wegen der Diplomatie erreicht werden. Ein kriegerische Verwicklung ist zunächst wenigstens nicht zu befürchten. Der

gegriffenen Staat erwachsen in den übrigen Mächten, die ebenfalls ihre teressen gefährdet sehen, sofort Bundesgenossen. Erfolg ist nur auf diploatischem Wege zu erwarten, d. h. die Großmächte müssen danach trachten, h die Länder am östlichen Mittelmeer gefügig zu machen. Die Balkanaaten spielen dabei eine wichtige Rolle. Wir wollen sehen, was die Mächte s jetzt erreicht haben.

Frankreich war bisher nur mit kulturellen Interessen am östlichen Mitteleer vertreten. Seitdem es als „Mandatar" Syriens auch Anlieger desselben eworden ist, hat sich seine machtpolitische Stellung wesentlich gehoben. urch den freiwilligen Verzicht auf Kilikien und ansehnlicher Gebietsstreifen Nordmesopotamien hat es sich die Gunst der Türkei erworben, deren rekter Nachbar es jetzt geworden ist. Dadurch ist ein nachhaltiger Einfluß esichert, und in der Tat wandelt die Türkei heute auch ganz in französischen ahnen. Daneben verleiht die Verkehrslage Syriens eine nicht zu unterchätzende Macht. Ein erhebliches und wichtiges Stück der Bagdadbahn, das om Amanus nach Aleppo und die Strecke von dort nach Killis ist durch die eue Grenzführung in Syrien einbezogen worden. Der Weg von den Meerngen zum Persischen Golf steht so unter direktem französischen Einfluß und ann leicht unterbrochen werden. Syrien liegt ferner in der Richtung der ünftigen Bahn Kairo—Kalkutta. Weit wichtiger ist aber seine Flankenstellung um Suezkanal, der Schlagader des britischen Weltreichs, die auch von Westen er bedroht ist. Die Herrschaft Englands in Ägypten steht, wie die Ereigisse der letzten Zeit gezeigt haben, auf recht tönernen Füßen. Ein selbstänliges Ägypten kann trotz aller englischer Vorbehalte unter richtiger Ausutzung der politischen Verhältnisse den Verkehr durch den Suezkanal geihrden. Berücksichtigt man ferner, daß Frankreich an der Straße Bab el Iandeb eine kleine Kolonie besitzt, Französisch-Somali, die in Djibuti einen ls Stützpunkt vortrefflich geeigneten Hafen hat, so muß man zugeben, daß ch die Stellung Englands im nahen Orient stark zu Gunsten Frankreichs erschoben hat. An allen wichtigen Punkten, die den Verkehr nach Indien eherrschen, ist Frankreich ebenfalls direkt oder indirekt vertreten.

England ist nicht alleiniger Herrscher der Meerengen geworden. In dem iternationalen Verwaltungsausschuß sind Frankreich, England und Italien eben weniger wichtigen Staaten gleichberechtigt. Die Meerengen werden ber nicht bei Seddil-Bahr und Kum-Kalesi verteidigt. Das Glacis beginnt ereits am Eingang in das Ägäische Meer. Hier bietet die reiche Inselflur ützpunkte und Schlupfwinkel zugleich. Der Vertrag von Sèvres brachte riechenland in den Besitz des größten Teiles dieser Inseln und von Smyrna. Die Gebietserweiterung war eigentlich nur ein Werk Englands. Es wollte ch hierdurch die Griechen noch gefügiger machen, um sich ihrer zum

Schutze der britischen Interessen im nahen Orient zu bedienen. Die mächtige Stellung Griechenlands, oder besser gesagt Englands, erregte den Neid und das Mißtrauen Frankreichs. Es fand in der Türkei ein williges Werkzeug. Die Türken siegten in dem Waffengang, und sie wurden in den anschließenden Verhandlungen von Frankreich offen gegen Griechenland-England unterstützt. Die Bestimmungen des Friedens von Lausanne brachten nicht die restlose Erfüllung aller türkischen Wünsche. Mit Ausnahme der den Dardanellen vorgelagerten Inseln Tenedos und Imbros blieben die wichtigsten Inseln griechisch oder italienisch. Dafür ist die Türkei aber in den vollen Besitz Kleinasiens gelangt. Smyrna mußte wieder geräumt werden. Das Ansehen Englands hat durch diese, wenn auch geringen Erfolge merklich in Griechenland gelitten, und die griechische Niederlage ist gleichbedeutend mit einem Siege Frankreichs über England.

Die kleine Entente, ein williges Werkzeug französischer Machtpolitik, soll die Vorherrschaft Frankreichs in Osteuropa und im Orient verankern helfen. Die Franzosen haben es meisterhaft verstanden, die nach dem Weltkriege neu entstandenen oder stark vergrößerten Glieder dieser Staatengruppe durch reiche Geldmittel zu ködern. Jugoslawien hat als Durchgangsland aller Balkanstaaten noch Mitteleuropa wie als größter Balkanstaat große politische Bedeutung. Rumänien, kein eigentlicher Balkanstaat, politisch aber eng mit diesen verknüpft, ist nach einem Ausspruch Bismarcks das Belgien an der unteren Donau. Damit ist seine Verkehrslage und Bedeutung am besten gekennzeichnet. In breiter Front lehnt es sich dem Schwarzen Meere an. Die Mündung der Donau ist in seiner Hand. Die enge Verbindung dieser beiden Glieder der Kleinen Entente mit Frankreich lassen auch dieses teilhaftig werden der großen Vorteile, die ihnen die Verkehrslage gibt.

Wohin wir blicken, Frankreich hat es überall verstanden, sich für seine Orientpolitik hohe Trümpfe zu verschaffen. Man hört zwar häufig, daß England den am Orient interessierten Mächten nur soweit Zugeständnisse macht, als ihm beliebt. Das mag für alle anderen gelten, nur nicht für Frankreich. England hat durch die Entwicklung der artilleristischen Kriegsmittel, durch Flugzeuge und U-Boote seine Insellage verloren. Frankreich als stärkste und am besten ausgerüstete Kontinentalmacht verfügt als nächster Nachbar Englands über solche Kampfmittel, so daß London praktisch unter den Kanonen von Calais liegt. Frankreich kann seinem Verbündeten also recht unangenehm werden. Das ewige Zurückweichen Englands vor Frankreich dokumentiert deutlich diese Schwäche.

Nur an einer Stelle hat die machtpolitische Stellung Frankreichs scheinbar verloren, und zwar durch das Freundschaftsbündnis zwischen Italien und Jugoslawien. Italien hat durch diesen Vertrag weit mehr erreicht, als es hoffen konnte. Es ist den Druck gegen seine Ostgrenze los geworden und

at die Brücke zu der wirtschaftlichen Eroberung der Balkanhalbinsel ge-
chlagen. Es liegt auf der Hand, daß eine Macht im Bunde mit dem
tärksten Balkanstaat allen anderen in der Balkanpolitik überlegen ist. Hin-
u kommt, daß durch die direkte Nachbarschaft dem gemeinsamen politischen
uftreten ein größeres Gewicht verliehen wird. Das gute Verhältnis zwischen den
eiden Anrainern der Adria hat aber eine offene Wunde, und die heißt Albanien.
Ohne Albanien ist die Sicherheit der italienischen Ostgrenze nicht gegeben,
a der Eingang zur Adria gerade auf der Höhe der albanischen Küste liegt.
ie Neuordnung der Dinge in Albanien wird bei dem Selbstbewußtsein und
em Unabhängigkeitssinn seiner Bewohner eine große Aufgabe sein. Jugo-
lawien, Griechenland und Italien machen gleichzeitig Ansprüche geltend.
Eine Teilung unter diese drei ist bei den obwaltenden Umständen und
nter Berücksichtigung des Volkscharakters ein Ding der Unmöglichkeit. Der
Kampf der drei beteiligten Staaten kann darum nur ein Kampf um den Ein-
luß in Albanien sein. Bislang hatte Italien die größten Erfolge, wenn auch
das eigentliche Ziel, Albanien italienischer Vasall, nicht erreicht wurde. Der
lbanische Aufstand gegen Ende des Jahres 1924 hat aber eine Jugoslawien
freundliche Regierung ans Ruder gebracht. Ob sich die Dinge in dieser Rich-
tung weiter entwickeln werden, läßt sich bei der politischen Schnellebigkeit
n Albanien nicht voraussagen.

Die vertriebene albanische Regierung behauptet, daß der letzte Aufstand
von Jugoslawien geschürt und unterstützt wurde. Berücksichtigen wir die trotz
seines Freundschaftsverhältnisses zu Italien fast an Vasallentreue grenzende Er-
gebenheit Jugoslawiens für Frankreich, berücksichtigen wir ferner den franzö-
sisch-italienischen Gegensatz an anderer Stelle des Mittelmeeres, so gewinnt
die Behauptung an innerer Wahrscheinlichkeit.

Es fehlt Spanien an den nötigen Machtmitteln, vielleicht auch an Tatkraft,
sich in dem ihm zugewiesenen Gebietsteil Marokkos durchzusetzen. Eine Auf-
gabe des Gebietes dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein. Auf diesen
Augenblick wartet Frankreich, um sich mit einem Schein des Rechts, für den
das Marokkoabkommen von 1912 keine Grundlage bietet, in dessen Besitz zu
setzen. Tritt das ein, so gewinnt Frankreich an der Straße von Gibraltar
einen weiteren maßgebenden Einfluß auf die Wege Englands nach Indien.
Italien als ausgesprochenster Mittelmeerstaat möchte aus naheliegenden Grün-
den auch etwas am Eingang zum Mittelmeer zu sagen haben. Es liegt nun
Frankreich daran, das italienische Augenmerk auf näherliegende Gebiete zu
lenken. Das kann nicht besser geschehen, als wenn durch Aufstände in Al-
banien die Interessen Italiens dort dauernd gefährdet werden. Jugoslawien
leistet hier umso willfähriger Handlangerdienste, als auch ihm an dem Besitz
Albaniens gelegen ist.

Der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag wird durch den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Griechenland und Jugoslawien, zu dem die Verhandlungen in Bälde eingeleitet werden, eine weitere Abschwächung erfahren. Die Beziehungen zwischen Italien und Griechenland sind durch zwei Tatsachen gefährdet. Griechenland erhebt gleich Italien Ansprüche auf Albanien. Auf kleinasiatischem Felde wie überhaupt an der Levante ist es sein wichtigster wirtschaftlicher Nebenbuhler. Diese Gegensätze zeigten sich zum ersten Mal deutlich in der Unterstützung der türkischen Forderungen gegen Griechenland durch Italien. Sie drohten sich zum offenen Konflikt auszuwachsen, als Italien Korfu besetzte. Wenn auch das vermutlich gesteckte Ziel, Annektion von Korfu, nicht erreicht wurde, so gewann durch die Demütigung Griechenlands seine politische Stellung auf der Balkanhalbinsel an Bedeutung. Wird dagegen die jugoslawisch-griechische Militärkonvention zur Tatsache, so erleidet Italien eine beträchtliche Einbuße.

Rußland bereitet sich wieder auf eine aktivere Balkanpolitik vor. Mit den ihm heute eigenen Methoden will es die Balkanhalbinsel seinem Einfluß unterjochen. Hinter den Schlagworten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und „Bauernbefreiung“ versteckt es seine imperialistischen Ziele. Die völkischen und kulturellen Zustände auf dem Balkan geben einen guten Nährboden für solche Lehren.

Äußerst geschickt baut die russische Regie die Akteure auf. In Bulgarien, das durch die vielen unglücklichen Kriege wirtschaftlich besonders schwach dasteht, haben die kommunistischen Lehren schon ein weites Feld erobert. Die Kroaten fühlen sich unter ihren neuen Herren, den Serben, nicht besonders wohl. Bei ihnen fällt das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf besonders günstigen Boden. Die kroatisch-republikanische Bauernpartei hat sich darum der 3. Internationale in Moskau angeschlossen, obwohl sie die bolschewistischen Ideen ableugnet. Sollte der von der Regierung in Belgrad gegen die Opposition gerichtete Druck sich in gewaltsamen Entladungen Luft machen, so kann Jugoslawien höchstens auf eine Unterstützung Griechenlands rechnen. Rumänien ist an seiner beßarabischen Grenze bedroht, und Bulgarien hat im eigenen Lande zu tun. Diese Aussicht dürfte wohl auch zu der Überbrückung der jugoslawisch-griechischen Gegensätze beigetragen haben.

Die russische Gefahr besteht nicht allein für den Frieden auf der Balkanhalbinsel, sondern auch für Europa. Sollte Rußland gegen irgend einen Balkanstaat offen vorgehen, so sind die Großmächte zum Eingreifen gezwungen, sofern sie nicht ihre eigenen Interessen verraten wollen. Es geht nicht an, daß ein Staat, der durch seine ganzen Taten bewiesen hat, daß er Feind aller Kulturstaaten ist, die Kontrolle über einen so wichtigen Verkehrsknotenpunkt wie die Balkanhalbinsel erhält. Durch die russische Gefahr werden die Gegen-

tze zwischen den übrigen Mächten verschwinden, aber doch nur solange die efahr anhält. Eine dauernde Einigung wird bei den widerstrebenden macht- olitischen Interessen nie möglich sein.

Die Eifersüchteleien der Großmächte hinsichtlich ihrer Balkanpolitik finden ne unfreiwillige Unterstützung durch die Balkanstaaten selbst. Die Völker nes Gebietes, die solchen außenpolitischen Drucken ausgesetzt sind, sollten ch zur Abwehr enger zusammenschließen. Statt dessen Zwietracht und Fehde. er Grund hierfür ist die mazedonische Frage, die Balkanfrage schlechthin. u wiederholten Malen hat man versucht, dieses Streitobjekt aus der Welt zu haffen, doch immer mit negativem Erfolge. Durch ein einfaches Aufteilen on Mazedonien unter Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien ist die Frage icht zu lösen. Jede Grenze, man mag sie ziehen, wie man will, wird für lle Teile unbefriedigend sein.

Die orographische Vielgestaltigkeit ermöglichte es, daß sich auf der Balkan- albinsel verschiedene Volksstämme bilden und erhalten konnten: Serbokroaten m Nordwesten, Bulgaren im Osten, Griechen im Süden. Wo sich diese Hauptvölker berühren, im zentralen Teil der Halbinsel, ist die Bevölkerung tark gemischt, und es treten auch völlig neue Elemente auf: Albanesen und or allem die mazedonischen Slaven.

Die Hauptvölker wohnen gut zusammengeschlossen, nur in den Grenzge- ieten durchdringen sie sich. Es muß aber zugestanden werden, daß an inigen Stellen die neue Grenzführung ethnisch einheitlich geschlossene Be- irke fremden Staaten zuteilt. Der allen Balkanvölkern eigene unbändige Vationalstolz wird aus solchen Mischbezirken und völkischen Grenzverletzungen eicht Ansprüche ableiten. Allein die Gefahren, die hier schlummern, sind ering im Vergleich zu denen, die von der eigenartigen Stellung der mazedo- ischen Slaven ausgehen.

Die mazedonische Frage beruht letzten Endes darauf, daß man über die ölkische Zugehörigkeit der mazedonischen Slaven nicht im klaren ist. Serbien nd Bulgarien erheben gleichzeitig verwandtschaftliche Ansprüche, wobei man llerdings den Bulgaren das größere Recht zugestehen muß. Bei der Neu- ufteilung der Balkanhalbinsel ist Bulgarien in Mazedonien überhaupt nicht erücksichtigt worden. Das Gebiet wurde zwischen Griechenland und Jugo- lawien geteilt. Eine solche Teilung trägt den Keim neuer interner Balkan- erwickelungen in sich, da sie Bulgarien nie anerkennen wird und kann. Zum ndern wird Jugoslawien die Festsetzung Griechenlands in Mazedonien stets ls eine Verletzung seiner Ansprüche empfinden. Die mazedonische Frage läßt ich nicht durch eine Teilung des strittigen Gebietes lösen. Nicht allein, daß ich hier völkische Interessen durchdringen, auch rein verkehrsgeographische rallen hart aneinander.

Jugoslawien ist durch den Weltkrieg an das Ziel seiner Wünsche gelangt. Es hat auf weite Strecken die Küste der Adria erreicht. Die Gebietserweiterung hier und an anderen Stellen hat aber eine Reihe von Volksstämmen in einem Staat vereinigt, die durch die unterschiedliche Wesensart und ihr Verhältnis zur Staatsnation, den Serben, eine beträchtliche Belastung für den neuen Staat darstellen. Die Vorgänge der letzten Zeit reden eine deutliche Sprache. Die Küste ist erreicht, die innere Einheitlichkeit des Staates dagegen wenig gewährleistet. Das ist zwar zunächst eine innere Angelegenheit Jugoslawiens. Sollte jedoch das eine oder das andere Volk wieder abfallen, sich selbständig machen oder sich einem anderen Staate anschließen, so wird der Friede auf der Balkanhalbinsel auf eine harte Probe gestellt.

Der Gewinn der Meerlage rechtfertigt nicht den hohen Einsatz, den Serbien mit dem Übergang vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat bezahlte. Die dinarische Küste ist trotz der zahlreichen Buchten eine verkehrsfeindliche Küste. Mauergleich steigen die Gebirge aus dem Meere empor und sperren die Häfen gegen das Hinterland fast hermetisch ab. Unsere Technik im Bahnbau kennt eigentlich keine Schwierigkeiten mehr. Mit den Schwierigkeiten wachsen aber die Kosten der Anlage, und die erhöhten Kosten müssen durch eine erhöhte Rentabilität ausgeglichen werden. Das ist hier nicht zu erwarten, da zwischen Alt-Serbien und der Küste verkarstetes Hochland liegt, das denkbar unfruchtbar ist. Die wenigen Oasen genügen nicht, den Verkehr so zu beleben, daß sich kostspielige Bahnbauten bezahlt machen. Wenn man trotzdem Adriabahnen durch rein jugoslawisches Gebiet bauen würde, so hätten diese nur für den nördlichen Teil Bedeutung. Alles Land südlich Üsküb würde nach wie vor auf Saloniki hingewiesen. Saloniki ist der einzige wirkliche und heute mögliche Hafen Jugoslawiens. Die Morawa-Wardarfurche zeigt deutlich die Richtung, die ein nutzbringender Verkehr zu gehen hat. Der Hafen ist aber griechisch, und Griechenland kann schon im Hinblick auf den thrazischen Küstenstreifen nicht auf ihn verzichten. Auch würde Saloniki in fremder Hand einer steten Bedrohung seiner Ostküste gleichkommen. Im Falle einer Abtretung Salonikis und seines Hinterlandes an Jugoslawien müßte der thrazische Küstenstreifen an Bulgarien oder an die Türkei fallen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Großmächte einer solchen Regelung zustimmen werden. Vor allem wohl auch deswegen nicht, weil sie einen so wichtigen Verkehrsweg wie die Morawa-Wardarfurche nicht einem Staate allein überlassen wollen.

Es bestehen Abmachungen für die Benutzung des Hafens von Saloniki durch Jugoslawien. Allein es ist immer besser, verkehrsgeographisch sein eigener Herr zu sein. Darum richtet sich der Blick Jugoslawiens auf ein zweites Ausfallstor. Das ist die Küste Albaniens. Gegenüber der dinarischen Küste

hat sie, wenn auch ungepflegt, den Vorteil einer größeren Aufgeschlossenheit. Die Gebirge streichen in spitzem Winkel zur Küste aus und gestatten einen leichten Verkehr weit landeinwärts. Der Übergang nach Serbien ist hier viel leichter zu bewerkstelligen als weiter nördlich. Er stößt hier auf geringe Schwierigkeiten. Vor allem führen die Wege durch Gebiete, die wirtschaftlich zukunftsreich sind. Die Kosten der Anlage werden zweifellos eingebracht werden.

Berücksichtigt man das Interesse Jugoslawiens an dem Besitz der albanischen Küste, so kann man eine Unterstützung der Aufständischen nicht so ohne weiteres von der Hand weisen, zumal durch den Aufstand eine Jugoslawien freundliche Regierung in den Sattel gehoben wurde. Sollte sich Jugoslawien an der albanischen Küste festsetzen, so kann es nur mit Wissen und Willen Italiens geschehen, das durch die Straße von Otranto und mit der Insel Saseno vor der Bucht von Valona, die man strategisch mit Helgoland vergleichen kann, den Schlüssel zu den albanischen Häfen in der Hand hält. Italien wird umso eher zum Nachgeben bereit sein, wenn die jugoslawisch-griechische Militärkonvention zum Abschluß kommt. Einen Feind vom Quarnero bis zum Kap Matapan kann es nicht ertragen.

Setzt sich Jugoslawien in irgend einer Form an der albanischen Küste fest, so würde sich das Verhältnis zu Griechenland bezüglich Saloniki bessern. Griechenland erhebt jedoch Anspruch auf Süd-Albanien. Eine Teilung Albaniens wird aber immer an dem nationalen Selbstbewußtsein seiner Bewohner scheitern. So günstig für eine gesunde Weiterentwicklung auf der Balkanhalbinsel eine griechisch-jugoslawische Militärkonvention ist, Albanien wird immer ein Zankapfel zwischen beiden Vertragschließenden bleiben, wie es der wunde Punkt im Freundschaftsverhältnis zwischen Italien und Jugoslawien ist.

Der Friede von Neuilly hat Bulgarien Grenzen aufgezwungen, die weder völkisch noch wirtschaftlich seinen Ansprüchen genügen. In der Süddobrudscha wurden wertvolle Getreidedistrikte mit starker bulgarischer Bevölkerung zu Rumänien geschlagen. Dadurch wird der Haupthafen Varna seines wirtschaftlich reichsten Hinterlandes beraubt. Die ethnographischen Verhältnisse in Thrazien gestatten keine klare Grenzführung auf völkischer Grundlage. Bulgaren, Griechen und Türken wohnen hier in starker Mischung. Die verkehrsgeographischen Verhältnisse sprechen aber entschieden für Bulgarien, da der Küstenstreifen weder für die Türkei noch für Griechenland lebensnotwendig ist. Er ist heute griechisch und bedeutet für Griechenland wirtschaftlich und strategisch eine Schwäche. Wirtschaftlich, weil das Hinterland fehlt, strategisch, weil die ohnehin schon lange griechische Küste durch Thrazien bedeutend verlängert wird. Für Bulgarien dagegen ist die Küste von vitaler Bedeutung. Das ganze westliche Bulgarien, die Becken von Sofia und Küstendil

und das Strumatal haben ihren günstigsten Hafen in Kavala. Noch besser geeignet ist der Golf von Orphani. Die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Maritzatales mit den weiten Hochebenen von Philippopel und Stara Zagora bringt es mit sich, daß Bulgarien auf den ungeteilten Besitz des Flusses, den man an nationaler Bedeutung mit dem Rhein vergleichen kann, besonderen Wert legt. Mit Dedeagatsch würde ein besserer Hafen gewonnen für Ostrumelien als Burgas am Schwarzen Meer. Der Weg über Land nach beiden Häfen ist von den wichtigsten Punkten aus gleich weit. Dedeagatsch hat aber vor Burgas den Vorteil, daß der Umweg über die Meerengen vermieden wird.

Bestehen in Thrazien in der Hauptsache nur Gegensätze zwischen Griechenland und Bulgarien, so werden die Verhältnisse in Mazedonien verwickelter. Hier ist die Urstätte aller politischen Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel. Mazedonien gehört ethnographisch zu Bulgarien. Völkische Ansprüche erhebt auch Jugoslawien, während sich die Griechenlands nur darauf gründen, daß am Unterlauf des Wardar Griechen wohnen. Während die Gegensätze an anderen Stellen nur von Staat zu Staat bestehen, also leichter überbrückt werden können, verwirren sie sich in Mazedonien durch die Interessen der drei Hauptbalkanstaaten zu einem gordischen Knoten, der auch durch einen Schwertstreich nicht gelöst werden kann. Wie immer man die Grenze in Mazedonien zieht, zu welchem Staat man es schlägt, die mazedonische Frage läßt sich nicht lösen, ohne den einen oder den anderen Staat völkisch und wirtschaftlich zu benachteiligen.

Durch die Ungunst der ethnischen wie verkehrsgeographischen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel ist Zündstoff für interne Verwicklungen genügend gegeben. Die Eigenart der politischen Lage bedingt es, daß auch die Großmächte durch irgend eine Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse unter den Balkanstaaten betroffen werden. Eifersüchtig wachen sie darüber, daß ihre Interessensphären, auf diplomatischem Wege gewonnen, nicht durch kriegerische Ereignisse geschmälert werden. Die Balkanstaaten sind darum bei internen Verwickelungen der direkten oder indirekten Unterstützung derjenigen Macht sicher, zu deren Klientel sie gehören. Daß die Kriegsfackel dann auch in andere Länder geworfen werden kann, hat der Weltkrieg bewiesen.

Dieselben Verhältnisse, die seinerzeit den Ausbruch des Weltkrieges bedingten, bestehen auch heute noch. Will Europa zum Frieden kommen, so muß die Gefahrenzone auf der Balkanhalbinsel beseitigt werden. Wir haben gesehen, daß der Kernpunkt des Konfliktes in Mazedonien liegt. Man muß sich wundern, daß zu einer Zeit, wo die Großmächte solche Gefahrenzonen durch Schaffung eines selbständigen Staatswesens beseitigen, sie nicht auch in Mazedonien diesen Weg gegangen sind.

Die Bedingungen für ein selbständiges Mazedonien sind zweifellos gegeben: erhältnismäßig einheitliche Bevölkerung, zentraler Mittelpunkt, gute Verkehrsnöglichkeiten, ausgezeichnete Bedingungen für eine gesunde Wirtschaft. Durch in selbständiges Mazedonien würde aber nur die Zahl der Balkanstaaten verhehrt werden. Deren gegenseitige Abhängigkeit, die besonders in Mazedonien u Tage tritt, und die günstige Verkehrslage des Gebietes — man kann es etrost als das Eingangstor zur Balkanhalbinsel bezeichnen — würden neue Reibungsflächen bieten. Ein Land, kulturell wenig fortgeschritten, plötzlich ur Selbständigkeit bestimmt, muß sich immer an einen anderen Staat anehnen. Jeder einzelne Balkanstaat würde die Vorteile, die sich ihm hier ieten, für sich zu erlangen suchen. Aber auch die Großmächte würden daach streben, sich dieses wertvolle Objekt zu sichern.

Der Weg zu einem dauernden Frieden auf der Balkanhalbinsel kann m. E. nur durch einen Zusammenschluß der Balkanstaaten gefunden werden. Der Gedanke an sich ist nicht neu. Schon Carol von Rumänien sprach ihn aus, und zu Anfang dieses Jahrhunderts wurde er sogar von englischer Seite gepflegt. Wenn er bislang nicht zur Wirklichkeit wurde, wenn sogar der erste Versuch, der Balkanbund im ersten Balkankriege, scheiterte, so spricht das alles nicht gegen die Möglichkeit seiner Ausführung.

Die erste Forderung, die man allgemein für die Einheitlichkeit eines Staatswesens erhebt, ist Homogenität der Bevölkerung. Hiermit ist es allerdings schlecht auf der Balkanhalbinsel bestellt, und das Schicksal Österreich-Ungarns sollte uns warnen, ein ähnliches Experiment zu wiederholen. Kein Geograph wird daran zweifeln, daß die Donaumonarchie durch die Macht der geographischen Faktoren zusammengeschweißt wurde. Wenn die zentrifugalen völkischen Kräfte schließlich die Überhand gewannen, so ist das eine Folge der verfehlten Politik der Habsburger, aber kein Beweis gegen die zentripetale Kraft der übrigen geographischen Faktoren. Die Fehler, die hier gemacht sind, sollen uns auf der Balkanhalbinsel den richtigen Weg zeigen.

Friedrich Ratzel sagt: „Politisch zerklüftete Länder vereinigt zuerst der Verkehr, dem dann die politische Einigung nachfolgt.“ Die Rolle, die der Donau bei der Einigung der habsburgischen Länder zufiel, hat auf der Balkanhalbinsel die Morawa-Wardarfurche zu übernehmen. Sie ist in der Tat die Hauptschlagader des ganzen Verkehrs auf der Halbinsel. Von ihr leiten Talwege und Paßübergänge zu den einzelnen Landschaften. Im Becken von Nisch kommen die Täler von allen Seiten zusammen. Durch das Tal der Nisava gelangen wir nach Bulgarien, ein leichter Übergang führt nach Nordosten zum Timok und damit zur unteren Donau. Über den Prepolacsattel gelangen wir ins Amselfeld, das die Wege aus Nordalbanien sammelt, und von dem wir nach dem Sandschak Novipazar kommen. Aus dem Becken von

Üsküb führt nach Osten ein leichter Übergang in das Becken von Küstendil und damit zur Struma. Nach Nordwesten führt uns der Weg in das Amselfeld, nach Südwesten in das Tetovo, von dem aus Albanien zu erreichen ist. Das Becken von Veles sammelt den Verkehr aus der Pelagonia und damit aus Dessaretien und Albanien. Die Kampania von Saloniki steht wieder mit der Pelagonia und mit Thrazien in Verbindung.

Unter Berücksichtigung der heutigen Gebietsverteilung sind alle Balkanstaaten mit Einschluß von Rumänien verkehrsgeographisch voneinander abhängig. Jugoslawien ist das Bindeglied mit Mitteleuropa nicht nur für Bulgarien, Griechenland und Albanien, sondern auch für Rumänien, seit es eine Strecke der Donau sein eigen nennt. Andererseits ist Jugoslawien von Rumänien abhängig, das die Donaumündung besitzt. Bulgarien ist für den Verkehr auf der Donau auf Jugoslawien und Rumänien angewiesen, dagegen ist es das Durchgangsland für beide für den Verkehr mit den Meerengen und Vorderasien. Griechenland beherrscht die direkte Verbindung Jugoslawiens und Bulgariens mit dem Ägäischen Meere. Albanien besitzt die für Jugoslawien günstigsten Häfen an der Adria. Es wird ferner Anfang und Ende der künftigen Balkanquerbahn von der Adria zum Schwarzen Meer, so daß auch eine gewisse Abhängigkeit zwischen Albanien und Bulgarien besteht. Solche verkehrsgeographischen Verhältnisse werden über kurz oder lang den Zusammenschluß der Balkanstaaten herbeiführen.

Die politisch einigende Kraft des Verkehrs kann aber erst dann voll wirksam werden, wenn der Verkehr selbst auf eine breitere Basis gestellt ist, wenn tatsächlich durch den Verkehr die einzelnen Völker einander näher gebracht und miteinander vermischt werden. Das setzt voraus, daß die Balkanstaaten wirtschaftlich zu dem gemacht werden, worauf sie durch die Naturbedingungen Anspruch haben.

Das wirtschaftliche Leben ist noch im Zustande jugendlicher Entwicklung. Heute wird alles noch in zumeist recht unvollkommener Weise betrieben. Durch Einführung moderner Wirtschaftsformen lassen sich jedoch große Werte schaffen. Die fruchtbaren Becken und Ebenen können Kornkammern ersten Ranges werden. Die Berghänge bieten Viehherden Nahrung und harren der Aufforstung. Die alten Gebirge bergen wertvolle Mineralschätze. Es fehlt jedoch an Kohle, eine große industrielle Entwicklung ist darum nicht zu erwarten. Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und mineralischer Rohprodukte, Einfuhr von Industrieartikeln werden der Wirtschaft den Stempel aufdrücken.

Die Erzeugnisse sind in allen Ländern im wesentlichen die gleichen. Eine wirtschaftliche Ergänzung, die einem Zusammenschluß wertvolle Dienste leisten würde, kommt nicht in Frage. Und doch wird die wirtschaftliche

Gleichartigkeit den Zusammenschluß fördern, weil die Staaten durch die eigenartigen Verkehrsverhältnisse bei der Ein- und Ausfuhr aufeinander angewiesen sind. Nichts wird im wirtschaftlichen Leben hemmender empfunden als die Zollschranke. Je mehr sich die Wirtschaft der Balkanstaaten entwickelt, desto mehr wird die Erkenntnis gegenseitiger Abhängigkeit wachsen und das Bedürfnis zum Zusammenschluß an Kraft gewinnen.

Die mazedonische Frage ist zu lösen! Doch nicht außenpolitischer Druck vermag die innere politische Gesundung herbeizuführen. Darum sind auch die von Bulgarien eingeleiteten Bestrebungen, einen Zusammenschluß der Balkanstaaten herbeizuführen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die gemeinsame Gefahr, heute von Rußland drohend, kann die Staaten nur vorübergehend einigen. Wie der erste Balkanbund den Friedensschluß des ersten Balkankrieges nicht überlebte, wird auch jeder durch Blut und Eisen zusammengeschweißte Balkanbund wieder zerfallen, wenn es an die Verteilung der Beute geht. Die Gegensätze werden wieder wach, und jeder will für seine Leistungen das gewinnen, was ihm das Wertvollste ist. Das ist in den meisten Fällen nicht durchzuführen, ohne einen anderen Staat zu benachteiligen. Dauernder Friede auf der Balkanhalbinsel wird nur von innen heraus wachsen, aus der Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit. Die Erkenntnis kann aber nur durch eine Förderung der rückständigen wirtschaftlichen Verhältnisse gewonnen werden.

Sollten die Balkanstaaten einschließlich Rumänien in irgend einer Form den Zusammenschluß finden, so ist auch eine Änderung der politischen Richtung in der Türkei zu erwarten. Sie kann gegenüber einem Staatenblock vor ihrer europäischen Tür nicht isoliert bleiben. Der Weg nach Mitteleuropa ist in den Händen dieser Gruppe, die auch versuchen wird, den letzten Rest türkischen Gebietes in Europa an sich zu reißen. Ein Balkanstaatenbund zwingt die Türkei, in irgend einer Form den Anschluß an ihn zu suchen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wenn von der Donau bis nach Kleinasien ein Bundesstaat oder Staatenbund Wirklichkeit geworden ist, dürfen wir hoffen, daß der europäische Friede nicht mehr auf so tönernen Füßen steht, wie es heute trotz Völkerbund und Garantiepakt der Fall ist.

Abgeschlossen am 14. Februar 1925.

HUGO RACHEL:
BEVÖLKERUNGSDICHTE UND -WACHSTUM

Die Bedeutung eines Landes oder irgend eines Teils der Erdoberfläche wird in erster Linie ausgedrückt durch die Summe seiner lebendigen Kräfte, seiner Bewohnerschaft, und zwar diese nicht nur absolut, sondern auch in ihrem Verhältnis zum Flächeninhalt, also in ihrer Dichtigkeit betrachtet. Um eine erste Vorstellung von der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedeutung eines Landes zu gewinnen, muß man vor allem wissen, wie viele Menschen füllen seinen Raum, wie sind sie darin verteilt und welcher Art sind sie. Einige Zahlen, zueinander in Vergleich gesetzt, können schon recht lehrreiche Einblicke und Deutungsmöglichkeiten eröffnen.

Gehen wir, um einen Maßstab zu gewinnen, von naheliegenden Verhältnissen aus. Frankreich mit seiner seit vielen Jahrzehnten geübten Bevölkerungsökonomie bietet das Musterbeispiel einer — jedenfalls im französischen Sinne — normalen Bevölkerungsdichtigkeit, d. h. einer solchen, die dem Einzelnen oder doch der großen Mehrzahl des Volks ein auskömmliches Leben und einigen Wohlstand bei nicht sehr anstrengender Tätigkeit ermöglicht. Es kommen in Frankreich (1921) 71,2 Einwohner auf den km², vor dem Kriege waren es 74, da das Land damals bei geringerem Umfang — ohne Elsaß-Lothringen — dennoch ½ Million mehr Einwohner hatte (1913: 39 752 000, 1921: 39 210 000 Einwohner), wobei ferner zu berücksichtigen ist, daß Frankreich schon 1866 und 1885 38 Millionen Einwohner zählte und erst 1902 39 Millionen überschritt. Wir sehen also in einer Dichte von 70 bis 74 je km² den mit Bewußtsein festgehaltenen Bevölkerungsstand eines Landes, das durch fruchtbaren Boden, mildes Klima, gute Verkehrslage, reiche Küsten- und Stromentwicklung, einen wohlbegabten Menschenschlag und eine alte Kultur vor vielen andern ausgezeichnet ist. Trotz so vieler günstigen Umstände diese freiwillige Beschränkung der Volksvermehrung aus der Vorliebe für behagliches Rentnertum und der Abneigung gegen aufreibenden Konkurrenzkampf heraus; damit verbunden eine bei dem lebhaften und fortgeschrittenen Volke befremdliche Rückständigkeit im landwirtschaftlichen Betrieb und in anderen Dingen des materiellen Daseins, überhaupt mäßiger Ehrgeiz und langsames Voranschreiten in wirtschaftlicher Hinsicht!

Deutschland hatte bei ungefähr demselben Gebietsumfang — ohne Elsaß-Lothringen ist es kleiner — bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts stets weniger Einwohner als Frankreich. Es besaß 1816 24,833, Frankreich dagegen 29,48 Millionen Einwohner; 1850 war Deutschland mit 35,31, Frank-

ich, das 1851 35,8 Millionen zählte, schon fast gleichgekommen, zum Waffen-
ng von 1870 schritt es bereits mit einer Überlegenheit von 2 Millionen
elen und 1914 übertraf es Frankreich um 28 Millionen. Deutschland hat (1919)
ne Volksdichte von 126,8 Einwohnern — ähnlich Preußen 124,6, Provinz
chsen 123,8, Thüringen 128,2, Württemberg 129,1 — Italien von 125,2; auf
eicher Stufe mit Frankreich befindet sich der an Ergiebigkeit des Bodens
sehr hinter ihm zurückstehende Nordosten Deutschlands, ferner Polen
921: 70,3) und Dänemark (1921: 76) das bevölkertste der nordischen Länder;
nter Frankreich stehen zurück Portugal (63,4), Schottland (63,3), Spanien
2,9). Bezeichnend ist, daß Elsaß-Lothringen in der Volksdichtigkeit Deutsch-
nd und nicht Frankreich nahesteht (1910 129, 1921 nur noch $117^{3}/_{4}$ je km²).
Velche Verdichtung bei starker industrieller oder merkantiler Entwicklung
reicht wird, zeigen die Beispiele vom Freistaat Sachsen (311), von Rhein-
nd-Westfalen (259), Belgien (256), England und Wales (251), der italienischen
andschaften Ligurien (248), Campanien (220), Lombardei (211), der Nieder-
nde (207,2). Die Ernährungsbasis dieser Gebiete und auch von Deutschland
s Ganzem ist eine künstliche, sie bedürfen der Einfuhr von Lebensmitteln,
ährend Frankreich sich selbst genügen kann und gleichsam aus einem Massen-
stinkt heraus auf dieser natürlichen und sicheren Grundlage verharrt. In
iesem Sinne sind übrigens auch Österreich (77,8), Ungarn (86,1), die Schweiz
4,1), ja selbst Schweden (14,4) und Norwegen (8,56) als „übervölkert“ an-
usehen, während die Volksdichtigkeit der Tschechoslowakei mit 97 je km²
er guten Ausstattung dieses Landes mit Naturgaben entsprechen dürfte. Italien
eweist durch seine sehr starke Auswanderung, die vor dem Kriege bis über
00 000 im Jahre stieg, daß es zum mindesten hart an der Grenze des Fassungs-
ermögens steht. Folgende Zahlen beleuchten weiterhin die hier berührte
atsache.

		Von 100 Erwerbstätigen gehören zu:	
		Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie, Bergbau, Handel u. Verkehr
Rußland	(1897)	58,3	25,0
Frankreich . . .	(1911)	40,7	45,6
Deutsches Reich .	(1907)	35,2	52,4
Niederlande . . .	(1909)	28,3	52,8
Belgien	(1910)	16,6	68,1
England und Wales	(1911)	8,5	72,8

Aber es sind nicht allein die sattsam bekannten Tatsachen der Industriali-
erung und der gewaltigen modernen Verkehrsentwicklung, die eine unge-
öhnlich starke Bevölkerungsverdichtung ermöglichen; wir haben vielmehr
eispiele und zwar recht ansehnliche und ehrwürdige, daß eine solche auch

auf rein agrarischer Grundlage stattfinden kann, allerdings unter besonder
günstigen Umständen. Das eigentliche Ägypten, d. h. das Niltal unterhal
des zweiten Katarakts, ohne die dazugehörigen, fast unbewohnten Wüsten
gebiete, ein Land, das mit 31 200 km² nicht viel größer ist als Belgie
(30 440 km²) oder Pommern (30 200²), hat nicht weniger als 13 Millione
Einwohner, das sind 414 auf den km², und ist somit das weitaus dichte
bevölkerte Land der Erde. Diesen Ruhm hatte es schon im grauen Alte
tum, denn in seinen Blütezeiten unter den Pharaonen wie unter römische
Herrschaft wird seine Bevölkerung auf 7 bis 8 Millionen geschätzt, war als
etwa so stark und so dicht wie die Belgiens. Die Befruchtung durch de
Nilschlamm in Verbindung mit dem warmen, sonnigen Klima, das mehrer
Ernten im Jahre gedeihen läßt, machten das Land zur ergiebigsten Korn
kammer des Altertums, dazu kam die Bedürfnislosigkeit der bäuerlichen Be
völkerung, um eine so enge Besiedelung zu ermöglichen. Wenn infolge vo
feindlichen Einbrüchen, Unruhen und Mißregierung die segenspendende Wasser
regulierung versagte oder verfiel, so ging auch die Bevölkerung stark zurück
Sie soll im Altertum zeitweise auf 3 Millionen gesunken sein und betrug 180
nur noch 2,46 Millionen, 1882 aber wieder 6,81 Millionen. Jetzt ist es nich
mehr das Getreide, wovon das Land lebt, sondern die Baumwolle und dere
Ausfuhr, Getreide muß jetzt sogar eingeführt werden.

Lange nicht so dicht bevölkert ist das alte Kulturland des Ostens, China, da
nach verbreiteter Meinung das klassische Beispiel von Übervölkerung darstell
Das ungleich weiträumigere Land soll (nach Sacharoff) schon in den beide
vorchristlichen Jahrtausenden zwischen 59 und 79 Millionen schwanken
Volkszahlen besessen haben, das wäre jedenfalls die größte Volksmenge, di
bis zum 19. Jahrhundert in einem Staate zusammengefaßt war, denn da
Römerreich hatte in seiner Blütezeit kaum über 60 Millionen. Allerdings ha
sich China unter starken, durch Überschwemmungen, Hungersnöte und Krieg
verursachten Schwankungen sehr lange nicht über diesen Stand erhoben; noc
um 1650 n. Chr. wird es auf 62 Millionen Einwohner geschätzt. Seither, als
unter der Mandschu-Dynastie, hat sich aber die Bevölkerung rasch vermehr
offenbar dadurch, daß feudale Fesseln fielen, der Großgrundbesitz durch da
Erbpachtsystem beseitigt wurde und daß nun jenes für das Reich der Mitt
typische Gewimmel von Kleinbauern sich ausbreitete, die winzige Parzellen i
gartenartigem Anbau bestellen, fleißig, bedürfnislos und kindergesegnet. Scho
bis 1725 hat sich die Bevölkerung verdoppelt (125 Millionen); gegenwärti
(1921) zählt das eigentliche China der 18 Provinzen nicht weniger a
411 Millionen, d. h. auf einem Raum (3 874 300 km²) der nicht viel übe
1/3 des Flächeninhalts von Europa (9 572 799 km²) umfaßt, beinahe die gleich
Bevölkerungsmenge (439 Millionen). China ist also mit 106 Einwohner au

nen km² viel dichter bevölkert als ganz Europa (45,9 je km²) und auch als eses ohne Rußland (5 647 600 km², 348 Millionen Einwohner, 62 je km²). Venn auch einzelne europäische Länder höhere Dichtezahlen aufweisen, so ndet sich in Europa doch keine Massierung auf derart großem Raum wie in hina, zumal in den drei Küstenprovinzen Chekiang, Kiangsu und Schantung, o auf einer Fläche, die Italiens Größe übertrifft (340 000 km²), 86,6 Millionen inwohner leben, also etwa 255 auf den km². An diese schließen sich die eichfalls dichter als Deutschland bevölkerten großen Provinzen Tschili und onan am Hoangho, Anhwei, Kiangsi und Hupeh am Jangtse, Kwantung im üden an.

Das eigentliche Japan zählt (1922) auf seinen 385 522 km² je 149,6 Einohner, Korea nur 78,2; die Insel Java, etwa so groß wie England ohne Wales, gar 266 Bewohner auf den km².

Auch einige andere tropische und subtropische Gebiete von geringem Umnge, von großer Fruchtbarkeit und gesundem Klima, besonders Inseln, weisen elegentlich sehr dichte Bevölkerungen auf, so Barbados 363½, Martinique 248, ie Malediven 233, Grenada 219, Straits Settlements (Malakka) 213, Madeira 208, Iauritius 202. Dagegen haben die großen tropischen Inseln Kuba nur 25, Iaiti 33, Jamaika 79, Portoriko immerhin 146½ je km². Von den amerikanichen Festlandstaaten haben nur Salvador (45,4), Guatemala (18,3) und die Vereinigten Staaten (13,5) eine Dichte von mehr als 8 je km²; in Asien zählen lie Philippinen 36, Franz. Indochina 24, Siam 18,3, die Türkei 18, Persien ur 6 Bewohner auf den km².

An Ausdehnung kommt dem chinesischen Verdichtungsgebiet das Gangesiefland von Delhi bis Kalkutta am nächsten, wo auf einer Fläche, die etwas rößer ist als Vorkriegs-Deutschland mit der Schweiz (592 785 km²) 116 Milionen Menschen (1921) leben, demnach 196 auf den km²; allein Bengalen, las etwa so groß ist wie die Apenninenhalbinsel ohne die beiden Südspitzen, ählt 228 Bewohner auf den km². Ganz Vorderindien (ohne Birma, Beudschistan und Ceylon) hat bei ungefähr gleicher Größe wie China (3 896 900 km²) 06 Millionen Einwohner, also 78,5 auf den km², immerhin demnach mehr ls das Hochkulturland Frankreich. Im Beginn des 19. Jahrhunderts zählte s, nach Humboldt, erst 49 Millionen; das würde in einem Jahrhundert die ngeheure Zunahme auf annähernd das Sechsfache (1901: 285 Millionen) ergeben, die doch wohl den geordneten Zuständen unter der englischen Herrchaft zu verdanken ist; dafür scheint auch zu sprechen, daß die unter unnittelbarer Kronverwaltung stehenden Provinzen dichter bevölkert sind als die Eingeborenenstaaten und Agentien. Immerhin wird hier, wie in China und gypten, die Massierung auf wesentlich agrarischer Grundlage — denn die unge Industrie ist noch verhältnismäßig bescheiden — erkauft mit einer

erbärmlich niedrigen Lebenshaltung der breiten Massen und mit gelegentlichen Massensterben infolge von Mißernten oder Seuchen.

Zu den in alter Zeit wohlbesiedelten Gebieten gehörten auch einige Strom- und Oasen-Landschaften in Vorder- und Mittelasien, sofern durch Kanalbauten und Berieselungsanlagen für geregelte Bewässerung gesorgt und damit ein gartenartiger Fruchtbau von großer Üppigkeit ermöglicht wurde. Dem verdankt vor allem das alte Kulturland am Euphrat und Tigris seine hohe Bedeutung, desgleichen später Syrien und in der arabischen Zeit die zentralasiatischen Oasen, wie Merw, Buchara, Samarkand, Kokand — Gebiete, die großenteils längst Nomadeneinfällen (vor allem der Mongolen im 13. Jahrhundert) und dem Wüstensande zum Opfer gefallen sind. Babylonien wird auf 6—8 Millionen Bewohner zur Zeit Alexanders des Großen geschätzt (Beloch), das gegenwärtige britische Mandat Mesopotamien hat deren nur 2,85 Millionen, d. i. 7,68 je km².

Kleinasien und Syrien zählte, als es durch Pompejus dem Römerreiche einverleibt wurde, 17—18 Millionen (Beloch), um 1900 unter türkischer Herrschaft nur 12 Millionen Bewohner; das jetzige französische Mandat Syrien hat etwa $2^1/_2$, das britische Mandat Palästina etwa $^3/_4$ Millionen, das sind 16,9 bezw. 32,5 Bewohner auf den km².

Die orientalischen Länder waren infolge ihrer Fruchtbarkeit und gewerblichen Blüte den europäischen im ganzen Altertum und bis weit in das Mittelalter an Volkszahl wie an Wohlstand überlegen. Allein Griechenland konnte sich ihnen in seiner besten Zeit, als es in Gewerbe, Handel und Kunst eine herrschende Stellung einnahm, zur Seite stellen. Es wird um 430 v. Chr. auf $2^1/_2$, 338 v. Chr. auf 4 Millionen Einwohner geschätzt (Beloch), das wären an 50 — in Attika 90 — auf den km²; heute zählt Griechenland ohne Kreta und die neuen Erwerbungen 3 Millionen oder 44,5 auf den km². Griechenland mit seinem großenteils wenig fruchtbaren Boden hat immer viel durch Auswanderung abgegeben; das nahm besonders zu, als den Hellenen durch die Eroberungen Alexanders ein riesiges Kolonisationsgebiet im Orient eröffnet war. Infolge der späteren Wirren und der römischen Eroberung und Ausbeutung trat eine förmliche Entvölkerung des Landes ein, von der es sich erst in neuester Zeit wieder erholt hat.

Das römische Reich zählte beim Tode des Augustus in der lateinischen Reichshälfte etwa 26, in der östlichen, hellenistischen 29, zusammen also 55 Millionen Einwohner (Beloch), so viel wie Deutschland am Ende des vorigen Jahrhunderts, eine äußerst dünne Bevölkerung in Ansehung des riesigen Gebiets. Italien, das zu jener Zeit noch am dichtesten bevölkerte unter den westlichen Ländern, hatte doch nur etwa 7 (jetzt 39) Millionen Bewohner oder 22,4 (jetzt 126) auf den km², das ist eine geringere Dichtig-

eit, wie sie jetzt etwa Rußland (22—23) oder Estland (23,3) besitzen. izilien, das jetzt über 4 Millionen Einwohner zählt, soll damals 600 000 besessen haben. Und das war ein Stand zur Zeit höchster Blüte, bald nach ugustus begann die Volkszahl Italiens zu sinken. Die der westlichen Proinzen nahm noch zu, Spanien erreichte im 2. nachchristlichen Jahrhundert vohl 9, Gallien 8 Millionen als höchsten Stand; im 3. Jahrhundert trat auch a Niedergang ein. Dieses auffällige Versagen der sonst hochstehenden Antike rklärt sich aus ihrer technisch-wirtschaftlichen Rückständigkeit, infolge deren ler Bodenbau extensiv, der Gewerbebetrieb primitiv, das Verkehrsleben trotz nancher guter Leistungen, z. B. im Straßen- und Brückenbau, schwach entvickelt blieb, sowie aus dem Überwiegen unfreier, d. h. unrationeller, eistungsarmer Arbeit durch Sklaven, später hartgedrückte Kolonen. Jene eringen Bevölkerungszahlen werden uns überhaupt vor einer Überschätzung ler hochberühmten antiken Kultur warnen: diese war eine ausgesprochene Spitzenkultur, die große Masse der dünn verstreuten, wirtschaftlich rückständigen Bevölkerung war sehr arm und nicht vorgeschrittener als die des „barbarischen" Mittelalters. Durch dies alles werden wir auch den furchtbaren und völligen Zusammenbruch jener in ihren zivilisatorischen und rganisatorischen Leistungen immerhin höchst achtungswerten Kultur verstehen können: ihre Basis war in jeder Hinsicht zu schmal.

Stillstand und Rückgang hielten in Europa auch in frühmittelalterlicher Zeit an. Dann, seit dem 11. Jahrhundert, begannen Bevölkerung und Kultur in den romanisch-germanischen Staaten sich langsam zu heben, der Boden wurde in stärkerem Maße der Bebauung erschlossen, freie Gewerbe kamen empor, der Verkehr nahm langsam zu, es entstanden wieder zahlreiche Städte und Marktorte, die Völker begannen sich kolonisierend auszudehnen. Bevölkerungshemmend wirkten die feudalen Verhältnisse mit ihrer produktionsfeindlichen Ständegliederung und Wirtschaftsordnung, ihren unaufhörlichen Fehden und Kriegen, ferner der niedere Stand der Gesundheitspflege, große Kindersterblichkeit, viele Seuchen und Hungersnöte. Immerhin hatten am Ausgang des Mittelalters Spanien etwa 11 — in der maurischen Zeit, im 9. bis 11. Jahrhundert, sicher erheblich mehr —, Italien 11, Frankreich 12 Millionen Bewohner, demnach mehr als während der höchsten Blüte im Altertum. Auf dem Boden des Deutschen Reiches, der zu Cäsars Zeit höchstens 2—3 Millionen beherbergt hatte, befanden sich um das Jahr 1300 wohl 12 Millionen Menschen, eine Zahl, die sich bis um 1500 nicht wesentlich veränderte, dann bis 1620 auf etwa 15 Millionen stieg. Der 30jährige Krieg brachte einen Rückgang bis auf 12 Millionen; noch mehr büßte Spanien unter der absolutistisch-klerikalen Mißwirtschaft ein, zählte es doch im Jahre 1600 nur noch 8, 1700 gar 5.7 Millionen. Auch Italien nahm im 16. und

17. Jahrhundert wieder ab, dagegen erhob sich Frankreich zum weitaus volkreichsten Lande Europas mit über 19 Millionen Einwohnern im Jahre 1700, die allerdings infolge des für das Land so unglücklichen spanischen Erbfolgekrieges bis auf 18 Millionen im Jahre 1715 zurückgingen.

Eine sehr erhebliche Volksvermehrung haben die europäischen Länder — wie ja auch die ost- und südasiatischen — erst in den beiden letzten Jahrhunderten erfahren, wie die folgende Übersicht von Einwohnerzahlen (in Millionen) in verschiedenen Jahren erweist:

	1700	1800	1900	1920
Spanien	5,7	11	18,5	21
Italien	10	16	32	38
Frankreich	19,6	26	38,9	39,2 [2]
England u. Wales	5	9	31,5	37
Belgien	—	3,5	7	7,5
Niederlande	2,2	2,4	5	7
Deutschland [1]	14	23	56	61,8 [3]
Schweden	1,5	2,3	5	5,9
Rußland	13	36	140	131

[1]) Genauere Zahlen für Deutschland in Tausenden:

1816	24 833
1870	40 818
1890	49 428 (Verdoppelung gegen 1816!)
1914	67 790
1922	62 036

[2]) ohne Elsaß-Lothringen 37,3.

[3]) Nach den Gebietsabtretungen infolge des Krieges.

Bei Rußland spricht die sehr beträchtliche räumliche Ausdehnung innerhalb dieses Zeitraums — und die Verkleinerung seit 1918 — mit; aber die Bevölkerung hat sich auch erheblich verdichtet, denn sie betrug 1725 noch nicht 1, gegenwärtig 6,8 Bewohner auf den km², hat sich also in weniger als zwei Jahrhunderten auf das Siebenfache vermehrt. Die Wirkung des unermeßlichen zur Verfügung stehenden Raumes zeigt sich in der mächtigen raumfüllenden Energie und dem Kinderreichtum des Volkes.

Es kamen im übrigen Einwohner auf den km²:

	1820	1840	1860	1880	1900	1920
in Frankreich	56,5	63,2	67,8	71,2	72,6	71,2
„ England und Wales	79,9	105,3	132,8	171,2	215,3	250
„ Deutschland	47,1	61,2	70,4	83,7	104,2	127
„ Österreich	47	56	61	73,7	87,2	(76,6 Rep. Öst.)

Die überall, abgesehen von Frankreich, sehr starke Vermehrung wurde ermöglicht durch die großen technischen und zivilisatorischen Fortschritte der neueren Zeit, die unvergleichlich rationellere und intensivere Wirtschaft in Agrikultur, Industrie und Verkehr, sowie durch die Abnahme hemmender Ursachen infolge der Fortschritte im Gesundheitswesen. Das letztere wirkt sich natürlich in einem Lande wie Rußland noch nicht so aus, kamen doch da um 1890 noch 36,7, 1912 allerdings nur noch 25,2 Todesfälle auf 1000 Menschen außerhalb des ersten Lebensjahres, und ist vor allem die Kindersterblichkeit erschreckend hoch, indem um 1890 von 1000 Geborenen 305,25

n ersten Lebensjahre starben. Trotzdem hat Rußland in Europa den stärk-
en Geburtenüberschuß, 16,2 auf 1000 (1912).

In Deutschland ist die Sterbeziffer von der Höhe 27, die sie im Zeitraum
on 1851—1880 hatte, auf 15 im Jahre 1913 und 14,4 im Jahre 1922, die
ahl der Totgeburten von 1,5 auf 0,8 vom Tausend in dem gleichen Zeit-
aum zurückgegangen. Die Sterbeziffer Deutschlands betrug 1901—1910 18,9,
e war niedriger in England (15,4), Holland (15,2), Schweden (14,7), Nor-
vegen (14,2) und Dänemark (14,2); dagegen betrug sie in Rußland 29,9, Bos-
ien 26,1, Rumänien 25,8, Ungarn 25,7, Spanien 25,2.

Allerdings pflegt auch die Geburtenziffer mit steigender Kultur abzu-
ehmen. Die Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner jährlich betrug
n Rußland um 1890 51,4 auf dem Lande, 38,9 in den Städten; sie ist aber
uch dort schon von 47,3 in den Jahren 1871—80 auf 46,7 in 1901—1910,
a 41,4 im Jahre 1912 zurückgegangen. Dagegen betrug sie in

	1861—70	1901—10	1913	1922
Frankreich	26,1	20,6	18,8	19,4
England und Wales	35,4	27,2	23,8	20,4
Deutschland	37,2	32,7	27,5	22,8

Selbst so dünn bevölkerte Länder wie Australien und Neuseeland weisen
rotz ihres großen Nahrungsspielraumes stark abnehmende Geburtenziffern
uf, 1921 25 bzw. 23,3 v. T., und die Vereinigten Staaten haben bei ähn-
icher Gunst der Verhältnisse auch nur 23,7 v. T. Geburten (1920). Dagegen
st in Japan die Geburtenziffer 1880—1910 von 27,2 auf 32, bis 1921 gar
uf 35,1 v. T. gestiegen. Nächst Rußland haben die höchsten Geburtenziffern,
oweit solche feststellbar sind (1911/12): Rumänien 43,4, Britisch Honduras
2,5, Costarica 42,0, Bulgarien 40,6, Bosnien 40,3 — alles Länder mit schwach
ntwickelter Kultur und hoher Sterblichkeitsziffer.

Obwohl sich Geburts- und Sterbeziffern in ihrer Auswirkung vielfach gegen-
eitig aufheben, zeigen die Geburtenüberschußzahlen, also die eigent-
ichen Anzeiger der Volksvermehrung, doch außerordentliche Unterschiede in
len einzelnen Ländern. Das zeigt folgende Skala der Überschußzahlen nach
len neuesten Feststellungen, möglichst ergänzt durch eine frühere Jahresangabe:

Südafrika	1906	9,0 (Kapland)	1920	17,8
Argentinien	1905	18,6	1921	17,1
Rußland	1901	15,8	1912	16,2
Salvador	—	—	1922	16,2
Kanada	—	—	1920	15,7
Uruguay	1906	16,6	1922	15,2
Australien	1906	16,1	1921	15,1
Neuseeland	1906	17,8	1921	14,6
Niederlande	1906	15,6	1922	14,4

Bulgarien	1905	21,9	1919	12,8
Japan	1905	9,3	1921	12,4
Norwegen	1906	12,7	1922	12,3
Italien	1905	10,6	1921	11,9
Deutschland	1906	14,9	921	11,3
Tschechoslowakei	—	—	921	11,3
Vereinigte Staaten	1904	4,7	1920	10,6
Dänemark	1906	15,1	1922	10,4
Finnland	1906	13,9	1921	10,2
Chile	1905	2,4	1922	10,0
Spanien	1905	9,4	1922	9,9
Lettland	—	—	1922	9,1
Ungarn	1906	11,2	1922	8,6
Schottland	1906	11,9	1922	8,6
Litauen	—	—	1922	8,0
Nord-Irland (Irl.	1906	6,6)	1921	7,8
England und Wales	1906	11.6	1922	7,6
Griechenland	—	—	1921	7,6
Schweden	1906	11,3	1922	6,8
Österreich	1905	8,6	1921	6,7
Belgien	1905	9,7	1922	6,5
Albanien	—	—	1922	5,4
Irischer Freistaat (Irl.	1906	6,6)	1922	4,5
Korea	—	—	1920	4,2
Estland	—	—	1922	2,9
Frankreich	1906	0,7	1922	1,8
Brit. Indien (Ceylon	1905	10,8)	1921	1,5
Straits Settlements	—	—	1921	0,9
Mexiko	1903	0,9	1910	— 0,3
Ver. Malaien-Staaten	—	—	1921	— 1,3

Deutsche Bevölkerungsbewegung.

Es kamen auf je 1000 Einwohner:

	Geborene lebend	Geborene tot	Gestorbene	Geburtenüberschuß	Wanderungsverlust	Überseeische Auswanderung
1871—1880	39,1	1,6	27,2	11,9	1,8	.
1881—1890	36,8	1,4	25,1	11,7	2,8	.
1891—1900	36,1	1,2	22,3	13,9	0,7	0,55 (1894—1900)
1901—1910	32,9	1,0	18,7	14,3	0,2	0,45
1911	28,6	0,9	17,3	11,3	—	0,35
1912	28,3	0,8	15,6	12,7	—	0,28
1913	27,5	0,8	15,0	12,5	—	0,39
1914—1918	18,1	0,6	21,0	— 3,1	—	zus. 24 268,
1919	20,0	0,7	15,5	4,5	—	gegen 25 843 i. J. 1913,
1920	25,9	0,8	15,1	10,8	—	gegen 23 451 i. J. 1921
1921	25,3	0,8	13,9	11,4	—	0,37
1922	22,8	0,8	14,3	8,5	—	0,59

Die durchschnittliche jährliche Zunahme der deutschen Bevölkerung betrug in em Zeitraum 1816—1864 9,6 und 1864—1910 10,9 v.T., zusammen 10,2 v.T., as ist über den europäischen Durchschnitt, der 1820—1880 8,4 v.T. ausmachte.

Zu den natürlichen und absoluten Bevölkerungsveränderungen durch Geurten und Todesfälle treten die willkürlichen und relativen durch Wandeungen, die ja nur Verschiebungen bedeuten. Diese können innere sein, orwiegend Zuzug vom Land zur Stadt, und äußere, d. h. Ein- und Ausvanderung über die Staatsgrenzen. Sie waren auch im Altertum nicht gering. m 5. vorchristlichen Jahrhundert war die Kolonialbevölkerung hellenischer bstammung schon ebenso zahlreich wie die Bevölkerung des eigentlichen Hellas, je 2 1/2 Millionen schätzungsweise. Noch intensiver war die Ausbreitung er Griechen in der hellenistischen Zeit, und auch im römischen Weltreiche and ein sehr reger Bevölkerungsaustausch, zumal zwischen Italien und den Provinzen, statt. Dazu kamen die zwangsweisen Verschiebungen durch den Sklavenhandel, durch die andauernd recht beträchtliche Menschenmassen bewegt wurden. In Attika soll es um 430 v. Chr. auf 250 000 Köpfe Gesamtbevölkerung nicht weniger als 100 000 Sklaven gegeben haben, und ähnlich mag das Verhältnis auch anderwärts gewesen sein. Desgleichen gab es eine starke Bewegung vom Land zur Stadt: es sind während der ganzen Antike Städte in großer Zahl gegründet worden, so daß in der römischen Kaiserzeit fast das ganze riesige Reichsgebiet mit Stadtgemeinden besetzt war. Einige von ihnen waren zu Groß-, ja Riesenstädten angewachsen, zählte doch Rom 800 000, Alexandria und Karthago 700 000 Einwohner, Seleucia, Antiochia und Byzanz auch mehrere 100 000. Die dauernde Ernährung derart zusammengedrängter Massen ist eine anerkennenswerte Leistung für ein Zeitalter, das keinen Schnell- und Massenverkehr durch Eisenbahn und Dampf-Großschiffahrt kannte.

Endlich ist die der Kolonisation entgegengesetzte, in ihren Wirkungen fast noch bedeutsamere Erscheinung zu erwähnen: das teils friedliche teils kriegerische Einströmen nomadischer und halbnomadischer Volksteile aus unwirtlichen Gegenden in die Gebiete seßhafter Kultur. Die Wander- und Kriegszüge semitischer, indo-germanischer, mongolischer, türkischer, malaiischer und anderer Völker haben große Teile der Erdoberfläche in Volkstum und Kultur entscheidend verändert, haben Reiche gestürzt und errichtet. Alle alten Kulturländer haben derartige Wellenstöße zu wiederholten Malen erfahren, von den Akkadiern und Amoritern bis zu den Osmanen und Wahhabiten in Vorderasien, von den Hunnen bis zu den Mandschu in Ostasien; auf solche Weise sind große Teile Europas germanisiert und slawisiert, sind Syrien, Mesopotamien und Nordostafrika arabisiert worden, die Bewegung berberischer Nomaden gegen die negritischen Hackbauländer in Nordafrika hat bis zur neuesten Kolonialepoche angedauert.

Die Germanen haben in beiden Richtungen gewirkt: als barbarische Bedränger und Eroberer haben sie große Teile des römischen Reiches besetzt und als Träger höherer Kultur haben sie im 12. bis 14. Jahrhundert den Osten bis an den finnischen Meerbusen und die transsylvanischen Alpen kolonisiert. Auch die Russen haben sich kolonisatorisch ausgebreitet von ihrer Heimat am Dnjepr und Wolchow bis an das Eismeer, den Stillen Ozean und die Pforten Indiens. Ähnlich haben die Chinesen von einem ursprünglich kleinen Gebiet am Weiho aus fast den ganzen jetzigen Umfang des Reiches und darüber hinaus Teile von Hinterindien, Formosa und Java angefüllt.

Am gewaltigsten und folgereichsten ist die überseeische Auswanderung aus Europa in die neuen Erdteile; sie führte zur Europäisierung von Amerika und Australien, allerdings auch zu völliger staatlicher Loslösung des größten Teils von Amerika. Diese Auswanderung nahm einen besonders großen Umfang an seit der Befreiung der amerikanischen Kolonien und der Verbesserung der Verkehrsmittel im 19. Jahrhundert. Um 1800 lebten etwa 9 Millionen Menschen europäischer Rasse in außereuropäischen Gebieten, es sind danach bis 1891 etwa 26 Millionen Personen aus Europa ausgewandert, und allein in die Vereinigten Staaten 1821—1891 13,7 Millionen Europäer eingewandert. Es wanderten vom Tausend der mittleren Bevölkerung Europas im jährlichen Durchschnitt über See aus: 1861—1870: 1,3, 1871—1880: 1,1, 1881—1890: 2,1, 1891—1900: 1,7, 1901—1910: 2,9; der Wanderungsverlust Europas betrug demnach immerhin nur 1/5—1/4 von seinem Geburtenüberschuß.

Die stärkste Auswanderung ging lange Zeit von den britischen Inseln aus; durch sie sind Nordamerika, Australien und Südafrika zu angelsächsischen Ländern geworden. Es sind 1815—1852 an 3, 1853—1891 7,35 Millionen von den Inseln ausgewandert, denen allerdings 1854—1870 eine Ein- und Rückwanderung von 2,4 Millionen gegenübersteht. 1894—1913 war die Auswanderung etwa 2,3 Millionen.

Aus Irland sind 1851—1891 3,3 Millionen ausgewandert; die Insel hatte 1801—1841 eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 11,3 v. T., dagegen 1846—1886 eine ebensolche Einbuße von 20,8 v. T. infolge unaufhörlicher Abwanderung. Auch der Geburtenüberschuß ist gering: 1871—1880 8,2, 1912 6,6 v. T. Irland bietet daher seit der großen Hungersnot von 1846, infolge deren 1 1/4 Millionen Bewohner starben und ebensoviele nach Amerika auswanderten, das seltene Beispiel eines Landes mit abnehmender Bevölkerung. Diese betrug 1811: 5,74, 1845: 8,3, 1851: 6,57, 1891: 4,7, 1911: 4,39 Millionen und erfährt erst seit dem Kriege wieder eine ganz kleine Zunahme (1921: 4,496 Millionen).

Aus Deutschland sind 1871—1880 595 151, 1881—1890 1 342 423, 1891 bis 1900 529 875, 1901—1910 279 645, 1911 22 690, 1912 18 545, 1913

5 843, 1922 36 527 Personen ausgewandert; allein nach den Vereinigten Staaten 1820—1870 2,37 und 1871—1914 2,68 Millionen. 1847—1910 sind 888 787 Personen aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten und nur 85 543 nach anderen Ländern ausgewandert; die Rückwanderung betrug 1908—1913 18 % und soll früher beträchtlich höher gewesen sein. In Tausendstel der mittleren Bevölkerung betrug die deutsche Auswanderung:

in den Jahrzehnten	1831/40—1861/70	0,6	1,6	3,0	2,6
in den Jahrfünften	1871/75—1886/90	0,9	0,5	3,7	1,8
" " "	1894/98—1909/13	0,61	0,48	0,45	0,36

Während in Deutschland die Auswanderungsziffer seit 1893 stark zurückgegangen ist, ist sie in den süd-, ost- und nordeuropäischen Ländern gestiegen. Rußland hatte noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bedeutende Einwanderung, dagegen 1889—1894 einen Auswanderungs-Überschuß von durchschnittlich 10 653 im Jahre, 1904 einen solchen von 10 000. Die stärkste Auswanderung hatte vor dem Kriege Italien, sie stieg von 110 000 im Jahre 1876 bis auf 872 000 im Jahre 1913; allerdings kehrte reichlich die Hälfte der Auswanderer in die Heimat zurück. Immerhin leben außerhalb des Königreichs schon etwa 7 1/2 Millionen Italiener. Einen Wanderungsgewinn weisen gegenwärtig nur drei europäische Länder — Rumänien, die Schweiz, Belgien — auf. Auch Frankreich hatte beispielsweise 1850—1890 eine Zuwanderung von 1 1/2 Millionen, seine Auswanderung dagegen ist unbedeutend wie anderseits seine Volksvermehrung; im Gegensatz zu den europäischen Franzosen zeigen die kanadischen ein starkes Wachstum: die 60 000 Frankokanadier von 1763 haben es durch Kinderreichtum und Langlebigkeit auf nahezu 2 111 000 Seelen gebracht.

Nordamerika steht hinsichtlich der Bevölkerung unter allen Erdteilen einzigartig da. Während im romanischen Süd- und Mittelamerika mit Ausnahme der westindischen Inseln die eingeborene, indianische Bevölkerung sich im wesentlichen erhalten und mit den eingewanderten und eingeschleppten Weißen und Schwarzen vielfältig vermischt hat und in einer Reihe von Staaten den zahlreichsten und ausschlaggebenden Teil der Bevölkerung darstellt, ist sie in Nordamerika fast verschwunden und völlig bedeutungslos. In dem ungeheuren Landgebiet, das die Vereinigten Staaten und Kanada einnehmen, leben ganze 350 000 Indianer; ihre Zahl hat allein in der Union von 1910 bis 1920 um 21 000 abgenommen (244 000 statt 265 000). Nordamerikas Bevölkerung geht also so gut wie ganz auf Einwanderung zurück. Die Vereinigten Staaten sind das stärkste Einwanderungsland der Erde. Ihre Bevölkerung betrug 1790 noch nicht 4, 1820 9,6, 1880 über 50, 1915 reichlich 91 und 1920 fast 106 Millionen, ohne Alaska und Außenbesitzungen.

Die Aufgabe, einen gewaltigen Raum mit Menschen zu füllen, ist hier am großartigsten gelöst worden durch Tatkraft und Wagemut, eine großzügige Eisenbahn- und Landsiedlungspolitik, wesentlich begünstigt allerdings durch die natürlichen Reichtümer an Kohle, Eisen, Erdöl, Silber, Gold und fruchtbarem Boden. Dennoch ist die Bevölkerungsdichtigkeit der Vereinigten Staaten noch immer eine sehr schwache: 13,5 je km², weniger als Schweden oder das europäische Rußland. Selbst die nordatlantischen Staaten mit ihrer mächtigen Industrie- und Handelstätigkeit stehen mit 67,78 je km² noch hinter Dänemark und Polen und hinter dem künstlich retardierenden Frankreich zurück; die beiden großen, wirtschaftlich eminent bedeutungsvollen Staaten New York und Pennsylvanien haben nur eine Dichtigkeit von 79, Ohio von 54, Illinois von 44, das kleine Massachusetts allerdings von 180. Die westlichen Staaten mit 2,89 je km² aber werden in Europa nur von Island (0,92) übertroffen und stehen weit unter dem Durchschnitt von Amerika (4,8) und Afrika (4,6).

Die Einwanderung nimmt beständig ihren Fortgang, in neuerer Zeit streng beaufsichtigt und in bestimmten Grenzen gehalten durch die Staatsbehörde. Das germanische und irische Element machte dabei 1900 noch 75,9, 1910 nur noch 55,8 % aus, dagegen ist der Anteil der Süd- und Osteuropäer von 17,1 auf 34,7 % gestiegen. In den beiden Jahren 1921/22 und 1922/23 sind 832 475 Personen eingewandert, darunter nicht weniger als 103 843 Juden. Von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten nach der Zählung von 1920 sind 89,7 v. H. Weiße, und zwar stammen 55,2 v. H. von amerikanischen, 21,5 v. H. von fremden oder gemischten Eltern, 13 v. H. oder 13,7 Millionen sind Fremdgeborene (davon 24 % Briten und Iren, 23 % Deutsche, Skandinavier, Niederländer, Schweizer, 24 % Russen, Polen, Litauer, Slaven, 14 % Südeuropäer). Dazu kommen 9,9 % Abkömmlinge von Negersklaven (10,46 Millionen), 244 000 Indianer, 111 000 Japaner, 62 000 Chinesen. Die Voraussetzungen für die Bildung einer Nation sind also hier wesentlich anders wie anderwärts, da neben der Geburt die Assimilierung Fremdbürtiger und Fremdrassiger gewichtig mitspricht; dennoch bildet sich aus so verschiedenartigen Elementen schnell eine Nation, in der die Eigenart des Kolonial-Angelsachsen ebenso bestimmend ist, wie in dem Völkergemisch Lateinamerikas der Wille, nach südeuropäisch-romanischer Art zu leben.

Schließlich ist nochmals der gewaltigen inneren Wanderbewegung zu gedenken, die, eine Folge der zunehmenden Industrialisierung, die Menschen sich immer stärker in städtischen und stadtähnlichen Wohnorten zusammendrängen läßt und als deren bislang letzter Ausdruck riesenhafte Wohnkomplexe wie Groß-London mit fast 7½, Groß-New York mit über 5½, Paris (Seine-Departement) mit fast 4½, Groß-Berlin mit 3,8, Chicago mit 2,7, Tokio mit

2 Millionen Einwohnern erscheinen. So hat in Deutschland die ländliche evölkerung nicht nur im Verhältnis zu der städtischen, sondern auch absolut it 1871 abgenommen, und zwar von 26,2 auf 22,6 Millionen, während der nteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung 1871 36,1, 1890 47,0, 1910 60,0, 919 62,5 v. H. betrug und von 14,8 auf 37,7 Millionen gestiegen ist. Es bten im Deutschen Reiche vom Hundert der Einwohner:

	1871	1910
in Großstädten über 100 000 Einwohner	4,8	21,3
„ Mittelstädten von 20—100 000 Einwohner	7,7	13,4
„ Kleinstädten „ 5— 20 000 „	11,2	14,1
„ Landstädten „ 2— 5 000 „	12,4	11,2
„ ländlichen Gemeinden	63,9	40,0

In Frankreich ist die städtische Bevölkerung viel weniger schnell gewachsen; e betrug 1872 31,1, 1891 37,4, 1911 44,2, 1921 46,3 v. H., so daß dort och immer die größere Hälfte des Volks auf dem Lande lebt. Dagegen vohnten in den Niederlanden schon um 1890 nur noch 20 v. H. der Bewohner uf dem Lande, d. h. in Orten mit weniger als 2000 Einwohner, in Belgien 36, n Italien 40, ebenso 1910 in den Vereinigten Staaten, in Schweden anderseits 89 v. H.

Eine weitere Folge der Industrialisierung, des Aufsaugens von Bevölkerungseilen durch die wachsende Industrie und ihre lockenden Lohn- und Lebensedingungen ist das Nachdrängen ausländischer Arbeitskräfte — polnischer Bergarbeiter, slawischer Landarbeiter (Sachsengänger), italienischer Erdarbeiter — nach Deutschland. Überhaupt stand der abnehmenden Auswanderung Deutscher eine zunehmende Einwanderung Fremder gegenüber, betrug doch die Zahl fremder Staatsangehöriger bei der Zählung vom 1. Dezember 1910 nicht weniger als 1,26 Millionen, darunter die gute Hälfte Österreicher.

Im ganzen kann man sagen, daß die Wanderbewegungen und Bevölkerungsverschiebungen in den letzten hundert Jahren einen Umfang angenommen haben, gegen den die „Völkerwanderungen" früherer Zeiten verblassen.

Anmerkung

Die obigen Zahlenangaben sind entnommen em Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, O. Hübners Geogr. Statist. Tabellen, dem olitischen Handwörterbuch, herausgeg. v. Paul Herre (1923); für ältere Zeiten Gust. Schmollers Grundriß I, 3, Die Bevölkerung usw., Leipzig 1901, und J. Beloch, Die Bevölkerung der griech.-römischen Welt, Leipzig 1886.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ HAMBURG

Baumwollproduktion und Baumwollverbrauch der Welt

1. Baumwollernte in Ballen zu annähernd 500 lbs[1]

(Erntesaison 1. August bis 31. Juli)

	1924/25	1923/24	1922/23	1921/22	1913/14	1912/13	1911/12	1910/11
Vereinigte Staaten	13 618 000	10 128 000	10 438 000	8 378 000	14 614 000	14 091 000	16 109 000	11 966 000
Indien	5 069 000	4 247 000	5 196 000	4 479 000	5 066 000	4 421 000	3 262 000	3 889 000
China	1 952 000	1 785 000	2 216 000	1 447 000	1 963 000	2 360 000	3 437 000	3 467 000
Ägypten	1 322 000	1 213 000	1 243 000	972 000	1 537 000	1 507 000	1 485 000	1 515 000
Brasilien	.	719 000	552 000	505 000	387 000[3])	399 000[3])	357 000[3])	300 000[3])
Rußland	397 000	321 000	137 000	78 000	969 000	870 000	875 000	895 000
Mexiko	213 000	138 000	178 000	147 000	159 000[3])	172 000[3])	158 000[3])	157 000[3])
Peru	.	181 000[2])	187 000	182 000	122 000[3])	134 000[3])	196 000[3])	96 000[3])
Korea	119 000	111 000	103 000	92 000	59 000[3])	52 000[3])	71 000[3])	38 000[3])
Persien[3])	.	.	200 000	87 000	142 000	136 000	113 000	116 000
Türkei[4])	160 000[2])	80 000	30 000	15 000	135 000	115 000	80 000	45 000
Britisch Afrika[5])	275 000[2])	223 000	159 000	95 000	56 000	51 000	53 000	44 000
Argentinien	.	73 000	26 000	17 000	durchschnittlich 3000			—
Niederländ. Indien[3])	.	.	.	100 000	75 000	78 000	61 000	50 000
Paraguay	28 000[2])	24 000	5 000	2 000	—	—	—	—
Ecuador	17 000[2])	11 000	4 000	3 000	—	—	—	—
Französ. Kolonien[6])	20 000[2])	18 000	17 000	16 000	durchschnittlich 15 000			
Australien	14 000[2])	12 000	9 000	3 000	—	—	—	—
Mesopotamien, Cypern, Malta u. Britisch West-Indien	.	12 000	10 000	8 000	5 000	5 000	6 000	4 000
Belgisch Kongo	.	7 000	4 000	4 000	—	—	—	—
Italien u. ital. Kolonien[7])	.	7 000	6 000	—	durchschnittlich 6000			
Portugiesisch Afrika	12 000	6 000	3 000	3 000	durchschnittlich 1000			
Gesamte Welternte in Baumwolle	24 188 000	20 881 000	20 764 000	16 874 000	25 388 000	24 400 000	26 226 000	[illegible]

2. Baumwollverbrauch der Welt in 1000 Ballen[8])

(Baumwolljahr 1. August bis 31. Juli)

	1923/24	1922/23	1921/22	1912/13	1911/12	1910/11
ereinigte Staaten	5 612	6 622	5 896	5 553	5 368	4 696
roßbritannien	2 718	2 770	2 864	3 825	3 765	3 384
apan	2 337	2 576	2 372	1 580	1 341	1 254
ritisch-Indien	2 065	2 252	2 317	1 698	1 606	1 479
hina	1 571	1 609	1 396	durchschnittlich 525		
rankreich	1 063	1 179	1 035	986	987	945
eutschland	972	1 014	1 192	1 701	1 770	1 685
alien	942	893	800	743	812	725
ußland	597	509	639	1 735	2 035	1 751
schechoslowakei	417	254	374	—	—	—
rasilien	379	670	477	182	199	153
panien	366	351	362	329	323	312
elgien	296	272	243	257	234	236
olen	179	228	220	309	321	286
anada	152	177	157	107	115	88
exiko	149	136	132	46	39	18
sterreich	133	106	114	876	864	741
chweiz	101	95	88	89	90	75
chweden	86	84	76	82	78	83
ortugal	91	86	69	73	67	61
olland	56	107	110	84	84	82
inland	30	32	33	34	16	27
änemark	21	28	18	25	25	21
orwegen	6	7	7	11	10	11
brige Länder	91	86	183	?	?	?
esamtverbrauch der Welt	20 430	22 143	21 162	20 401	19 831	17 819

3. Die in der Baumwollindustrie vorhandenen Spindeln[9])

	1925	1914	1900
Großbritannien	56 710 000	59 317 000	46 100 000
Vereinigte Staaten	37 886 000	32 227 000	17 937 000
Deutschland	9 464 000 [10])	12 387 000	7 910 000
Frankreich	9 374 000	7 400 000	5 700 000
Britisch-Indien	8 313 000	6 596 000	5 945 000
Rußland	7 246 000	7 665 000	7 000 000
Japan	5 110 000	2 203 000	1 000 000
Italien	4 635 000	4 589 000	1 940 000
Tschechoslowakei	3 459 000	—	—
China	3 350 000	996 000	275 000
Spanien	1 813 000	1 900 000	2 645 000
Belgien	1 764 000	1 775 000	920 000
Brasilien	1 720 000	1 520 000	—
Schweiz	1 528 000	1 398 000	1 558 000
Canada	1 156 000	1 355 000	640 000
Polen	1 146 000	1 322 000	.
Österreich	1 051 000	4 941 000	3 500 000
Mexiko	805 000	762 000	773 000
Holland	727 000	606 000	320 000
Schweden	564 000	461 000	360 000
Portugal	503 000	428 000	164 000
Finland	253 000	236 000	—
Dänemark	79 000	88 000	—
Norwegen	69 000	83 000	—
übrige Länder	1 143 000	738 000	—
Gesamtzahl	159 904 000	151 111 000	104 000 000

Anmerkungen

Aufgestellt nach dem „International Cotton Bulletin“, Manchester und dem „The Empire Cotton Growing Review Journal“, London, unter Berücksichtigung der Bekanntmachungen des U. S. Dept. of Agriculture. Die Angaben über die Erntesaison 1924/25 sind nur für die nördliche Erdhalbkugel einigermaßen endgültig. Die Angaben für die südliche Halbkugel sind lediglich Vorschätzungen.

) Private Schätzungen.

) Die Angaben beziehen sich auf die Kalenderjahre und zwar bei der nördlichen Erdhälfte auf das erstgenannte Jahr, bei der südlichen auf das letztgenannte Jahr.

) Angaben der Handelskammer von Konstantinopel in Ballen von 200 Kilo für die Kalenderjahre 1924 und vorhergehende ausschließlich über die Ernte der Adana-Zone.

) Die Angaben in Ballen von 400 lbs umfassen den anglo-ägyptischen Sudan mit einer Ernte von 55 286 Ballen 1924/25, 47 652 1923/24, 28 306 1922/23, 24 074 1921/22; die Goldküste mit einer Ernte von höchstens 790 Ballen, Nigeria 25 000 Ballen 1923/24, 16 828 1922/23 und 15 016 1921/22; Uganda 129 200 Ballen 1923/24, 92 821 1922/23 und 40 000 1921/22; Kenya 1653 Ballen 1923/24, 1200 1922/23, 417 1921/22; Nyassaland 5436 1922/23, 5581 1921/22, Rhodesia 1901 Ballen 1923/24; Tanganyika 11 434 Ballen 1923/24, 7175 Ballen 1922/23; Südafrikanische Union mit 7000 Ballen 1923/24, 6523 1922/23 und 2523 1921/22.

Die Angaben umfassen für 1924/25 auch Syrien, wo 23 243 ha mit Baumwolle bepflanzt waren; für die übrigen Jahre Indochina mit 11 088 Ballen 1922/23 und 14 337 Ballen im Durchschnitt der Jahre 1909/10 bis 1913/14, Dahomey mit 1273 Ballen 1922/23, 1946 1921/22 und 664 im Durchschnitt 1909/14; Französisch Guinea mit durchschnittlich 150 Ballen; Französisch Sudan mit durchschnittlich 100 Ballen; Togo mit 4612 Ballen 1922/23 und 4602 1921/22; Algier mit 795 Ballen 1923/24 und durchschnittlich 1370 Ballen 1909/14.

7) Italien durchschnittlich 5000 Ballen; Somaliland 1500 Ballen in den letzten Jahren; Eritrea 1381 1923/24 und 1022 im Durchschnitt 1909/14.

8) Lediglich der industrielle Baumwollverbrauch in den Fabriken nach den Angaben der „International Cotton Federation“. Die Größe der Ballen ist die handelsübliche, also je nach Provenienz verschieden, ägyptische 350 kg, amerikanische 500 lb, indische 400 lb, chinesische 250, 300 und 400 lb. Bei den asiatischen Ländern ist zu berücksichtigen, daß sie etwa 65 % Ballen zu 400 lb, 20 % Ballen noch geringeren Gewichts und nur 15 % Ballen zu 500 lb und mehr verwenden. In Europa verbraucht Italien zu etwa 40 % und Frankreich zu etwa 25—30 % Ballen indischer Provenienz, die übrigen Länder nur zwischen 10 und 20 %.

9) Die Angaben für 1900 sind dem „Baumwolljahrbuch 1914“, die Angaben für 1914 „Kertesz, Textilindustrie sämtlicher Staaten, Braunschweig 1917“ und die Angaben für 1925 sind dem „International Cotton Bulletin“ entnommen.

10) In deutschen Quellen wird die Spindelzahl Ende Dezember 1924 mit 10 280 000 angegeben.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

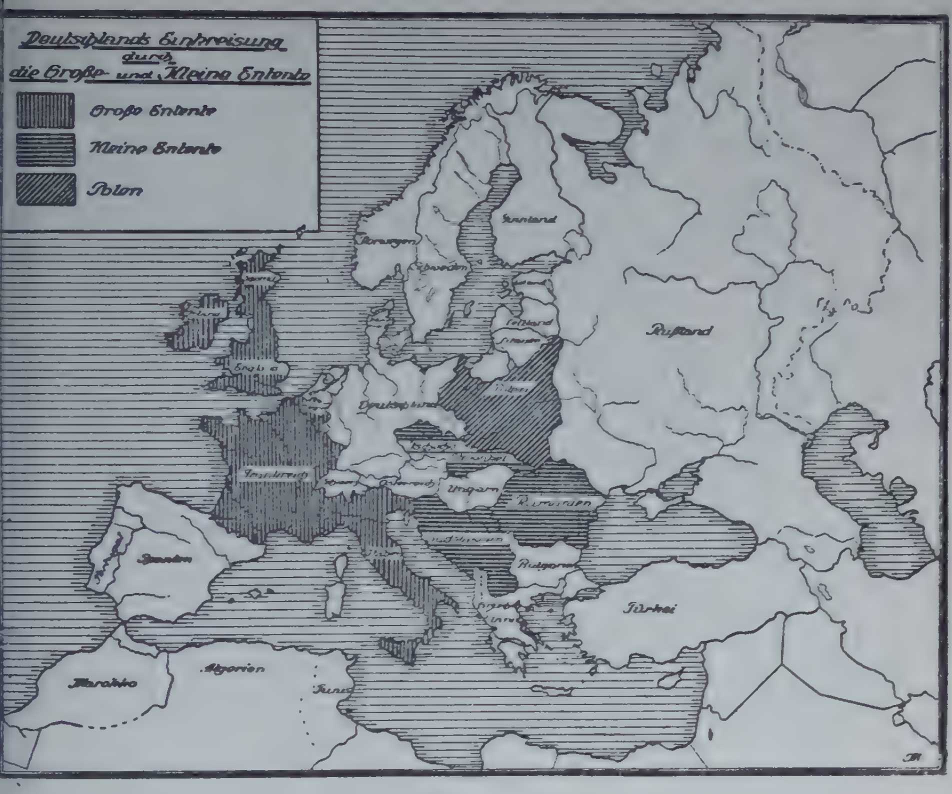
Seit dem letzten Bericht ist eine wesentliche Veränderung in der geopolitischen Situation der Alten Welt nicht eingetreten. Noch immer pendelt man in der europäischen Staatenfamilie zwischen brutaler, lediglich auf Macht gestützter Territorialpolitik und ethisch-kulturell gegründeter Volkstumpolitik hin und her, allenthalben bleibt man in engherzig-egozentrischer Einstellung befangen, überall steht man den innereuropäischen Staatsgrenzen hilflos gegenüber und weiß nicht, ob man sie als politische Machtgrenzen, als Wirtschaftsgrenzen oder als Grenzen nationaler Kultureinheiten werten soll. Kein Wunder, daß bei einer derartigen Mentalität der gegenwärtigen Staatslenker die Synthese von National und Übernational nicht gefunden wird, daß der schwere Zwist innerhalb der europäischen Staaten- und Schicksalsgemeinschaft mit unverminderter Heftigkeit weitergeht und die früher eingehend gekennzeichneten Brandherde auch heute noch in heller Glut stehen; Das zentraleuropäische Konfliktsgebiet (Rhein), die osteuropäische Gefahrenzone, die Region schwerer Wirren in Nordafrika—Vorderasien.

Unser Vaterland spürt naturgemäß die Ungunst der Mittellage jetzt mehr denn je: Nur das Deutsche Reich wird eben auf beiden Flanken von schweren Stürmen umbraust und erlebt die gesamteuropäische Krisis in einer Stärke wie kein anderer Staat sonst. Im Westen und Süden erschwert uns die Große Entente die Wahrung lebenswichtiger Belange im Rhein- und Saargebiet, im Osten treibt die Kleine Entente ihr Spiel und trachtet im Bunde mit Polen danach, unerträgliches Unrecht zu verewigen (Skizze 1). Unter dem ständigen Druck von außen bringen wir nicht die Ruhe auf, nach dem Fassadenumbau von 1918 nun endlich an den geopolitischen Umbau im Inneren zu gehen, sondern leben weiter in dem nach den Plänen dynastischer Territorialpolitik gezimmerten Gebäude, schleppen in Innerdeutschland Kleinstaaten, Exklaven und Enklaven wie einst im Mittelalter mit uns herum und erleben — im Zeitalter der Republik fast noch mehr als während der Monarchie — die ergötzlichsten Blüten eines engstirnigen Partikularismus. Ist das Gemeinschaftsgefühl aller Reichsdeutschen wirklich so schwach, daß der Grundsatz wahrhafter Volkstumpolitik im Inneren noch nicht durchgeführt werden kann? Oder wird der Wille zu einer modernen, den Belangen der deutschen Stämme gerecht werdenden Neugliederung des Reiches, einer föderalistischen Unität, lediglich durch die unglückseligen außenpolitischen Umstände gehemmt?

Wir vermissen wie im Inneren so auch nach außen tatfreudige Weitsicht. Darunter verstehen wir selbstverständlich auch nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten nicht einen Revanchekrieg, wohl aber die Verkündung und tunlichste Durchführung eines allumfassenden deutschen Programmes zur Befriedung Europas.

Die Welt jenseits Europas weiß nur zu gut, daß der großen politischen Krisis Europas auf die Dauer weder mit dem Dawes-Plan noch mit einem Sicherheitspakt abgeholfen werden kann. Zu diesen Mittelchen, die immer wieder bestenfalls nur eine Atempause verschaffen, muß etwas Großes und Neues und Radikales kommen, das das Übel an der Wurzel packt.

Wir dürfen nicht auf einen deus ex machina bauen, sondern müssen von uns aus der europäischen Politik ein zukunftsbeständiges Leitmotiv geben und zu diesem Zweck den Mut aufbringen, einen geopolitischen Generalbebauungsplan für die Alte Welt zu entwerfen.



Skizze 1.

'ür diese Planung wird eine Erkenntnis von grundlegender Wichtigkeit sein: Die Bildung von völkischen Kulturgemeinschaften, in denen möglichst alle Glieder einer Kulturnation vereinigt sind (Großdeutschland!), ist und bleibt in Ding der Unmöglichkeit, solange die gegenwärtig bestehenden, aus der Periode der Territorialpolitik erwachsenen Staaten Europas auf bsoluter Souveränität in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bestehen. Anders ausgedrückt: Die buntscheckige Völkerkarte Europas kann nur dann zu einem geopolitischen Faktor werden, wenn sich darüber das Flächenkolorit ler irgendwie gearteten „Vereinigten Staaten von Europa" breitet. Es ist leicht und billig, iber solche Gedanken zu spotten oder auf die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung hinzuweisen. Würdiger und fruchtbarer jedoch wäre es, sofern kein anderer Weg zu einer wahrhaften Freiheit der Völker gewiesen werden kann, an dem Wegräumen der Schwierigkeiten mit ganzer Hingabe mitzuarbeiten. — Die oben gestreifte Neugliederung des Reiches erhält in diesem Zusammenhang ihren besonderen Sinn. Die Politik eines Staates ist um so fruchtbarer und stoßkräftiger, je mehr innere und äußere Politik in der Grundtendenz übereinstimmen (Rußland!). Wollen wir also das Volkstumprinzip zur Grundlage unserer Außenpolitik machen und mit unserer eigenen Freiheit zugleich die der Grenz- und Auslandsdeutschen erkämpfen, so müssen wir dafür sorgen, daß der nämliche Grundsatz zuvor im eigenen Hause durchgeführt wird. Die Weltwende, in der wir

leben, die Wende nämlich von Territorial- zu Volkstumpolitik, erheischt radikale Operationen im Kleinen wie im Großen.

Es ist Ende Mai 1925, und noch immer vermag uns die Große Entente nicht zu sagen, aus welchen Gründen das Kölner Gebiet nicht im Januar entsprechend dem Versailler „Vertrag" geräumt wurde! Das Saargebiet ist in den französischen Zollbereich einbezogen worden, die Zollfrage aber, eine Lebensfrage des dem Völkerbund zu treuen Händen übertragenen Saargebietes, wurde auf der Märztagung des Völkerbundes trotz der ausführlichen Denkschrift der saarländischen Parteien einfach mit Stillschweigen übergangen! Der Franzose Rault ist entgegen dem klaren und wohlbegründeten Willen der Saarbevölkerung erneut für ein Jahr zum Präsidenten der Saarregierung bestellt worden und kann also weiterhin die Ausbeutung und möglichste Französierung des Saargebiets betreiben! Die internationale Zentralkommission für die Rheinschiffahrt hat nicht nur das von der Schweiz vorgelegte Regulierungsprojekt, sondern auch den französischen Plan eines Seitenkanals gutgeheißen und ist über alle deutschen Einwände zur Tagesordnung übergegangen! — Sollen wir diese Blütenlese noch fortsetzen und etwa den köstlich klaren Entscheid im Danziger Briefkastenstreit anführen? Und dennoch! Das gesamte Rheinland rüstet sich zu der erhebenden Jahrtausendfeier, im Saargebiet sind allein seit Weihnachten 120 katholische und 47 evangelische Kinder von französischen zu deutschen Schulen zurückgekehrt, der letzte saarländische Lehrer an dortigen französischen Schulen hat seine Kündigung eingereicht, die Bewohner des von der französischen Grubenverwaltung skrupellos geopferten Bergmanndorfes Schnappach werden einstens bei der Abstimmung eine deutliche Antwort auf die Vergewaltigung durch die Franzosen erteilen. Deutsches Volkstum erweist sich zum Glück stärker als französische Machtpolitik!

Was die Große Entente und ihre Trabanten gegenüber Deutschland tun, das besorgt im Osten die Kleine Entente vor allem gegen die beiden von diesem Verband umklammerten Staaten Österreich und Ungarn (Skizze 1). Auch hier das gleiche Leitmotiv des Kampfes: territoriale Machtpolitik gegen Volkstumpolitik. Den Bewohnern Österreichs soll mit allen Mitteln der Anschluß an das deutsche Stammgebiet, dem ungarischen Rumpfstaat der Zusammenschluß mit den zahlreichen Grenzungarn verwehrt werden. In beiden Fällen arbeitet man hauptsächlich mit wirtschaftspolitischen Mitteln. Neu-Österreich beherbergt 70 % der Papier-, 80 % der Lokomotiv- und 90 % der Automobilindustrie des alten Gesamt-Österreich. Die zahllosen zoll- und handelspolitischen Barrieren der Nachkriegszeit gefährden diese Industriebetriebe naturgemäß außerordentlich, und es ist demgemäß ein verführerisches Lockmittel, wenn man Deutsch-Österreich zuruft: verzichtet auf den Anschluß an Deutschland, und wir sind bereit, eine neue Donauföderation zu schaffen, die euch genügenden Absatz und billigen Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen sichert. — Auch in Rest-Ungarn benutzt man die schlechte Wirtschaftslage (über 40 000 Arbeitslose), um daraus Kapital zu schlagen. Das verstümmelte Land birgt u. a. 80 % der Maschinenindustrie des einstigen Ungarn und ist infolgedessen auf das Wohlwollen der neugeschaffenen Nachbarstaaten unbedingt angewiesen. Die Handelsverträge werden hier in noch höherem Maße zum Instrument der Gesamtpolitik, als es ohnedies sonst der Fall zu sein pflegt.

Der aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien bestehende Block hat jedoch noch eine andere Aufgabe, nämlich als Knappe der Großen Entente und im Bunde mit Polen die Einkreisung Deutschlands zu vollenden. Stresemanns Vorschlag eines Sicherheitspaktes mit den Westmächten hat die Frage einer Revision der deutschen Ostgrenze aufgerollt und Polen dadurch in tolle Aufregung versetzt. Der ewig geschäftige Herr Benesch fuhr daraufhin so-

leich von Prag nach Warschau und überbrachte en Polen immerhin eine Beruhigungspille: Die ertragliche Zusicherung ungehinderter Munitionsdurchfuhr durch die Tschechoslowakei nach olen! Will man damit nur die deutsche olkstumpolitik im Osten einschüchtern oder eabsichtigt man, hierdurch zugleich die Mosauer Politik zu beeinflussen?

In der Tat muß man als dritte Funktion der Kleinen Entente und ihrer lose verbundenen reunde die antibolschewistische Front anprechen. Auf der Mai-Konferenz der Kleinen Entente in Sinaja spielte die Besprechung der kommunistischen Gefahr eine große Rolle. Nach den entsetzlichen Bluttaten in Bulgarien wird man diese Sorge vor der bolschewistischen Großmacht im Osten gewiß verstehen. Betrachtet auch die Belgrader Politik Bulgarien als ihre spezielle bête noire, so waren die Vorgänge in Sofia doch auch für Rumänien von höchster Wichtigkeit, weil es zwischen Bulgarien und Sowjet-Rußland eingekeilt ist und seit der Annektion Beßarabiens mit Moskau auf recht gespanntem Fuße lebt. — Eine Zeit lang schien auch Südslawien von dem Gespenst der kommunistischen Revolution ernsthaft bedroht. Darin ist nun endlich ein entscheidender Wandel eingetreten, seitdem Paul Raditsch (nicht zu verwechseln mit dem alten Parteioberhaupt Stefan Raditsch) im Namen der kroatischen Bauern eine feierliche Loyalitätserklärung abgegeben und der Bauern-Internationale in aller Form entsagt hat. Serben und Kroaten werden nun vorerst friedlich in der Skuschtina zusammenarbeiten, Paschitsch hat die Einigkeit seines Landes noch einmal herstellen können, Handel und Wandel beginnen sich rasch und kräftig zu beleben. Um das Glück vollzumachen, hat Frankreich soeben 150 moderne Flugzeuge nach Südslawien geliefert, so daß dieser führende Staat der Kleinen Entente zum Segen des Völkerbundes nun auch über eine achtunggebietende Luftflotte verfügt.

Das ungetüme Rußland schaut gelassen all diesem Treiben an seiner Westgrenze zu und widmet sich inbrünstig der weiteren Ausgestaltung seines Riesengebietes. Man wird allmählich etwas ruhiger im Lande der Sowjets und sieht ein, daß man mit dem verruchten Privatkapitalismus wohl oder übel paktieren muß, will man nicht das einstige japanische Experiment wiederholen und einen nach außen gänzlich abgeschlossenen autarken Wirtschaftsstaat bilden. Dieser Versuch aber ist für Sowjet-Rußland unmöglich. Man braucht ausländisches Geld, viel Geld, um die heimische Industrie auf zeitgemäßer Grundlage zu erneuern, die landwirtschaftlichen Betriebe großzügig auszubauen usw., man braucht die Welt als Absatzmarkt für russische Erzeugnisse. Alles das führt die Sowjets dazu, allmählich die überradikalen Doktrinen über Bord zu werfen. Das Wiedererscheinen Trotzkis auf der politischen Bühne darf gewiß als Symptom für diesen langsam aber sicher einsetzenden Umbildungsprozeß gelten. Einstweilen spürt man den neuen Kurs vor allem in der russischen Innenpolitik. Wir meinen damit nicht so sehr die Zulassung von „Parteilosen“ zu den Sowjets, obwohl das Ergebnis der Ersatzwahlen recht bezeichnend ist:

Es wurden neu gewählt in	Personen	davon Kommunisten
die Dorfsowjets	258 064	5 1/2 %
die Kreissowjets	1 686	38 %
die Gouvernementssowjets	645	49 %
den Allruss. Sowjetkongreß	318	über 75 %

Die Wahl zum Moskauer Sowjet ergab 2554 Kommunisten (66 %), 1308 Parteilose (34 %, bei der vorigen Wahl 12,3 %).

Wichtiger noch dünkt uns das Dekret des Rats für Arbeit und Landesverteidigung vom 31. März 1925, wonach der Privathandel wiederum in wesentlich verstärktem Umfange zugelassen, ja geradezu seine rege Mitwirkung erbeten wird. Es mutet doch schon wie eine Art Götterdämmerung an, wenn Dsershinski, der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschafts-

rates, öffentlich erklärt, die Sowjetregierung könne die Aufgabe, die dem Handel gestellt ist, ohne Hinzuziehung des Privathandels nicht bewältigen, der staatliche Handelsapparat arbeite namentlich auf dem Lande viel zu schwerfällig und viel zu teuer.

In der Behandlung der verschiedenen Nationalitäten schreitet Sowjet-Rußland auf der einmal eingeschlagenen Bahn folgerichtig fort: Gewährung von Kulturautonomie gegen Anerkennung des sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Dogmas der Sowjets. Nach Neugestaltung der Verhältnisse in Turkestan schickt sich Rußland jetzt an, seinen Millionen Juden im eigenen Lande eine völkische Heimstätte zu geben, und zwar handelt es sich um große landwirtschaftliche Siedlungen namentlich in der Süd-Ukraine, in der Krim und in Weißrußland. Zu gleicher Zeit bekennt sich Rußland als scharfer Gegner des Zionismus, der als Werkzeug des britischen Imperialismus und als schmachvolle Vergewaltigung der arabischen Fellachen gegeißelt wird. Innen- und Außenpolitik reichen sich somit die Hand: Rußland der „wahrhafte Befreier der Völker" im eigenen Lande und in der weiten Welt, Rußland der „treue Beschützer aller vom Kolonialimperialismus bedrohten Nationen".

In der antizionistischen Einstellung wird nun Rußland allerdings wesentlich bestärkt durch den Notschrei, den die gesamte christliche und mohammedanische Bevölkerung Palästinas anläßlich des Besuchs von Lord Balfour in die Welt sandte. Der Vater jener berühmten prozionistischen Deklaration von 1917 hat sich im Morgenlande sehr eindringlich davon überzeugen können, daß der einstige Schachzug zur Gewinnung des amerikanischen Judentums und zur Sicherung des Suezkanals gegen französisch-syrische Gelüste ein recht gewagtes Unternehmen bedeutet. Den Engländern daheim aber müßte das folgende, von allen Nichtjuden Palästinas gezeichnete Protesttelegramm die Augen öffnen:

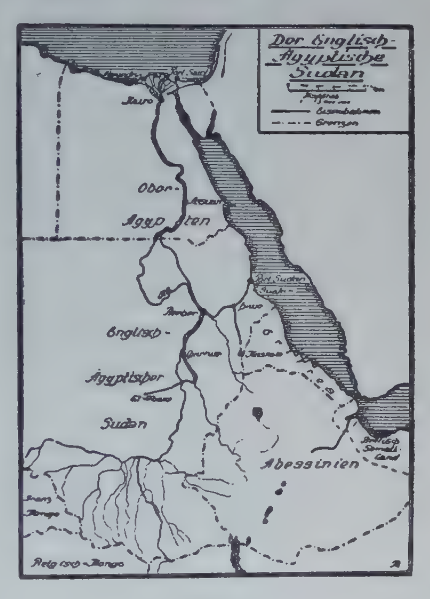
„The Moslem and Christian population of Palestine consider Lord Balfour's visit to their country to join in the Jewish celebrations at the opening of the Hebrew University a confirmation of his declaration, made on behalf of the British Government, to build a national home for Jews in Palestine, thus signifying the ultimate ruin of the Christian and Moslem population throughout Palestine. We consecrate to-day to prayers in all the churches and mosques for deliverance from Zionist aggression supported by British arms, and we renew our protests against the British Government, and raise our voices to the British public and to the world against the great calamity that has befallen us and our dear country."

Macht- und Territorialpolitik auch hier gegen Volktumpolitik! Indessen, was kümmert das die gegenwärtigen britischen Staatsmänner! Macht geht vor Recht, in Palästina gerade so wie in anderen Teilen der Welt, z. B. in Cypern, das soeben gegen den Willen der eingeborenen Bevölkerung zur britischen Kolonie erklärt wurde. Der „Manchester Guardian" begleitet diese Meldung mit folgender unübertrefflichen Glosse:

„The island is overwhelmingly Greek in population, and we have little right and little reason for staying in it. We have been there since Disraeli's time, but until the war began we paid a tribute to Turkey and our occupation was explayned by our commitments to defend the Ottoman Empire against Russian imperialism. When Mr. Winston Churchill eighteen years ago visited the island as Colonial Under Secretary he informed a deputation of Cypriot Greeks that only our obligation not to dismember the Sultan's dominions prevented us from fulfilling their desires. Now that the Sultanate has gone the way of the Hohenzollerns and Habsburgs we are still under an obligation to go on ruling this foreign island, as we promised France in a Convention of 1920 that we would

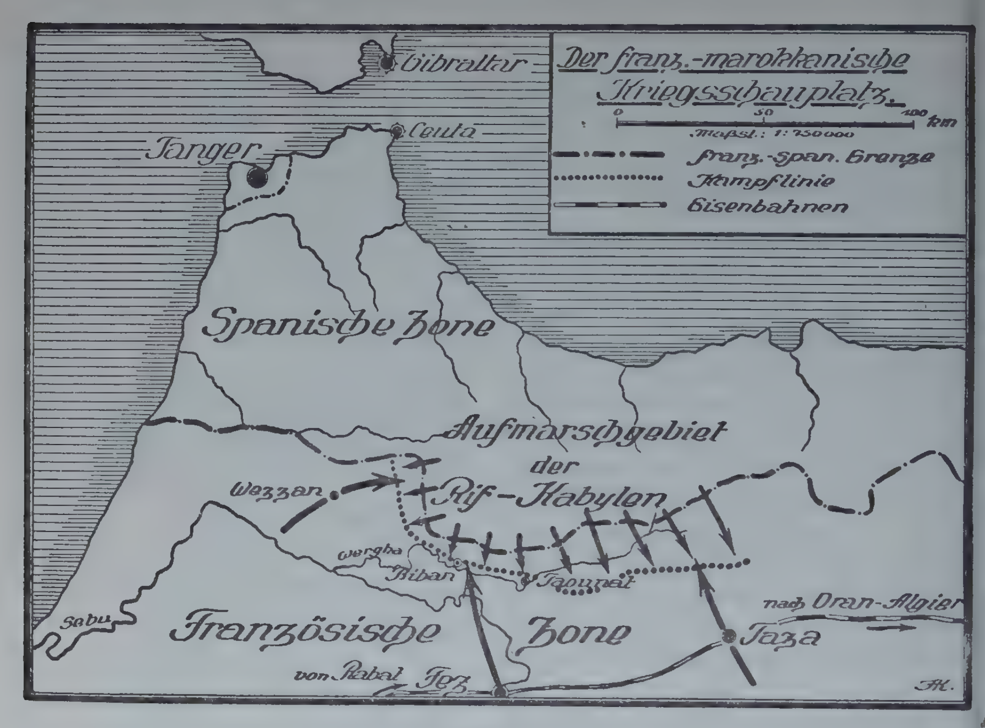
ot retire without her consent. We made this romise because Cyprus is close to the Syrian oast and the French were afraid that, as the Greeks then had an empire in Asia Minor, he Syrian Mandate of France with its port f Alexandretta might be threatened. Greece as now lost her impire, but we still keep Cyprus. Like all the Greek lands, it has known many masters — Egyptians, Romans, Crusaders, Venetians, and Turks, — but it is none the ess Greek. We have no more just claim to it han we had to the Ionian Islands or than taly has to the Dodecanese. The changes in he constitution of the island which are to accompany its proclamation as a colony seem o be an improvement on its previous system. But to have done good to the engine is no excuse for tinkering with someone else's car. The Cypriot Greeks have agitated to be given to their own country from the first moment we landed. What motive have we for denying them what appears to be their obvious right?«

Eine naive Frage fürwahr, die das englische Blatt am Schluß aufwirft. Mit welchem Recht sitzt der Brite in Ägypten, der Italiener in Tripolis, der Franzose in Tunis, Algier und Marokko? Macht geht eben vor Recht, und damit ist die Fremdherrschaft in Nordafrika vorerst erschöpfend begründet. Indessen der Brite verfügt über eine feine politische Witterung. Die Freiheitsbewegung in Ägypten wurzelt so tief, daß möglicherweise die Zeit kommen kann, wo jeder Widerstand dagegen eine politische Unklugheit bedeuten würde. Großmütig und großzügig wird England dann in die Unabhängigkeit des Nilstaates einwilligen und nur noch eine kleine Bedingung daran knüpfen: Ägypten den Ägyptern, der ägyptische Sudan aber den Briten! Schon jetzt stellt man sich offenbar auf eine solche Lösung ein. Ungeheure Kapitalien wurden zur Fertigstellung des 350 000 cbm Mauer- und Betonwerk umfassenden Makwar-Dammes am Blauen Nil (südlich Khartum) bereitgestellt. Die Gesamtanlage mit allen Bewässerungskanälen soll schon im Juli 1925 vollendet werden, so daß dann das riesige Gezirah-Baumwollgebiet in Betrieb genommen werden kann. Nun folgt die nicht minder kostspielige Erschließung des Baumwollgeländes in dem ostwärts gelegenen Kassala-Distrikt. Bezeichnenderweise hat man mit dem Bau einer Eisenbahn begonnen, einer 217 Meilen langen Zweigbahn, die bei Haija von der Strecke Berber—Port Sudan abzweigt (Skizze 2). Gerade in dieser Maßnahme tut



Skizze 2.

sich die Absicht der Briten kund, die kommerzielle Erschließung des Sudan unabhängig von Ägypten zu betreiben und den Handel nicht über den Nilhafen Alexandria, sondern über den ägyptischem Einfluß entzogenen Port Sudan am Roten Meer zu leiten. Weniger als ein Drittel des gesamten Sudan-Außenhandels geht heute nur noch über Ägypten; 70 % der Einfuhr und 85 % der Ausfuhr nehmen ihren Weg über Port Sudan. Der Schiffsverkehr in diesem Hafen betrug 1919 ca. ½ Mill. t, im letzten Jahre waren es bereits 2,2 Mill. t. Eng-



Skizze 3.

land richtet sich mit voller Kraft im Sudan ein und organisiert dieses zukunftsreiche Wirtschaftsgebiet so, daß eine eventuelle Unabhängigkeit Ägyptens keine wesentliche Erschütterung bedeuten kann. Werden aber die Ägypter ihrerseits diese Lösung auf die Dauer gutheißen und das fruchtbare Nährgebiet des Altvaters Nil für immer den Landfremden gönnen?

Während in diesem Falle die Krisis noch in weiter Ferne zu liegen scheint, ist auf dem äußersten westlichen Flügel Nordafrikas, in Marokko, der Freiheitskampf der Eingeborenen gegen die fremden Eroberer bereits in vollem Gange. Nachdem die Rif-Kabylen Abd-el-Krims die Spanier aus dem zentralen Teil des unwegsamen Küsten-Atlas (Er-Rif) verjagt haben, wenden sie sich jetzt nach Süden und bedrohen mit ihrem Vormarsch auf Fes die Schlagader von Französisch-Nordafrika, die Bahn Rabat—Fes—Oran—Algier. Über den Ernst der Lage können die zweifellos stark tendenziösen französischen Meldungen nicht hinwegtäuschen. Die Marokkaner verdanken den Franzosen infolge ihrer Verwendung im Weltkrieg eine vorzügliche militärische Schulung, Abd-el-Krim verfügt jetzt über Kanonen und Maschinengewehre, Tanks und Flugzeuge und ist zweifellos ein höchst ernst zu nehmender Gegner. Der Ausgang des Kampfes ist also keineswegs mit völliger Sicherheit vorauszusehen, wenngleich es den Franzosen bislang augenscheinlich gelungen ist, die Wergha-Linie zu halten und stellenweise zur Gegenoffensive überzugehen (Skizze 3). Marschall Liautey wird jedoch auf jeden Fall weitere erhebliche Verstärkungen anfordern und darauf Bedacht nehmen müssen, vor allem das weiße Element in seiner Truppe

wesentlich zu verstärken. Nach einer englischen Meldung befinden sich unter den 45 000 Mann des französischen Oberbefehlshabers augenblicklich nur 20 000 Weiße. Bei einer derartigen Zusammensetzung der Truppe können eventuelle Schlappen leicht zur Katastrophe führen. Selbst die „Information" versichert, daß es in der gesamten muselmanischen Welt Nordafrikas gäre und daß man schon im vergangenen Jahre in Kairo (!) öffentlich Sammlungen für die Truppen Abd-el-Krims veranstaltet habe. — Wir bezweifeln nicht, daß Frankreich die Macht besitzt, die marokkanischen Freiheitskämpfer dieses Mal doch noch niederzuringen. Der Name Abd-el-Krims aber wird in Nordafrika unvergessen bleiben und fortleben als Symbol, bis schließlich einmal auch hier das Selbstbestimmungsrecht der Völker über die brutale Machtpolitik der Landfremden triumphiert.

Bezüglich des übrigen Afrika können wir uns kurz fassen. In Deutsch-Ostafrika haben die Engländer nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Bericht die deutschen Besitzungen zu einem derartigen Spottpreise verschleudert, daß die Liquidation insgesamt noch nicht ein Achtel des wirklichen Wertes ergeben hat. Aber auch dieses neue skandalöse Verhalten der Briten wird sich an ihnen selbst rächen. Das deutsche Eigentum (Pflanzungen, städtische Grundstücke usw.) fiel in 301 Fällen an Engländer und in 61 Fällen an sonstige Europäer; außerdem aber erwarben Pflanzungen und Grundstücke 210 Inder, 112 Levantiner, 29 Goanesen, 10 Syrer, 4 Araber usw. Wir lenken die Aufmerksamkeit vor allem auf die hohe Zahl der Inder, die gelegentlich von dem ganzen östlichen Afrika bereits als dem „Indien der Inder" sprechen. Bis hinunter nach Südafrika ist ja dieses Problem brennend. Das Zensusamt der südafrikanischen Union weist mit Nachdruck darauf hin, daß ohne starke Zufuhr weißen Blutes die Vorherrschaft der weißen Rasse in Südafrika auf die Dauer nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Obwohl die Influenza-Epidemie des Jahres 1918 unter den Farbigen nicht weniger als 500 000 Todesopfer (!) forderte, beherbergt die Union jetzt dreimal so viel Farbige als Weiße. Da der natürliche Bevölkerungszuwachs bei den Farbigen viel größer ist als bei den Weißen, erscheint die Zukunft alles andere denn rosig. Schon gärt es hier und dort, wenngleich vorerst von einer allgemeinen Auflehnung der Farbigen keine Rede sein kann. In Bloemfontein rotteten sich 4000 Kaffern zum Kampf gegen die Polizei zusammen, in Kapstadt forderten kommunistisch gefärbte Aufrufe die miserabel bezahlten Eingeborenen auf, den Besuch des Prinzen von Wales mit einem allgemeinen Boykott der Weißen zu beantworten, in Südwestafrika rühren sich die Rehoboth-Bastards und auch Teile der Hereros von neuem. Weit bedenklicher für England ist die Tatsache, daß die Südafrikanische Union ernsthaft an den Abbau der Vorzugszolltarife für das britische Mutterland denkt, und die Regierung Hertzog sich von diesem Vorhaben selbst durch das lauteste Geschrei der englischen Interessenkreise nicht abbringen läßt.

Krisenstimmung, wohin man schaut! Das Zeitalter der europäischen Vorherrschaft neigt sich dem Ende zu. Die Epoche bloßer Machtpolitik hört allmählich auf. Etwas Neues drängt zum Lichte, Weltwende. Und die Parole der Zukunft heißt zweifellos: wahrhafte Freiheit der Völker, unbedingtes Selbstbestimmungsrecht, Bildung übernationaler Staatenverbände mit Kulturautonomie für jeden Gliedstaat.

KARL HAUSHOFER:
BERICHT AUS DEM INDOPAZIFISCHEN RAUM

Das geopolitisch wichtigste Ereignis dieses Zeitraums ist die überpazifische Flottenübung — weil sie das ganze anthropogeographische Gleichgewicht dort stört.

Am Osterdienstag, 14. 4. 1925, fuhr die Angriffsflotte der Vereinigten Staaten gegen die Insel Oahu mit der Hauptstadt Honolulu und dem Pearlhafen in der Hawaii-Gruppe aus, zunächst mit 2098 Seemeilen (ca. 3300 km) Fahrt vor sich bis zur Erreichung ihres Angriffszieles: 12 Schlachtschiffe mit dem Flottenflaggschiff, 6 Kreuzer, 56 Zerstörer, 3 Flugzeugmutterschiffe, 6 U-Kreuzer, 4 Minenschiffe und 10 Hilfsfahrzeuge. Es ist der Gegenzug auf die japanisch-russische Verständigung und die Rückgewinnung Chinas für Asien durch die Asiaten: Zunächst scheinbar eine Abwehrmaßregel, ganz wie die von ähnlichen Flottenstärken ausgeführten japanischen Abwehrübungen von 1924 an der Japansee — jene innerhalb des amerikanischen See- und Inselreichs, wie diese innerhalb des japanischen.

Das die Vereinigten Staaten mit überseeischen Daseinsbedingungen immer mehr zum Inselreich werden, wenigstens im amerikanischen Mittelmeer und im Pazifik, daß sie also eine Abschließungspolitik, die sie gegenüber Europa mimten, der übrigen Welt gegenüber gar nicht auf die Dauer aufrecht erhalten können, selbst wenn sie wollten, das macht dies größte aller Flottenmanöver auch den Binnendeutschen klar, die zumeist gar nichts von dieser Tatsache wußten und wissen wollten.

„Der Besitz von Honolulu und Pearl Harbour ist lebensnotwendig für die Vereinigten Staaten in jedem pazifischen Krieg. Von einem feindlichen Lande gehalten, bedeuten sie eine furchtbare für die Sicherheit eines jeden Punktes der pazifischen Küstenlinie der Vereinigten Staaten. Darüber hinaus ist ihre geographische Lage so, daß sie das tatsächliche Zentrum des ganzen pazifischen Handels sind, und die Macht, die die Hawaii-Inselgruppe hält, hat alle Handelsstraßen über den großen Ozean in ihrer Gewalt" — so spricht der linke, völkerbundfreundliche Manchester Guardian vom 14. 4. — nicht wir, die bloß feststellen müssen, daß die Hawaii-Inseln, wenn sie befragt würden, mit Dreiviertelmehrheit für ihre Zugehörigkeit zu Ostasien abstimmen würden. „Der Jahreshandelswert durch Honolulu ist der größte irgend eines pazifischen Inselhafens mit Ausnahme der neuseeländischen Häfen", die ja von der Manöverflotte bis zum Herbst mit 60 Schiffen auf einer Kreuzfahrt von 15 000 Seemeilen (ca. 24 000 km) mit den australischen auch noch aufgesucht werden.

„Das strategische Problem Amerikas macht außerdem Hawaii wesentlich als Basis für jede Operation zur Verteidigung der Philippinen" (die auch, falls das Volk befragt würde, mit einer Neunzehntelmehrheit ihrer 12 Mill. Einwohner heute lieber als morgen auf jede Verteidigung durch die Vereinigten Staaten verzichten würden — um den Preis ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit) „da jede Flotte auf dem Wege von der kalifornischen Küste nach dem Gegenufer des Pazifik einen solchen Stützpunkt unterwegs braucht."

Der große Angriff rollte in vier Tagen vom 28. April bis 1. Mai programmäßig ab, und es ist jetzt schon vorauszusagen, daß die Vereinigten Staaten mehr schnelle kleine Kreuzer brauchen werden, eine Vertiefung von Pearl Harbour, Befestigung der übrigen Hawaii-Inseln außer Oahu und viel mehr Flugzeuge — als Manövererfahrung, „die ja doch zu beweisen war". Anfang Juni folgte dann die trans-pazi-

sche Kreuzfahrt nach Australien und Neuseeland mit 376 000 t Schiffsraum, mehr als Japan ffiziell überhaupt haben darf.

Natürlich betrachtet Japan, ebenso wie den ngapurplan, auch die Vereinigten Staaten-Seemanöver als im wesentlichen gegen die pazifische Vormacht Asiens gerichtet. Das ist ja uch oft genug deutlich gesagt worden. Mizuno oronori und Admiral Sato Tetsutaro haben soar recht maßvoll im Chuo Koron darüber geschrieben, aber natürlich hielt es nicht die ganze öffentliche Meinung des Ostens so. Ihr chien es günstig, die Flottendrohung mit dem Einwanderungsgesetz und der Rassendistanzierung zu verknüpfen und so den geopolitischen Zusammenhang sichtbar herzustellen, den die Amtliche Welt aufzuzeigen vermied.

Hawaii gehört nur politisch zu Amerika, nach Aufbau, Bodenart, Siedelung, Neigung von neun Zehnteln seiner Bewohner zu der nach Ostasien gravitierenden malaio-polynesischen nselflur. Es sind nur etwa 17 000 qkm auf icht bewohnbare und zahlreiche unbewohnte nseln verteilt, aber sie gehören zu den geopolitisch wertvollsten Teilen der Welt, an sich ein paradiesisch glückliches Land, fähig, sich autarktisch so zu erhalten, daß es nur ein Drittel von dem einzuführen brauchte, was es ausführen kann, einer der am meisten vom Klima begünstigten Überschußräume der Weltwirtschaft, dem nur die strategische Lagengunst und die Raffgier seiner Nachbarn zum Fluch wurde.

Im wahren Angriffsziel des Flottenmanövers hat sich inzwischen die enggedrängte Bevölkerung noch mehr verdichtet. Die neubearbeiteten japanischen Städteeinwohnerzahlen des ersten Lustrums nach dem Census von 1920 geben darüber einige wichtige Aufschlüsse. Noch wirkt für Yokohama schwer, für Tokio leichter das Erdbeben nach. 1925 hat Yokohama 390 000 Einwohner (gegen 423 000 1920), Tokio 1 917 000 statt 2 173 000. Alle andern Städte zeigen starkes Wachstum und verraten den hohen Grad von Verstädterung (Urbanisierung) des sich zunehmend industrialisierenden Reichs.

Auch die Bildung kooperierender Städtegruppen hat zugenommen: Neben der Umgebung von Tokio und Yokohama arbeitet sich die Städtegruppe Osaka — 1 432 000 (1920: 1 252 000) mit Eingemeindungen seit 1. IV.: 2 050 000! — Kobe — 727 000 (608 628), Kyoto — 681 000 (591 324) heraus; und eine weitere Hiroshima 171 000 (160 504) — Kure 156 000 (130 354), mit den Häfen der Gegenküste die halbe Million erreichend, wird neben jener am Westeingang der Inlandsee erkennbar. Neu unter die Städte über 100 000 eingerückt sind Kumamote, die Gewerbezentrale von Kyushu mit 134 000 (70 393), der Petroleumhafen Niigata 116 000 (93 130), Okayama 113 000 (94 584), die Teestadt Shizuoka 139 000 (73 893). Die Hokkaido-Städte zählen: Hakodate 175 000 (144 740), Sapporo 122 000 (102 571), Otaru 116 000 (108 113); Seoul in Korea hat 271 000 Einwohner, Taihoku auf Formosa 180 000. Langsamer wuchsen, abgesehen von Kumamoto, die Städte von Kiushiu, der Südinsel des Stammreiches: Nagasaki von 176 554 auf 188 000, Kagoshima von 102 296 auf 122 000. Sendai, nach Lage und Geschichte etwa Frankfurt an der Oder vergleichbar, an der Schwelle des früheren Nord-Kolonialgebiets gelegen, hat 133 000 (118 978). Besonders rasch wächst Nagoya: 671 000 (430 000) dank den neuen Hafenanlagen und der besonders günstigen Ausnutzung der Wasserkraft.

Unter dem Eindruck des Erfolges der japanisch-russischen Verständigung ist auch das panasiatische Zusammengehörigkeitsgefühl in Südostasien stärker betont worden, während das chinesische Triumvirn-Kräftedreieck sich im Monat des Berichtes nur in der inneren Strukturstärke veränderte (Bewaffnung Feng-Yu-Hsiangs von der Mongolei aus).

Wir geben deshalb einige Notizen über Südostasien:

Über Siam hat W. Nunn — jüngst noch

Berater der siamesischen Regierung für Zoll- und Steuerfragen — einen Vortrag gehalten, der zeigt, wie gewandt sich die britische Vorherrschaft dort durchgesetzt hat, mit Hilfe eines in Oxford und Sandhurst erzogenen Fürsten, der nicht mit der gleichen Sicherheit wie früher Mongkut und Chulalongkorn ein gewisses Gleichgewicht innerhalb des unentbehrlichen Außeneinflusses zu erhalten wußte. So hat die Durchdringung des blühenden und reichen Landes Fortschritte gemacht, trotzdem die letzten Reste der Fremdenrechte sehr bald gefallen sein werden. Die Volksbildung hat auf britischen Linien weitere Entwicklung erfahren, das seit 1662 arbeitende umfangreiche Werk der französischen katholischen Missionen wird langsam zurückgedrängt.

Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der Verkehrstechnik, aus der seit 1917 die deutsche Eisenbahnleistung ganz verdrängt worden ist, so daß das 2379 km umfassende Netz, das Bangkok und den Norden bis Chiengmai mit Penang verbindet, unmerklich immer mehr auf britische, küstenbestimmte Interessen umgestellt werden konnte. Das siamesische Volk wird als leicht regierbar und friedlich geschildert, wenn auch „Jung-Siam zu Überhebung, Ungeduld und Übergriffen" neige. Doch nimmt es die moderne Zivilisation eher nur passiv an, als daß es sie auszugestalten wüßte. Heer und Klerus sind in siamesischer Hand, von den Wirtschaftsbetrieben nur der Reisbau; Handwerk, Kleinhandel und Fischerei sind in Händen der etwa 4 Millionen Chinesen (von 10 Millionen des gesamten Landes!) und eines kleineren indischen Bevölkerungsteiles; auch über die Schiffahrt verfügt größtenteils das Ausland, wobei der englische Anteil überwiegt. Daß die allgemeine Wehrpflicht einen sehr günstigen Einfluß auf die körperliche Tüchtigkeit der männlichen siamesischen Bevölkerung hat, wird stark betont. Für die Ausfuhr erträgt der Reis allein etwa 13 Millionen Pfd. St., das Zinn $1^3/_4$ Millionen Pfd. St., das Teakholz (in britischen und dänischen Händen) $^1/_2$ Million Pfd. St. Die Hilfsquellen des reichen Landes sind noch ganz unerschöpft, aber der Siamese selbst ist kein „Arbeiter" und braucht vor allem fremdes Kapital und fremde Organisation, die jetzt schon großenteils von den in Massen zuwandernden Chinesen besorgt wird.

In Burma ist die Küstenbahnstrecke Mulmein-Ye (89 miles, ca. 142 km) nun zustande gekommen: Ein mühsamer Bau durch ein Gelände mit reichen Niederschlägen (327 inches = 7305 mm, die beinahe das Fünffache des Regennestes Salzburg sind!), fast ohne Wege, so daß die schweren Eisenteile der 200 Brücken meist in Sampans und Prauen mit Hilfe der Flut in den Küstenströmen an Ort gebracht werden mußten. Die Anschlußstrecke Ye-Tavoy ist schon vermessen, die Aufnahme wird über Mergui und den Yalinga-Paß zum Anschluß an das von dort nur 24 km entfernte siamesische Netz mit dem Hauptstrang Bangkok—Penang durchgeführt.

Im ganzen soll das burmesische Netz um 1600 km erweitert werden, und es ist bemerkenswert, wie die ganze hinterindische Eisenbahnerschließung durch Briten und Franzosen im wesentlichen auf küstenhaftende Linien abzielt; während natürlich im geopolitischen Interesse der eingeborenen Mächte eine Erschließung nach dem reichen Inneren zu liegen würde im Anschluß an die großen Stromläufe unter Überwindung der Gebirgsschranken der Längszüge — so, wie es geraume Zeit die deutschen Bahnbauprojekte für Siam vorsahen. Der Gegensatz zwischen Selbstbestimmungswünschen und Landungsbrücken-Organisationen größten Stiles drückt sich auch hierin aus. So ist auch der Kanalbau durch die Landenge von Krah, der so sehr im Interesse des Ostens läge, aber Singapore entwerten würde, überaus gewandt auf die lange Bank geschoben worden.

Mit Henry Cordier, der am 16. III. 25 im 75. Lebensjahr starb, ist eine der stärksten und lebendigsten geistigen Kräfte der französi-

hen Politik in Ostasien dahingegangen. Als wanzigjähriger war er im Jahre 1869 als Kaufann ausgezogen, in Shanghai in den Dienst ner großen angelsächsischen Firma getreten, nd hatte bald darauf sein Herz für die Sinologe entdeckt, der er sich aber nicht so aushließlich ergab, daß er nicht daneben gehickter Journalist und aufmerksamer Politiker eblieben wäre. Er ist ein typischer Exponent es immer wieder angestrebten Zusammenrbeitens der Westmächte im Fernen Osten. ls scharfer Beobachter auch in naturwissenchaftlichen Dingen veröffentlichte er 1874 die rsten Ergebnisse des nachher so berühmt geordenen Observatoriums in Zikawei, und fand n Jahre 1881 den Weg auf einen Lehrstuhl er lebenden östlichen Sprachen frei. Unabehbar ist es, was dieser eine Mann — an richiger Stelle verwendet — seinem Vaterlande für ie Erkenntnis fernöstlichen Wesens geleistet at, weit mehr noch durch Lehren und Rat, ls durch seine gedruckten Werke: Die Bibliomheca Sinica, Schriften über China, Tongking, en chinesisch-französischen Konflikt, die geeimen chinesischen Gesellschaften, die Juden n China, die in China von Fremden veröffentichten Werke und vieles andere.

Im gleichen Frühjahr ist den Westmächten nit Alexander Hosie der beste Kenner von zetschwan und neben Jordan vielleicht der icherste Beurteiler der Opiumfrage getorben. Über diese hat auch Sagataro Kaku, er frühere japanische Zivilgouverneur von Forosa, einen interessanten Beitrag geliefert: Opium policy in Japan", eine freilich zweckestimmte Schrift, wie alles, was den Westen ber den Fernen Osten in westlichen Sprachen, urch das Mundstück seiner eigenen Schöpungen erreicht, in diesem Falle durch den Völkerbund. Umso wichtiger ist es, daß die Männer nicht verschwinden, die unabhängig, us eigner Anschauung und dann vertiefter Kenntnis, durch vielseitigen Lebensgang vor Einseitigkeit geschützt, Zeugnis ablegen können. Je mehr man die Literatur und die Presse übersieht, desto erschreckender zeigt es sich namentlich für Mitteleuropa, wie winzig die Schar ist, deren Blick nach beiden Seiten das gegenseitige Verstehen volkreicher Weltteile, wie des Abendlandes und der indopazifischen Monsunländer sichert — soweit es überhaupt zu sichern ist!

Wie wenig ein Teil der Missionare, namentlich der protestantischen, dazu beiträgt, dieses Verständnis zu mehren, das verrät ein bitterböser Aufsatz von Mei Kuei im China Expreß and Telegraph vom 16. IV.: „Alles in allem sind die Missionare sehr unbeliebt hier draußen, nicht nur bei den Chinesen, sondern auch bei den Europäern," sagt er, nachdem er sich darüber beklagt hat, daß die Globetrotter-Bücher zu stark unter dem Einfluß der Missionen stünden und deshalb „eine sehr falsche Vorstellung von China im ganzen und den Missionaren im besonderen gäben". Er zitiert Lin Shao Yang: (Chinas Appell an die Christenheit über die christl. Missionen) „Warum schickt Ihr uns kümmerlich erzogene Männer, um uns eine Religion zu lehren, an die selber zu glauben ihr Schritt für Schritt aufhört?" Böse Beispiele werden angeführt, und das Verhalten protestantischer angelsächsischer Missionare in unvorteilhaften Gegensatz zu dem viel christlicheren Verhalten der kath. Väter und Schwestern gestellt. —

Geopolitik hat hier nicht Werturteile zu fällen, wohl aber über vorhandene und ausgedrückte Stimmungen in ihren Beobachtungsgebieten zu berichten.

Auf der anderen Seite tritt die Liebenzeller Mission mit starkem Temperament für General Feng Yu Hsiang ein, indem sie das Buch von Marshall Broomhall über ihn übersetzt und den einen der streitenden chinesischen Triumvirn als einen guten Streiter Jesu Christi bezeichnet. Wir werden auf das Büchlein an anderer Stelle würdigend zurückgreifen, fürchten aber doch, daß eine Identifizierung in diesem Fall nur von Erfolg begleitet ist, wenn sich Feng Yu Hsiang wirk-

lich als fernöstlicher Konstantin erweisen sollte, und gegenüber den Verhandlungen zwischen Chang Tso Lin (Mandschurei) und Wu Pei Fu (Yangtse-Provinzen und Honan) sich etwa unter Mitübernahme des extremen sozialpolitischen Programms der verwaisten Kuo Ming Tang durchsetzen kann. In diesem Fall würden gewisse Zusammenhänge zwischen Urchristentum, Bolschewismus, chinesischem Staatssozialismus- und Kondottieretum schwere Belastungsproben erfahren, und China vielleicht um eine Neuauflage der Versuche des Philosophen Wang bereichert, der an der Wende des ersten christl. Jahrtausends zum zweiten China schon einmal mit Staatskommunismus beglückte.

Zum Schlusse einen Blitzauszug über nahen und ferneren Osten von einem unserer besten Beobachter, der auf dem Wege zum Fernen Osten ist, und der zusammenhängend darüber schreiben wird; „Große Schwierigkeiten, die jedem Deutschen ausnahmslos jenseits von Suez noch gemacht werden (Paß, Visum, Polizei, Schiffskarten, Bankreibereien und dadurch künstliche Verzögerung und Leistungsverminderung!); Ägypten sieht sehr unruhig aus, wirtschaftlich dabei erstarkend; Palästina ganz ruhig, solange die reichlichen Amerikagelder weiter fließen; Syrien widerspenstig gegen Alle! In Mesopotamien große Wirtschaftsentwicklung, solange die Engländer mit Türken und Arabern Frieden halten können; Persien: verhältnismäßig hoffnungsloser, sich selbst weit überschätzender Unruhenherd. Indien, prinzipiell auf sehr lange Sicht zu sehen: Selbständigkeit kommt, aber sehr langsam! In 30 Jahren hat es Unabhängigkeit. Indische Regierung für den englischen Teil sehr stupide, reaktionär, hochmütig, kleinlich, bürokratisch, dem Prinzip gegenüber fassungslos. Der Deutsche wird ungerecht und schlecht behandelt ...“ Das sind so ein paar Streiflichter aus der überseeischen angelsächsischen Wirklichkeit, ohne Schminke im Stil von Genf.

Weiterhin fiel auf, daß man auch dort die öffentliche Meinung über China systematisch und höchst ungerechterweise verdirbt. Dort heißt es einhaken und helfen. Das soll die Strafe sein für die Emanzipation Chinas, seine Verständigung mit dem großen kontinentalen Nachbarn, und seine Selbstbesinnung auf seine asiatische Kultur- und Machtaufgabe. Wir haben nicht den geringsten Grund in Mitteleuropa, an ihrem Vollzug gegenüber den Ostasiaten mitzuwirken.

Aus diesem Grunde bringen wir auch im Literaturbericht gern einen eingehenden Hinweis auf gemeinsame chinesisch-russische Kulturleistungen in der Nordmandschurei. den wir besonderer Aufmerksamkeit empfehlen.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT
Das romanische Amerika III

Die noch zu überschauenden südamerikanischen Staaten zerfallen in vier Gruppen: Die mittleren Andenländer Ecuador, Peru und Bolivia, die drei großen ABC-Staaten Argentinien, Brasilien und Chile, die kleinen Pufferstaaten Paraguay und Uruguay und endlich die drei Guayana-Kolonien. Die erste Gruppe liegt mehr abseits vom großen Weltgetriebe. Leider viel zu selten schenkt ihr der europäische Nachrichtendienst seine Aufmerksamkeit; und auch das übrige Amerika behandelt die mittleren Andenstaaten reichlich stiefmütterlich. Tatsächlich haben die drei Hochlandsstaaten in ungleich geringerem Maße teilgenommen an dem

virtschaftlichen und politischen Aufschwung, ler die jüngste Entwicklung der ABC-Mächte ınd auch die Columbiens und Venezuelas kenn- eichnet. Dieses Zurückbleiben ist ebenso sehr ler Ausdruck der Lage fernab von dem wich- igsten Verkehrsmeer, dem Atlantik, wie der Schwierigkeit, die sich einer zweckdienlichen Verknüpfung der so gar wesensverschiedenen Landesteile und der Ausschöpfung ihrer an sich eichlich fließenden Wirtschaftsquellen entgegen- tellt. Denn in Ecuador trennt ebenso wie in Peru das hochandine Gebiet die Küstenbasis von den noch wenig entwickelten Anteilen am Amazonastiefland. Lange galt der Weg von Lima nach Yquitos durch die Magalhäesstraße, ın der Ostküste nordwärts und amazonasauf- värts für bequemer und war benutzter als der nnerhalb von Peru über die Anden hinweg; ınd heute wird dieser Südweg durch die Pa- namaroute abgelöst worden sein. Allein auch nnerhalb der eigentlichen Kerngebiete der beiden Staaten trennt der gewaltige Aufschwung ler Anden, der hier wie dort nur von ganz venigen Bahnlinien überwunden wird, den in Ecuador besonders wirtschaftswichtigen (Kakao), n Peru allerdings etwas ärmeren Küstensaum von dem zentralen, klimagünstigen Siedlungs- hochland durch große siedlungsleere und ver- kehrsschwierige Gebiete. Dieser Küstenanteil ehlt in Bolivia, und damit gehört es zu den venigen größeren, heute etwas anachronistisch anmutenden Binnenstaaten. Seine Gliederung in Andenhochland und Tiefland entspricht da- gegen vollkommen der physischen Struktur Perus und Ecuadors. Die Bergbauschätze sind hier wie im Andengebiet überhaupt die vor- nehmsten Wirtschaftsquellen.

Stellen sich der Aufwärtsentwicklung dieser drei Staaten zwar auf der ganzen Linie infolge hrer physischen Struktur und ihrer Lage schwere Hemmnisse in den Weg, so muß darum gerade mit besonderem Nachdruck betont werden, daß sich im Laufe der letzten zehn Jahre wohl im ganzen Westen Südamerikas, vor allem jedoch in den mittleren Andenstaaten eine durchgreifende anthropogeographische Lageänderung durch die Eröffnung und Ausnutzung der Panamaroute vollzogen hat. Weit mehr als Columbien oder Chile haben die drei Andenstaaten ihre Entfernung zum nordamerikanischen Osten und Europa gekürzt. Die in einer nicht mehr allzu fernen Zukunft zu erwartende Eröffnung der panamerikanischen Bahn wird wohl einen in seinen vielfältigen Wirkungen nicht zu unterschätzenden unmittelbaren Wegeanschluß an den amerikanischen Norden, und eine vielleicht noch viel wichtigere Längsverbindung innerhalb Südamerika und besonders der Andenländer darstellen, aber keine neuerliche Verkehrsverkürzung bedeuten; denn man hat berechnet, daß die geringste Fahrtdauer zwischen New-York und Buenos Aires sicher nicht unter 26 Tagen betragen wird, während der Schnelldampferverkehr unter Berührung der wichtigsten Häfen des Ostens nur 15—16 Tage beansprucht. Selbst Frachtdampfer, die in der Stunde 10 bis 12 Seemeilen zurücklegen, werden die Häfen der Westküste von Ecuador bis Chile rascher erreichen, als das mit der Bahn möglich sein wird; und wenn auch alle Hemmungen, die aus der Interessenpolitik einer ganzen Reihe selbständiger Staaten entstehen, beseitigt und die unvermeidlichen Störungen häufigen Spurwechsels nach Möglichkeit gemildert sein werden, so hat doch immer noch nach wie vor der Panamerika-Expreß die Geländeschwierigkeiten eines der gewaltigsten Hochgebirge der Erde zu überwinden.

Der Westen des südamerikanischen Kontinents liegt nicht allein im Bereich nordamerikanischer Kraftwirkungen, sondern er nimmt Teil an dem Aufstieg und der Wertung der pazifischen Welt. Die Aufmerksamkeit von außen, vom asiatischen Gegengestade aus, für diese Staaten ist dabei ebenso groß wie die Regsamkeit im Innern, die freilich im Vergleich zum südamerikanischen Osten mit viel bedeutenderen Hemmungen zu kämpfen hat.

Ecuador erfreut sich seit Jahren eines geregelten Wirtschaftslebens bei aktiver Handelsbilanz und schwach anwachsender Gesamtschuld, so daß selbst die Revolution gelegentlich der Präsidentschaftswahlen im letzten Herbst der Wirtschaft des Landes, vor allem dank der gesteigerten Kakaopreise, keinen Abbruch tun konnte. Auch in Peru, das auch im letzten Dezember seine Revolution hatte, scheint die Wirtschaftslage eine durchaus befriedigende zu sein. Baumwolle und Zucker, die Hauptausfuhrartikel, warfen im letzten Jahre trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse und Wassermangel ausreichende Erträge ab. Von Jahr zu Jahr nimmt die Petroleumproduktion Perus zu; sie betrug 1922 5,3 Mill., 1923 6 Mill., 1924 6,5 Mill. Barrels, und Peru nimmt damit die achte Stelle unter den Petroleumproduzenten ein, und es übertrifft sowohl Venezuela (1924 3,2 Mill. Barrels) als auch Argentinien (1924 1,5 Mill. Barrels).

Das gemeinsame peruanisch-chilenische Wirtschaftsgebiet steht zugleich an zweiter Stelle unter den Kupferproduzenten der Erde; seine Kupfererzeugung entsprach in den letzten Jahren (1924 228 000 tons) dem vierten Teil der vereinsstaatlichen. Der Außenhandel ergab bei freilich schwankender Tendenz eine stark aktive Handelsbilanz: In den ersten neun Monaten des Jahres 1924 belief sich die Einfuhr auf 12,2 Mill. Pfd. St., die Ausfuhr auf 18,5 Mill. Pfd. St. Die Centenarfeier der Schlacht von Ayacucho gemeinsam mit der peruanischen Industrieausstellung und der Tagung des panamerikanischen wissenschaftlichen Kongresses hat dem peruanischen Nationalbewußtsein neue Nahrung gegeben. Im Frühjahr 1925 ist auch endlich eine Antwort auf die lange schwebenden Gebietsfragen, die die zwischen Peru, Columbien und Brasilien strittigen Regionen um den Rio Putumayo und Rio Yapura betrifft, durch Übereinkunft zwischen diesen drei Staaten gefunden worden, während die Tacna-Aricafrage zwischen Peru und Chile noch immer ungelöst ist. Wie sehr die Entwicklung Perus von der seines noch geringfügigen Bahnnetzes abhängt, mögen zwei Vergleichszahlen zeigen: der Staat, der eine Fläche von fast zwei Millionen Quadratkilometer überspannt, verfügt über ein Bahnnetz von nur 3200 km.

Bolivias Wirtschaft stagniert seit geraumer Zeit sowohl in seinem Hochlandsteil, dem Bergbaugebiet und der Zone regen pulsierenden Lebens, wie in seinem noch wenig entwickelten Tieflandsabschnitt; es leidet dabei vornehmlich unter dem Mangel der Verkehrsverbindungen. Zwar ist der Anschluß an das argentinische Bahnnetz gefunden, doch dieser Landweg vermag kaum zu befriedigen. Die Erklärung von Puerto Suarez, das zur Zeit der Kautschukhochkonjunktur eine wichtige und von regem Verkehr belebte Siedlung an einer seitlichen Lagôa des oberen Paraguay war, sich mir jedoch bei meinem Besuche im Jahre 1923 nur als ein kümmerliches Dorf vorstellte, zum Freihafen, zeigt nur zu deutlich, wie sehr es Bolivien darum zu tun ist, diese tropischen Tieflandsregionen zu entwickeln. Ein voller Erfolg wird ihm dabei erst beschieden sein, wenn es sich entschließt, die mühselige Karawanenstraße und Saumverkehrsstrecke durch die Bahn Cochabamba—Santa Cruz de la Sierra—Puerto Suarez zu ersetzen. Erst dann vermag eine mehr harmonischere Wirtschaftsstruktur des Staates das heute doch wohl zu einseitig auf den Bergbau eingestellte Wirtschaftsleben günstig auszugleichen. Trotz Belebung des Zinnbergbaus ist die erhoffte wirtschaftliche Erleichterung nicht eingetreten, wenn auch im letzten Jahr die Handelsbilanz aktiv war. Bei dieser bedenklich stagnierenden Eigenentwicklung des Staates ist die immer stärkere Investierung nordamerikanischen Kapitals, besonders im Bergbau Symptom für die Bewertung der nicht geringen Zukunftsaussichten. Vornehmlich die reichen Zinnminen werden fast ausschließlich durch die Nordamerikaner ausgebeutet.

Chile hat in der letzten Zeit, ebenso wie

Brasilien, eine in ihrer Zielsetzung freilich der brasilianischen grundverschiedene innere politische Krise durchgemacht. Der von der Militärpartei bewirkte Umsturz galt der Durchführung von Reformen, die eine Gesundung der vorher wenig erfreulichen Verhältnisse in der Verwaltung herbeiführen sollen, und es ist zu erwarten, daß mit der Wiederübernahme der Regierung durch den im Lande beliebten Präsidenten Alessandri eine wieder ruhigere Entwicklung gewährleistet wird. Viel pessimistischer muß leider die noch nicht zur vollen Entfaltung gekommene wirtschaftliche Krise Chiles beurteilt werden. Der tiefere Grund der Krise ist die Monopolstellung, die lange Zeit der Salpeterproduktion Chiles innerhalb der Weltwirtschaft zukam, und die heute durch die Herstellung des künstlichen Salpeters gebrochen ist. Besonders Deutschland ist darum aus der Reihe der Käufer ausgeschieden, während die Union Hauptabnehmer geworden ist. Die Hoffnungen auf eine wesentliche Steigerung der Salpeterausfuhr haben sich dagegen nicht erfüllt. Chile führte 1923 2,26 Mill., 1924 2,36 Mill. Tonnen Salpeter aus. Auch die Kupferausfuhr hielt sich im Vergleich mit dem Vorjahre in der Schwebe: 1923 167000, 1924 171 000 Tonnen. Eine Mißernte hat nur noch Erschwerung der Lage von der landwirtschaftlichen Seite aus gebracht. Besonders beachtenswert ist die stark ansteigende Aufnahmefähigkeit für vornehmlich industrielle Einfuhr, aus der auch Deutschland Nutzen zieht.

Argentinien ist heute noch vornehmlich, trotz reicher Bodenschätze in der Andenregion, Agrarstaat und darum in seiner wirtschaftlichen Lage von einer allerdings vielfältigen und sich darum leicht ergänzenden landwirtschaftlichen Produktion abhängig. Auf diesem Umstand beruht seine seit längerer Zeit günstige Wirtschaftsposition und seine im Vergleich mit anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten größere innerpolitische Ruhe. Fast jeder agrarische Zweig hat im letzten Jahre zur Erreichung dieser günstigen Lage beigesteuert. War zwar die Weizenernte 1924 auch in Argentinien geringer (114,9 Mill. Centals) als im Vorjahr (148,2 Mill. Centals), so erfuhr jedoch die Getreideausfuhr eine ganz bedeutende Steigerung: es wurden exportiert 4,5 Mill. t Weizen, 4,6 Mill. t Mais, 1,4 Mill. t Leinsaat und 0,7 Mill. t Hafer. Das sind zusammen 11,23 gegen 8,2 Mill t Getreide im Vorjahre, eine Exportziffer, wie sie seit langem nicht erreicht worden ist. Da diese argentinische Entwicklung mit einem Ernteausfall in den anderen Getreideländern zusammenfiel, so hatte sie zudem eine außerordentlich günstige Preissteigerung zur Folge. Wenn auch der Quantität nach die Produktion an Wolle hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist, so haben die Erträge jedoch voll befriedigt. Die Ausfuhr von Fleisch und Häuten hat dagegen wieder eine bedeutende Steigerung zu verzeichnen. 37 000 Ballen Baumwolle kamen ferner zur Ausfuhr. Die Weinproduktion (1924 5,5 Mill. hl) steigt dauernd an, so daß das Land schon fast unabhängig von der Einfuhr fremder Weine ist.

KARL HAUSHOFER: LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Die wichtigsten Erscheinungen mit der wertvollsten Ausbeute an geopolitischen Werten des letzten Vierteljahrs, sind neben einigen Aufätzen der sich auf bemerkenswerter Höhe haltenden „Far Eastern Review“ (Shanghai), und des „Transpazifik“ (Tokio), der namentlich die ostasiatische Lokalpresse in guten Auszügen bringt, und einigen vortrefflichen Aufsätzen

der indischen Wochenschrift: „The Servant of India", Poona, so namentlich in Nr. 52 des Bandes VII und Nr. 1 und 7 des Bandes VIII die Sammlungen des wissenschaftlichen Stabes der Ostchinesischen Bahn:

C. E. R. Printing Office, Harbin, China 1924: North Manchuria and the Chinese Eastern Railway.

Ein schöner stattlicher Band von 454 Seiten mit einigen geopolitisch höchst wertvollen Kartenskizzen und Diagrammen, zahlreichen Abbildungen, und sonst nirgends erreichbaren Angaben zeigt, mit welchem Ernst die chinesisch-russische Arbeitsgemeinschaft an der ostchinesischen Bahn nach ganz neuen Methoden an's Werk geht. Es ist im wesentlichen russische Arbeit, die uns in diesem englisch geschriebenen Bande die ganze Nordmandschurei und ihre Hilfsquellen erschließt. Sie ruht auf den Sammelarbeiten von Menschikow, Smolnikow und Schirkow über Kirin und Heilungkiang von 1914 und 1915, die 1922 veröffentlicht und 1923 ausverkauft waren, weil sie — trotz dem damals nur russischen Text — für die Weltwirtschaft so wertvoll waren, daß keiner sie entbehren konnte, der mit dem Fernen Osten geschäftlich oder politisch zu tun hatte.

Die Wiederauferstehung des Bandes in einem internationalen Gewande bringt eines der wertvollsten unmittelbaren Erkenntnismittel der neueren geopolitischen Literatur. Schon die sonst oft recht gleichgültigen Köpfe der offiziellen Persönlichkeiten geben zu denken! Welche bedeutenden Köpfe haben die Sowjetbünde abgeordnet, um hier ein vorbildliches Beispiel des Zusammenwirkens ihres asiatischen Gesichtes mit asiatischen Mächten zu geben! Schade, daß die Zugeständnisse an die angelsächsische Leserwelt sich auf den Verzicht gegenüber der notwendigen Umrechnung aller geographischen Größen auf Kilometer und Quadratkilometer erstreckt haben, und damit die unmittelbare Wirkung auf den kontinentalen europäischen Leser abgestumpft wird. Wie wertvoll ist nicht allein die kurzgefaßte Kolonisationsgeschichte der Nordmandschurei, die Volksdichtenskizze, und dann die fast vollkommene Herausarbeitung der Einwirkung eines künstlichen Verkehrsweges, eben der ostchinesischen Bahn, auf Siedelungs-, Verkehrs-, Wehr- und Wirtschaftsgeographie, selbstverständlich auch auf die Veränderung der Kulturdecke, die sich in so verschiedener Dicke und Art über das rohstoffreiche Land breitet. Das Bevölkerungswachstum — 3½ mal rascher als in Japan und 2½ mal rascher als in den Vereinigten Staaten — mag für beide nicht beruhigend sein. 12 Millionen Menschen in der nördlichen, mindestens nicht dichter als Mukden besiedelten Mandschurei allein zeigen, wie unverlässig die Angaben des China-Yearbooks von 1923 z. B. mit 13,7 Millionen für die ganze Mandschurei gewesen sind, wie viel richtiger unsere Schätzung auf etwa 22 bis 23 Millionen 1920 auf Grund japanischer Mitteilungen gewesen war. Jedenfalls arbeitet der russische wissenschaftliche Dienst der ostchinesischen Bahn ganz anders exakt, als z. B. die verschwommenen Ausführungen des China-Yearbooks über das größere China. Werden einmal namentlich die Bilder noch schärfer und deutlicher sein, wobei der Text nur auf seiner augenblicklichen Werthöhe zu bleiben braucht, so haben wir in diesen Veröffentlichungen ein Hilfsmittel der Landeskunde von geopolitisch, kulturgeographisch und wirtschaftlich geradezu seltenen Wert zu begrüßen.

Wir können im Rahmen dieser Besprechungen die Bedeutung des Sammelwerks der ostchinesischen Bahn über die Nordmandschurei nicht erschöpfen, und behalten uns vor, in einem eignen Aufsatz auf das hervorragende Buch zurückzukommen.

L'Universo, die überhaupt sehr gut geleitete und vorzüglich informierte monatliche Rundschau des Istituto militare geografico in Florenz bringt in ihrer Februar-, März- und April-Nummer eine Reihe von Aufsätzen aus

der Feder von Giovanni Maturrzi über China, Korea, Japan mit dem Hokkaido, Indochina und Siam. Darin ist eine ganze Fülle von wertvollen und feinen Beobachtungen zusammengetragen, wenn ich auch nicht ganz mit dem Verfasser darin übereinstimme, daß man, um von Japan einen vorteilhaften Eindruck zu haben „sich damit begnügen müsse, es im Flug zu sehen, es nur zu streifen, und vor allem vermeiden müsse, sich darin zu vertiefen, und die glänzende und feine Lackschicht abzukratzen, die es bedeckt". Trotz dieser, seiner im ganzen kritischen Einstellung zu Japan erkennt aber der Verfasser doch klar die Stärke des geradezu religiösen Vaterlandsgefühls der Japaner und hebt hervor, daß dieses Gefühl das ganze Volk durchdringe, „das stets bereit und entschlossen sei, innere Zwietracht und persönliche Ziele auszuschalten, und sich bedingungslos dem Wohl des Vaterlandes zum Opfer zu bringen".

Stanley Rice: The Challenge of Asia, London, Murray 1925.

Der ehemalige hohe Beamte des indischen Dienstes nimmt die „Herausforderung Asiens" sehr vorsichtig auf und versucht — von seinem Standpunkt sicher mit Recht — den wichtigsten Fragen eher Schärfe zu nehmen, als zu geben. Dennoch ist es ein gutes warnendes Buch, das enthüllt, wie viel gebundener der Reichsbrite diesen Fragen gegenüber treten muß, als etwa der Amerikaner Lothrop Stoddard; wie vorsichtig er die russische Gefahr verschleiert, wie klar er erkennt, was die europäische Weltkriegspolitik Englands dem asiatischen Gesicht des Weltreichs geschadet hat. Warnen muß man den mitteleuropäischen Leser davor, gefährdete Machtstandpunkte der Westmächte mit europäischen zu verwechseln, was Rice in sehr gewandtem Spiel nahezulegen versucht. Nein: Deutsche und Oesterreicher werden für das Unrecht, das Asien von den Westmächten angetan wird, nicht mehr Schulter an Schulter mit diesen fechten, nicht in Kultur-, nicht in Politik-, nicht in Wirtschaftsfragen. Das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht als politisches Mittel „zur gewaltsamen Beraubung Deutschlands" verwendet, mag sich ruhig auswirken an den Mächten, die es zuerst geprägt haben; und wenn die Herausforderung Asiens peinlich von ihnen empfunden wird, so schallt es doch nur aus dem Walde wie man vorher in ihn hineinrief!

J. W. Gregory: The menace of Colour, London, Seeley 1925.

„Die Bedrohung durch die Farbigen", das ist die kürzeste Form, auf die man deutsch den Buchtitel bringen kann, der mehr verspricht, als der Verfasser darin hält.

Er kann die Größe der Problemstellung von Lothrop Stoddard z. B. nicht erreichen, von dem übrigens in dem sonst sehr wertvollen Literaturverzeichnis über die Schriften zur Frage der farbigen Rassen einige Hauptwerke nicht erwähnt sind. Die asiatische Drohung ist auf den vier Seiten 145—149 mehr als flüchtig abgehandelt, sehr eingehend dagegen, den wertvollsten Teil des Buches bildend, die amerikanische Negerfrage und die australische Besiedelung. Dieses Ausweichen gegenüber der asiatischen, wie übrigens auch gegenüber der auf eineinhalb Seiten ebenso flüchtig gestreiften Inderfrage in Afrika zeigt die Schwäche des reichsbritischen Standpunktes gegenüber dieser wichtigen geopolitischen Zukunftsaufgabe des Planeten.

Auch wenn er wollte, der Geolog der Universität Glasgow, der gründliche Kenner des australischen Siedelungsproblems, der Arbeitsverhältnisse des Weißen Mannes in den Tropen, der das Farbenproblem in den Vereinigten Staaten sehr eingehend durchgearbeitet hat, er kann und darf wohl nicht an die letzten Tiefen seines Gegenstandes rühren? Er will im Grunde doch jenes Verteilungsverhältnis der Erdfläche mindestens für den britisch sprechenden Teil der Menschheit aufrecht erhalten, dessen schroffe Ungerechtigkeit er doch selbst

in seiner Skizze 3 sehr anschaulich darstellt: drei Neuntel weiß besiedelt, fünf Neuntel von farbigen Rassen fruchtbar gemacht, aber weiß beherrscht, ein Neuntel nur von Denen in seinem Schicksal bestimmt, die es bebaut, sich mit Arbeit und Schweiß in seinen Boden vertieft haben.

„Australien allein kann das Zwanzigfache seiner augenblicklichen weißen Bevölkerung ernähren" schreibt G. Sicher! Das wissen die ostasiatischen, wie die indischen und mitteleuropäischen Millionen, die durch die Schuld der romanischen und britischen Raumgier enggepreßt, unter den möglichen Durchschnitt der Menschheit in der Lebenshaltung herabgedrückt, dem Kapitalismus der Westmächte frohnden müssen. Sie werden einmal zur Erkenntnis kommen, wer die Schuld daran trägt, auch wenn man sie geraume Zeit klug davon abzulenken sucht. Gregory hat nicht, wie Lothrop Stoddard, ein Werkzeug aufrüttelnder Wahrheitsliebe geschmiedet, sondern eins der Verschleierung!

H. J. Mackinder: Democratic Ideals and Reality. London, Constable & Co. 1919.

A study in the politics of reconstruction damals genannt, ein uns feindliches Buch, bis heute noch unübersetzt und für das deutsche Volk wohl unübersetzbar (wenn es gegenüber einem solchen Hasser nicht seine Selbstachtung aufgeben will, obwohl wir sehr viel daraus lernen könnten) muß geholt werden aus dem Giftschrein, in dem die arcana imperii britannici sonst verwahrt werden, durch die Etikette „Gift" für gute friedensfreundliche Europäer als für sie ungenießbar, für Reichserbauer aber heilsam gekennzeichnet.

Sein Verfasser hat Recht, wenn er in der Einleitung sagt: „Dies Buch, was immer sein Wert sei (er ist sehr hoch!), ist das Ergebnis von mehr, als von Kriegspsychose." Es ist tatsächlich aus ungemein konzentrierten Vorarbeiten entstanden, die 1904 als „The geographical pivot of history", 1905 als „Manpower as a measure of National and Imperial Strength" erschienen sind, und eine furchtbare Rolle für Deutschland — als Kern der geopolitischen Erziehung einer ganzen Generation britischer Staatsmänner des dauernden Außendienstes und geographisches Fundament von Versailles — gespielt haben.

Gäbe es nicht in Deutschland heute Mehrheiten, die aus diesem Buch nur das aufnehmen, was dem eigenen Lande schadet, die Erkenntnis des Gegners aber nicht gewinnen, die sich daraus gewinnen läßt, so würde ich kaum ein übersetzenswerteres Buch kennen; denn seine bitter mitteleuropa-feindliche Darstellung, die Größe und Weite seiner Gesichtspunkte haben einen Wert von säkularer Dauer. Allerdings zeigen sie auch, wessen sich Mitteleuropa in den Taten von denen zu versehen hat, die den Mechanismus des Weltreichs wirklich handhaben, und nicht nur die schönen Reden zu den verschiedenen Fenstern hinaus halten. Diese Männer sind — das zeigt uns Mackinders Beispiel — wohlgeschult, geographische und geschichtliche Erkenntnis mit politischem Können zu vereinen; leider trifft aber nicht zu, was sie darüber von unserer Schulung aussagen, daß nämlich Kartenkunde und geopolitisches Verständnis ein wesentliches Kulturmerkmal der deutschen Erziehung seien — im Gegensatz zum darin so „harmlosen" Angelsachsen!

Mitten in einer gehässigen Darstellung der Wiedererhebung Preußens nach Jena ist M. allerdings gerecht genug, den Satz zu schreiben: „Freilich, es war ein Feldlagerstaat, in der Mitte einer Ebene, ohne die natürlichen Bollwerke eines Spanien, Frankreich, Britannien." Mit höflichen Verbeugungen vor der Gedankenwelt der Demokratie vereint M. eine sie in der Praxis vernichtende Kritik. „Demokratie weigert sich, strategisch zu denken, außer sie wird dazu durch Abwehrzwecke gezwungen . . ." Daher jetzt die Vorbetonung des Sicherheitsmotivs, daher die Vorbetonung der Abwehr, der reinen Wehr, so sicher man selbst der vorbeugenden, für Andere

unmerklichen Angriffsstöße ist, so sehr man — den Andern den Gebrauch der Karten abgewöhnen möchte, die erbarmungslos verraten, wem zum Nutzen die Politik getrieben wurde, die doch in Flächenveränderungen auf der Karte nachweisbar ist! Und nur für den angelsächsischen Hausgebrauch ist der großartige Anschauungsunterricht bestimmt, der in fortwährender gegenseitiger Durchdringung von Erdkunde und Geschichte, aber im Grunde rein nach imperialistischen Gesichtspunkten (wenn auch ohne das Wort zu brauchen) die Weltalter durchläuft. Klare, überzeugende Skizzen erläutern diesen Anschauungskurs und zeigen, wie wertvoll der geopolitische Unterricht des Verfassers gewesen sein muß — für Imperialisten und menschliche Werkzeuge des Imperialismus! nicht für Träger demokratischer Ideale! Gerade aus den Befürchtungen des Gegensatzes heraus ist M. der am meisten logische geopolitische Erzieher zu einer Kontinentalpolitik der alten Welt, wenn ihre zahlenstärksten Völker nicht dauernd Ausbeutungsobjekte bleiben wollen. Aber dieses zweite Gesicht Mackinders sieht nur, wer in ganz großen Zusammenhängen geographisch zu denken weiß, und unkonventionelle Wege, auch der kartographischen Darstellungsweise zu gehen versteht.

Die Insel- und Halbinselmächte haben sich im Weltkrieg als die stärkeren erwiesen. Wer sich vor ihnen retten will, wird ihre Front zu trennen, die der alten Welt zu einen haben. Eine andere Erlösung gibt es für den ganzen Osten nicht, zu dem uns die Staatskunst der Schüler Mackinders gestoßen hat. Noch einmal erwähnt muß freilich werden, daß sein Buch aus ganz großen Zwecksgesichtspunkten heraus schroff deutschfeindlich ist, und in Verfolgung dieses Zieles auch vor Umbiegung der Tatsachen nicht zurückschreckt.

James Fairgrieve: Geography and World Power. London, University Press F 5. Aufl. 1924.

„Geographie und Weltmacht" ist im Grunde nichts anderes als eine volkstümliche Geopolitik ein Versuch, durch vortreffliche packende Skizzen unterstützt, den Einfluß erdgegebener Grundzüge auf die geschichtliche Bewegung flüssig und für breitere Schichten klar und einleuchtend darzustellen. Man kann in Einzelheiten anderer Meinung sein, wird auch in der ersten Anlage des dreimal umgearbeiteten Buchs die Zweckbestimmung für den Lehrgebrauch während des Krieges erkennen; sicher ist der Zweck, dem Lehrer ein übersichtliches, leicht zu erweiterndes Werkzeug zur geopolitischen Erziehung an der höheren Mittelschule, zur Erweckung von geopolitischem Verständnis überhaupt in die Hand zu geben, ihn selbst zur Vertiefung anzuregen, voll erreicht. Fast alle ähnlichen Bücher bei uns setzen zu viel voraus, wenden sich nicht so unmittelbar an den gesunden Menschenverstand, freilich auch nicht so kühl an den Instinkt einer Herrenrasse, die ihre Reichsnotwendigkeiten auch dann erkennt, wenn sie mit halben Worten zwischen den Zeilen ausgesprochen werden. Hier ist eine Grenze des Gebrauchswertes für dieses auch Deutschen sehr nützliche, hoffentlich bald übersetzte Buch.

W. L. Puxley: Green Islands in glittering Seas. London, George Allen Unwin. 1925. 315 S.

In diesem in leichter und anmutiger Erzählungsform geschriebenen Südseebuch spiegeln sich tatsächlich alle geopolitischen Leitfragen der eigentlichen Südsee. Der überwältigende Einfluß des Meeres und seiner Bewohner, Vulkanismus und Korallen, Pflanzenkleid-Eigenart und Tierwelt in ihrer insularen Verkümmerung und Absonderung kommen ebenso zu ihrem Recht wie Frührassen und Vollentwicklung der Polynesier zu „nackten Königen" als Rasse, Frühgeschichte und Einbruch des Weißen Mannes. Die Eindrücke folgen sich nicht in einer wissenschaftlichen Reihenfolge, wie sie in Mitteleuropa hergebracht ist: einzelne Kabinettstücke, wie der Abschnitt über die „Seewölfe" (Haie), das große Barriere-Riff, auch das betrübliche Kapitel über die endemischen und einge-

schleppten Krankheiten, über den Rassentod in der lachenden Südsee, sind nicht da eingefügt, wo wir sie suchen würden, sind aber in ihrer Art von erschütternder Größe und außerordentlicher Feinheit der Naturanschauung. Aber als Ganzes bringt Puxley lebendige Anschauung, noch mit dem frischen Duft der grünen Inseln im gewaltigen Dünungsgang des größten Meeres, manchmal anfechtbare, aber immer fesselnde Werturteile, namentlich über den unerträglichen Kondominiums-Zustand zwischen England und Frankreich in den Neuen Hebriden, die rückständigen Methoden Frankreichs in seiner zerstörenden Einwohnerpolitik in der Südsee; wertvollen geopolitischen Rohstoff, auf den neuesten Stand gebracht; der Verfasser spricht pro domo in jenen Teilen, die den ehemals deutschen Gebieten in ihrer Mandatausübung gelten, aber alles in allem ist sein Buch wohl deutscher Übersetzung und geopolitischer Beachtung in Mitteleuropa wert.

Einige feine geopolitisch verwertbare Hinweise enthält, wenn es auch in erster Linie auf belletristische Wirkung geschrieben ist,

H. M. Tomlinson: Tidemarks. London, Cassell and Co. 1925.

Darunter sind, an des Dänen Jensen treffende Beobachtungen in seinem Weltwanderbuch erinnernd, S. 24—25 der erste Eindruck von der malaio-polynesischen Rasse und ihrer „Gelassenheit, Vornehmheit". „Es ist nicht sehr beruhigend, einen Wink von ihr zu bekommen, daß die von langer Hand aufgerichtete Lebensführung der eigenen Rasseverwandten am Ende töricht sein könnte, und daß es andere, bessere Wege gäbe!"

Auch auf S. 190 finden sich gute Bemerkungen über die Malaien: „Es ist klar, daß trotz seiner angeblich ererbten Indolenz der Malaie das Problem des Daseins sehr viel glücklicher gelöst hat als die ihm überlegenen Rassen. „Er erträgt auch gar nicht demütig ein Benehmen, das seinen eigenen Sittencodex verletzt, denn er hat das Selbstgefühl eines Aristokraten (Jensens viriler Adel!), und setzt voraus, daß sein Wert nicht in Frage gestellt wird." „Ich fühlte, es würde leicht sein, sie als Nachbarn für den Rest meines Lebens zu haben... Ja, es würde leicht und sogar erfreulich sein, das eigene Schicksal mit dem der Malaien zusammenzuwerfen (was Lafkadio Hearn mit wenig, Robertson mit ziemlichem Glück getan hat!). Ein Malaien-Weiler ist ein viel anziehenderes Ergebnis menschlicher Anstrengung, und birgt glücklichere Menschen als Birmingham." So S. 190—95!

S. 198 spricht T. von „jenen gottgesegneten Händlern der Vergangenheit, die Gewürze haben wollten, und Gottes gesegnetes Schießpulver anriefen, um sie zu bekommen", ist also schon stark vom kulturgeographischen Reiz der Südsee auf die Bahnen von Forster und Rousseau verführt, und auf S. 199 zeigt er in dem Eindruck chinesischer und malaiischer Friedhöfe, wie tief der Zauber des Ostens anthropogeographisch Besitz von dem skeptischen Schilderer ergriffen hat: „Die chinesischen und malaiischen Friedhöfe zeigen, daß diese Völker irgendwie restlos die Tatsache des Todes in ihr Weltbild aufgenommen haben, und sich selbst nichts darüber weismachen. Sie laden es nicht ein, das Schicksal, aber wenn es kommt, nehmen sie es still und selbstverständlich auf sich, und ihre Gräber sind so, als hätten sie keinen Zweifel, daß die Toten am besten wissen, was mit sich anfangen. Aber der christliche Friedhof ist eine laute, verzweifelte Anstrengung, diese Tatsache zu verneinen ..." So Tomlinson in der Südsee.

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

ENGLAND, JAN.—MAI 1925.

I. Alte Welt:

Aliens: Aliens naturalisation: return. H. M. S. O. —.—.9

Anderson, G. Graham: The call for protection: in the interest of the consumer. S 62. P. S. King —.1.6

Armstrong, Harold; Turkey in travail: the birth of a new nation, with 8 illus. and 2 maps. S. 292. Lane —.8.6

Bacon, Reginald, H. Admiral, Sir: A Naval scrap-book. First part, 1877—1900. With 24 illus. S. 286. Hutchinson —.24.—

Belgium: Report on economic and financial conditions, with an annexe on the economic situation in the Grand Duchy of Luxemburg. H. M. S. O. —.3.6

Bierstadt, Edward Hale: The great betrayal: a survey of the Near East Problem, Foreword by Edward Capps, S. 361, Illus. Hunchinson —.15.—

Bodelsen, C. A. Studies in mid-Victorian Imperialism. Seiten 226. Constable —.10.6

British Imperial calendar and Civil Service list, 1925. H. M. S. O. —.5.—

Brendon, J. A.: The building of the modern world. Book 3, The Expansion of Europe, with maps and illus. pp. 199. E. Arnold. Feb. '25 —.2.6

Bretherton, C. H.: The Real Ireland. S. 197. Black —.5,—

Bowen-Rowlands, Ernest: In Court and out of Court: some personal recollections. With fronties and 11 illus. S. 319. Hutchinson. —.18.—

Budge E. A. Wallis, Egypt, pp. 256. Williams & N. —.2.6

Commercial year-book of the Soviet Union 1925. Compiled and edit. by Louis Segal and A. A. Santalov. S. 452. Allen & U. —.6.—

Constantine, King of Greece: A. King's private letters written by King Constantine of Greece to Paolo Princess of Saxe-Weimar during the years 1912 to 1913. Pref. by Adm. Mark Kerr. With fronties. S. 205. Nash & G. —.10.6

Census of England and Wales: Industry tables. H. M. So —.47.8

Dawson, Samuel, A.: Freedom of the Press, Milford —.7.6

Dodd, Agnes, F.: A Short history of the British Empire. Illus. S. 286. Dent —.6.—

Donald, Robert, Sir: A Danger Spot in Europe and its government by the League of Nations. S. 166. Parsons —.3.6

Eastman, Max: Since Lenin died. S. 158. Labour Pubg. Co —.4.—

Fuel, Research Board — Physical and chemical survey of the national coal resources. Nr. 4. The Lancashire coal field: the Ravine seam. H. M. S. O. —.1.6

Foreign office list and diplomatic and consular year book, Edit. for Godfrey E. P. Hertslet by members of the Staff of the foreign office. S. 555. Harrison & Sons —.25.—

Gill, Conrad: The Rise of the Irish linen industry. Illus. S. 371. Milford —.16.—

Gooch, G. P.: Germany. With intro. by the Rt. Hon. H. A. L. Fisher. (The Modern World: a survey of historical forces, Vol. 2.) S. 372. Benn —.15.—

Graham, Malbone W. Jun. and Binkley, Robert C.: New governments of Central Europe. With 6 charts. S. 695. Pitman —.21.—

Green, Alice-Stopford: History of the Irish state to 1014. S. 449. Macmillan —.12.6

Huntington, Ellsworth and Cushing, S. H.: Principles of human geography. Chapman & Hall —.15.—

Hurd, Archibald: State socialism in practice. S. 234. P. Allan —.3.6

Hingston, R. W. G.: Nature at the desert's edge: studies and observation in the Bagdad Oasis. Illus. S. 299. Witherby —.15.—

Ibanez, Vicente Blasco: Alfonso XIII. unmasked: the military terror in Spain. S. 158. Nash & G. —.3.6

„Iconoclast": Ramsay Macdonald, 1923—1925, S. 191. L. Parsons —.3.6

Iconoclast, J.: Ramsay Macdonald: the man of to-morrow, Popular ed. S. 288. L. Parsons —.3.6

Ironside, Edmund: Maj. Gen. Sir: Tannenberg, the first thirty days in East Prussia, with maps. S. 316. Blackwood —.15.—

Janssen, Johannes: History of the German people after the close of the Middle-Ages. S. 438. K. Paul —.18.—

Jerusalem and Judea. Reprinted from the „Travellers' handbook for Palestine and Syria." Rev. by Harry C. Luke. S. 152. T. Cook —.4.—

Joyce, P. W.: A Short history of Gaelic Ireland from the earliest times to 1608. S. 572. Longmans —.5.—

King, W. J. Harding: Mysteries of the Lybian Desert: a record of three years of exploration. With 49 illus. and 3 maps. S. 348. Seeley, Service —.21.—

Labour year book, 1925. S. 599. Labour Pubg. Dept. —.3.6

Lansbury, George: The Miracle of Fleed Street: the story of the „Daily Herald". S. 173. Labour Pubg. Co —.2.—

Lee, Sidney, Sir: Life of King Edward VII. Illus. Macmillan, Mar. '25 —.31.6

Lefferts, Walter: Our own United States. Lippincott —.6.—

Liberal year book 1925, S. 392. Liberal Pubg. Dept. —.2.6

MacInnes, C. M.: The British Commonwealth and its unsolved problems. S. 186. Longmans —.5.—

MacNeill, J. G. Swift: Studies in the Constitution of the Irish Free State. S. 268. Talbot Pr. —.12.6

McRae, Milton, A.: Forty years in newspaperdom: the autobiography of a newspaper man. Illus. S. 514. Brentanos —.15.—

Mears, Eliot Grinnell: Modern Turkey: a politico-economic interpretation, with selected chapters by representative authorities. Illus. pp. 797. Macmillan, Feb. '25 —.25.—

Ogg, David: Europe in the seventeenth century. (The history of Europe.) Edit. by E. Lipson. pp. 591. Black, Feb. '25 —.18.—

Navigation and shipping of the United Kingdom: Annual statement 1923. H. M. S. O. —.20.—

Palestine: Report on administration. H. M. S. O. —.1.—

Palmer's Index to „The Times" newspaper. April—June 1924. S. 135. S. Palmer —.30.—

Parliament: House of Commons-Debates. H. M. S. O. —.10.—

Remington, Frank, C.: Motor rambles through France: some descriptions and some reflections. Illus. in col. by Evelyn J. Rimington. And a suppl. chapter on French mediaeval architecture by the Rev. G. H. West. S. 262. Constable —.15.—

Rogers, J. D.: A Historical Geography of the British Dominions. With maps. S. 390. Milford —.7.6

Rosenberg, Käthe: How Britain is governed: a short survey of the history and working of the British Constitution. S. 96. Labour Pubg. Co. —.2.6

Russia: The official report of the British Trades Union Delegation to Russia and Caucasia. S. 274 —.5.—

Troup, Edward, Sir: The Home office. S. 279. Putnam —.5.—

Tynan, Katharine: Life in the Occupied Area. S. 282. Hutchinson —.18.—

Seeley, J. R., Sir: The expansion of England: two courses of lectures. S. 367. Macmillan —.3.6

Security: Seiten 79, English Review —.1.—

Sheridan, Clare: Across Europe with Satanella, with 45 illus. S. 216. Duckworth —.15.—

Smith-Dorrien, Horace, Gen.-Maj.: Memories of forty-eight years' service. With maps and illus. S. 543. Murray —.25.—

Socialist annual, 1925. S. 287. I. L. P. Information Comm. —.2.6

Spender, J. A.: The Public Life, 8 illus. S 260. Cassell —.30.—

Symons, M. Travers: Britain and Egypt: the rise of Egyptian nationalism. S. 344. C. Palmer —.7.6

Solmi, Arrigo: The making of modern Italy, intro. by Arundell del Re. S. 255. Benn —.12.6

St. Lucia: Colonial report 1923. H. M. S. O. —.—.6

Stock Exchange year-book, 1925: the origin, history and present position of each of the public securities and joint stock companies known to the markets of the United Kingdom. By Thomas Skinner. S. 3,266. Skinner —.50.—

Stein, Leonard: Zionism. S. 218. Benn —.6.—

Sweden: Economic, commercial, and industrial situation. H. M. S. O. —.1.6

Villiers, H. Montagu: Charms of the Consular career. S. 258. Hutchinson —.12.6

Warren, G. F. and Pearson, F. A.: The Agricultural situation. Chapman & Hall —.15.—

Whelpley, J. D.: Reconstruction. S. 383. Funk & W. —.12.6

Whibley, Charles: Lord John Manners and his friends. S. 320. Blackwood —.30.—

Worsford, W. Basil: Palestine of the Mandate. Illus. S. 287. Unwin —.21.—

Wrong, Margaret: Ideals and realities in Europe. S. 156. Student Christian Movements —.2.6

Wynne, R. V.: The State and its ailments S. 312. Simpkin —.15.—

Return of the Kings, The: facts about the conspiracy for the restoration of Monarchy in Central-Europe. S. 222. Nash & G. —.10.6

II. Indopazifische Welt.

Battye, J. S.: Western Australia: a history from its discovery to the inauguration of the Commonwealth. With fronties, S. 480. Milford —.25.—

Burt, E. W.: Fifty years in China: the story of the Baptist Mission in Shantung, Shansi, and Shensi. 1875—1925. Illus. S. 127. Carrey Pr. —.2.—

Brown, J. Macmillan: The Riddle of the Pacific. Illus. S. 324. Unwin —.30.—

Brunei, State of: Colonial report. H. M. S. O. —.1.—

Edwardes, S. M.: Crime in India. S. 177. Milford —.8.6

Gribble, J. D. B.: A History of the Deccan. Vol. 2, Edit. by Mrs. M. Pendlebury. Illus. S. 276. Luzac —.21.—

Harrison, Charles: Ancient warriors of the North Pacific: The Haidas their laws, customs and legends etc. Illus. and a map. S. 222. Witherby —.15.—

Harrison, Cuthbert, W.: An Illustrated guide to the Federated Malay States. Illus. S. 377. Malay States Information Agency —.2.6

Horsley, Reginald: New Zealand, with 12 col. drawings by A. D. M'Cormick. (Romance of Empire ser.) S. 345. Jack —.5.—

India East: Progress and condition, 1923—24. H. M. S. O. —.2.6

India-East: Constitutional Reforms, Reform Enquiry Ctte. H. M. S. O. —.1.4

India-East: Statistical abstract for British India: from 1912—13 to 1921—22. H. M. S. O. —.3.—

India-East: Constitutional reforms, Enquiry Ctte. Report: Appendix 5, Written evidence —.9.—
Appendix 6, Oral evidence, pt. 1 —.9.—
Appendix 6, Oral evidence, pt. 2 —.9.—
H. M. S. O.

India Office list, 1925: Compiled from official records by direction of the Secretary of State for India in Council. S. 829. Harrison —.30.—

Irak: Great Britain and Irak: treaty of alliance. Bagdad. H. M. S. O. —.—.9

Lang, W. H.: Australia. With 12 drawings in col. by G. W. Lambert. S. 316. Jack —.5.—

Lee, Ida: (Mrs. Bruce Charles Marriott): Early explorers in Australia: from the log-books and journals, including the diary of Allan Cunnigham, botanist, from March 2. 1817 to November 19. 1818. With maps and Illus. S. 663. Methuen —.21.—

Leete, F. A. and Cheyne, G. C.: Regulation of rivers without embankments as applied in the training works at the headwaters of the Rangoon River, Burma, Illus. S. 134. Crosby, Lockwood —30.—

Lucas, Charles, Sir: The Empire at War. Edit. for the Royal Colonial Institute. Vol. 4. Illus. S. 634. Milford —.28.—

Malay States (Unfederated); Colonial report 1923. H. M. S. O. —.5.3

Marriott, J. A. R.: The Eastern question: an historical study in European diplomacy. S. 576. Milford —.8.6

Puxley, W. Lavallin: Green islands in glittering seas. Illus. S. 316. Allen & U. —.12.6

Shah, H. T. and Khambata, K. J.: Wealth and taxable capacity of India. S. 382. P. S. King —.15.—

Ronaldshay, Earl of: The heart of Aryavarta: a study of the psychology of Indian unrest. S. 280. Constable —.14.—

Rice, Stanley: The Challenge of Asia. S. 256. Murray —.7.6

Reichwein, Adolf: China and Europe: intellectual and artistic contacts in the eighteenth century with 24 plates and 2 dia. S. 182. K. Paul —.12.6

Surridge, Victor: India. With 12 drawings in col. by A. D. McCormick. S. 320. Jack —.5.—

Tongan, Islands: Protectorate-Colonial report. 1923—24. H. M. S. O. —.—.3

Piggott, Horace and Finch, Robert, J.: Asia, with maps, exercises and Index. S. 255. Dent —.3.6

Pillai, P. Padmanabha: Economic conditions in India. S. 348. Routledge —.12.6

Vajil, C. N.: Financial developments in modern India, 1860—1924. Foreword by the Hon. Sir Basil P. Blackett. S. 672. P. S. King —.21.—

III. Afrika.

Africa-West: Palm oil and palm kernels: report of appointed to consider best means of securing improved and increased production. H. M. S. O. —.—.9

Braby's Natal directory: Including Zululand, Griqualand East and Pondoland. With which is incorporates Davis' Natal directory. Simpkin —.30.—

Braby's Orange Free State Directory: Including Basutoland and trades directories of Kimberley and Aliwal North. Simpkin —.25.—

Dale, Godfrey Rev.: Islam and Africa: an introduction to the study of Islam for African Christians. S. 149. S. P. C.K. —.2.6

Lang, John: The land of the golden trade (West-Africa). With 12 drawings in col. by A. D. McCormick. S. 327. Jack —.5.—

Werner, A.: The language families of Africa. Routledge —.3.6

IV. Amerika.

Banning, George, Hugh: In Mexican waters. Illus. S. 208. M. Hopkinson —.18.—

Beard, Charles, A.: American government and politics. Macmillan —.18.—

Chandler, J. A. C.: The Genesis and birth of the Federal Constitution. Macmillan —.11.—

Dominican Republic and Hayti: Economic financial and commercial conditions, 1924. H. M. S. O. —.2.—

Goodspeed, Thomas, W.: The Story of the University of Chicago 1890—1925. Camb. Univ. Pr. —.10.—

Falkland Islands: Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.9

Freemann, Lewis, R.: Down the Grand Canyon. Illus. S. 381. Heinemann —.25.—

Hudson, Manley, O.: The Permanent Court of International Justice and the question of american participation. Milford —.17.—

Hibbard, Benjamin Horace: A History of the public land policies. S. 611. Macmillan —.20.—

Mitchell, B. W.: Trail life in the Canadian Rockies. Macmillan —.12.6

Osgood, Herbert, L.: The American Colonies in the eighteenth century. Vol. 3. Milford —.28.—

Prescott, William H.: History of the conquest of Mexico. With a preliminary view of the ancient Mexican civilisation and the Life of the Conqueror, Hernando Cortes. With the author's latest corrections and additions. Edit. by John Foster Kirk. S. 735. Allen & U. —.6.—

Rowe, Henry K.: History of religion in the United States. Macmillan —.8.—

Shipee, Lester, B.: Recent American history. Macmillan —.35.—

Shipley, Arthur, E. Sir: Islands: West Indian-Aegean. Illus. S. 151. M. Hopkinson —.6.—

Sunderland, J. T.: America and world brotherhood. S. 305. Luzac —.6.—

Young, John P.: Central American currency and finance. Milford —.11.6

West Indies, British: Economic and financial conditions, H. M. S. O. —.1.6

V. Systematisches und Allgemeines.

Abbott, Wilbur Cortez: The Expansion of Europe, a social and political history of the modern world (1415—1789). S. 489. Bell —.16.—

Annual register, the: A review of public events at home and abroad, 1924. Edit. by M. Epstein. S. 187. Longmans —.30.—

Adams, W. Capt: Real wealth and financial poverty: a study of the present financial system as a monopoly of money etc. S. 286. C. Palmer —.7.6

Baker, P. J. Noel: The Geneva Protocol for the pacific settlement of international disputes. S. 240. P. S. King —.9.—

Bartholomew, J. G.: The Oxford economic atlas. Intro. by L. W. Lyde. S. 76. Milford —.6.—

Beasley, C. G.: Local geography, Murby, Mar. '25 —.1.—

Blanchard, Raoul: Les Forces hydro-electriques pendant la Guerre (Histoire economique et sociale de la Guerre mondiale: serie Francaise). Milford —.6.—

Bowen, Frank, S.: The Sea: its history and romance. Vol. 1. Illus. S. 316. Halton & T. Smith —.15.—

Brooks, C. E. P.: The Evolution of climate. Pref. by G. C. Simpson. S. 181. Benn —.8.6

Bunting, W. L.: Where geography and history meet. S. 121. Dent —.2.—

Burkitt, M. C.: Prehistory: a study of early cultures in Europe and the Mediterranean Basin. With a short pref. by l'abbe H. Breuil. S. 464. Camb. Univ. Pr. —.35.—

Caddick, David, W.: Political principles and motives: a treatise for legislators and electors. S. 109. Methuen —.3.6

Burns, C. Delisle: Industry and civilisation. S. 278. Allen & U. —.10.6

Cambridge modern history atlas, the: Edit. by Sir A. W. Ward, Sir G. W. Prothero, Sir Stanley Leathes, assisted by E. A. Benians. S. 249. Cambr. Univ. Pr. —.40.—

Carr-Saunders, A. M. Population. With frontis. (World's manuals.) S. 112. Milford —.2.6

Cash, W. Wilson: The Moslem world in revolution. Illus. S. 160. S. P. G. —.2.—

Chisholm, George, G.: Handbook of commercial geography, with maps and diags. S. 841. Longmans —.25.—

Sunnigham, Brysson: Port administration and operation: a review of systems of mangement in vogue in various countries. S. 189. Chapman & Hall —.13.6

Customs formalities (Simplification of) international convention, Geneva. H. M. S. O. —.—.6

Davis, Watson: The story of Copper. Illus. S. 405. T. W. Laurie —.12.6

Dumbleton, J. E.: The Construction of wells and bore-holes for water supply, and the elements of the analysis and purification of water. S. 134. C. Lockwood —.25.—

Edgeworth, F. Y.: Papers relating to political economy. S. 452. Macmillan —.50.—

Enock, C. R.: The Remedy, the logic of the cosmos, the law of life: the ultimate principles of political-economic order. S. 44. Simpkin —.2.6

Febvre, Lucien and Bataillon, Lionel: A geographical introduction to history. S. 414. K. Paul —.16.—

Fontaine, Arthur: L'Industrie francaise pendant la Guerre. (Histoire economique et sociale de la Guerre Mondiale: serie Francaise.) Milford —.14.—

Ford, Henry: Representative government. S. 326. Pitman —.12.6

Gregory, J. W.: The menace of colour: a study of the difficulties due to the association of white and coloured races. With illus. and maps. S. 264. Seeley, Service —.12.6

History of the Great War: based on official documents, by direction of the Historical section of the Committee of imperial Defence. Vol. 2, Military operations: France and Belgium. Compiled by Brig. Gen. J. E. Edmonds. Maps and sketches compiled by Maj. A. F. Becke. S. 576. Maps —.5.6. Macmillan —.12.6

Huntington, Ellsworth: Civilisation and climate. Milford —.23.—

Hoyland, John, S.: A brief history of civilisation. S. 238. Milford. Prize ed; —.7.6

Jeffrey, Edward, C.: Coal and civilisation. Macmillan —.10.6

Isaac, Charles Percival: The menace of money power. S. 306. J. Cape —.6.—

Langshaw, Harold: Socialism: and the historic function of Liberalism, Pref. by the Rt. Hon. Charles Trevelyan. S. 182. C. Palmer —.6.—

Legan, Innes: War and peace, a study in citizenship. S. 24. Bowes & Bowes —.1.—

League of Nations: Fifth Assembly: Report of British Delegate. H. M. S. O. —.—.3

League of Nations: Report of Sec. of Foreign Affairs. H. M. S. O. —.—.9

League of Nations: International Labour Conference: Sixth session. H. M. S. O. —.—.6

League of Nations: 32nd session of the Council: report by British Representative. H. M. S. O. —.—.4

Merriam, Charles, E. and Barnes, Harry, E.: A history of political theories in recent times. Essays on contemporary developments in political theory, contributed by students of the late William A. Dunning. With fronties. S. 611. Macmillan —.17.—

Meteorological Office: Geophysical memoirs, Nr. 24. The distribution of thunderstorms over the Globe. H. M. S. O. —.2.—

Meteorological Office: Geophysical memoirs, Nr. 25. Surface and geostrophic wind components at Deerness, Holyhead, Gt. Yarmouth and Scilly. H. M. S. O. —.2.—

Miller, Herbert Adolphus: Races, nations and classes: the psychology of domination and freedom. (Lippincott sociological ser.) S. 216. Lippincott —.9.—

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics, 1920—22: China clay —.—.9
Crome ore and chromium —.1.—
Diamonds —.1.—
Monazite —.—.6
H. M. S. O.

Mineral Resources Bureau (Imperial): Mining laws of the British Empire and foreign countries. Vol. 6, British India. Part I, General principles: major minerals. H. M. S. O. —.15.—

Mineral Resources Bureau (Imperial); Statistics, 1920—22. H. M. S. O. Cobalt —.—.6

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics, 1920—22: Gold —.2.—
Barium Minerals —.1.—
H. M. S. O.

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics, 1920—22: Manganese —.1.3
Quicksilver —.1.—
Fluorspar —.—.6
H. M. S. O.

Mines Dept: Coal Mines Act, 1911; regulations and orders. H. M. S. O. —.1.—

Minty, L. Le Marchant: English banking methods: the practical operation of an English bank. S. 468. Pitman —.15.—

More, Louis, T.: The Dogma of evolution. Milford —.16.—

Nathan, Manfred: The Renascence of international law. Sweet & M. — 10.—

Oliver, W. M.: The World's industrial parliament; a short popular account of the International Labour Organisation, set up by the Covenant of the League of Nations, Foreword by Viscount Burnham. With fronties. S. 63. Allen & U. —.3.—

Palgrave, R. H. S.: Dictionary of political economy. Edit. by Henry Higgs. S. 942. Macmillan —.36.—

Parsons, J. Inglis: Evolution explained. S. 282. J. Bale —.7.6

Playne, C. E.: The Neuroses of the Nations. S. 468. Allen & U. —.16.—

Price, Richard, R.: Financial support of State Universities. Milford —.15.—

Price, M. T.: Christian missions and Oriental civilisations: a study in culture contact: the reaction of Non-Christian peoples to Protestant missions from the standpoint of Individual and group behaviour. S. 604. Probsthain —.16.—

Reisner, Edward, H.: Nationalism and education since 1739. Macmillan —.12.—

Ridout, Robert E. T.: The industries of the world: an economic geography for senior classes. S. 150. E. Wilson —.3.6

Roberts, Robert: The Social laws of the Qoran: considered and compared with those of the Hebrew and other ancient codes. S. 136. Williams & N. —.10.6

Sadler, Gilbert, T.: A New World by a new cision. S. 140. C. W. Daniel —.4.6

Salt, A. E. W.: Military geography of the British Commonwealth. Foreword by Lt. Gen. Sir C. H. Harington. S. 426. Gale & P. —.10.—

Spencer, Anna: Woman's share in social culture. Lippincott —.10.6

Sorokin, Piterim, A.: The Sociology of revolution. Lippincott —.12.6

Sykes, Joseph: An Outline of English banking administration. S. 92. Pitman —.2.6

Thomas, S. Evelyn: Elements of economics. S. 658. Pitman —.10.6

Parry, R. E.: Geography: the scientific study of human settlement. Book 1, British Isles. Pitman —.3.—

Vaughan, C. E.: Studies in the history of political philosophy before and after Rousseau. Vol. I: From Hobbes to Hume, Vol. II: From Burke to Mazzini. With port. and memoir, and with a list of the writings of Prof. Vaughan. S. 384. Longmans —.42.—

War Office-Memo. on medical diseases in Tropical and Sub-Tropical areas. H. M. S. O. —.2.6

Williams, R.: The League, the Protocol and the Empire. S. 174. Allen & U. —.5.—

Wilson, Woodrow: College and State, educational, literary and political papers, 1875—1913. Edit. by Ray Stannard Baker and William E. Dodd. The public papers of Woodrow Wilson. S. 543. Harper —.30.—

ZUR BERICHTIGUNG

In einer Besprechung unseres Buches „Fern-Ost", welche vor einiger Zeit in dieser Zeitschrift erschienen ist, werden uns ein paar sachliche Irrtümer vorgeworfen. Wir möchten zu diesen Vorwürfen hier kurz Stellung nehmen.

Daß die bekannte japanische Malerschule auf S. 248 Katoschule und nicht vielmehr Kanoschule genannt worden ist, ist natürlich ein Druckfehler, wie denn überhaupt leider noch einige andere, von unserem Kritiker wohl ebenso wie von uns selbst übersehene Druckfehler stehen geblieben sind, z. B. auf S. 297, wo die

Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten fälschlich mit 150 statt 105 Millionen angegeben ist (auf S. 289 steht übrigens die richtige Zahl).

Bedeutsamer ist eine Bemerkung des Herrn Kritikers zu S. 87 unseres Buches. Er wirft uns vor, daß wir die großen Holzsäulen der spätestens im 18. Jahrhundert gebauten großen Palasthallen Pekings aus „amerikanischen Urwäldern" stammen lassen Das sei ein völliger Anachronismus. Nun steht aber bei uns gar nicht zu lesen, daß die Holzsäulen jenes Palastes aus Amerika stammen, sondern im Anschluß an ihre Schilderung wird allgemein gesagt: „Diese enormen chinesischen Holzsäulen sind meist ganze Stämme uralter besonderer Hartholzbäume aus amerikanischen Urwäldern". Wir geben zu, daß es besser gewesen wäre, die Worte „neuerdings" oder „bei neueren Bauten" einzufügen.

Tatsache ist folgendes, wobei wir natürlich die Glaubwürdigkeit unserer Gewährsleute voraussetzen:

Die große 1911 gebaute Halle des Ling-Yin-Klosters bei Hangchow wird von Holzsäulen getragen, zu denen die sogenannte Oregonfichte verwendet ist (C. Crow, The Traveller's Handbook for China, S. 123). Und von den Holzsäulen des 1889 durch Blitz zerstörten und dann wieder aufgebauten Himmelstempels in Peking gilt dasselbe: „Man benutzte die Oregonfichte, und die Säulen wurden mit großen Kosten von Portland nach Peking verfrachtet". (Ebenda S. 211; s. a. Juliet Bredon, Peking, S. 143). Der Gedanke, etwa K'ang Hsi oder Ch'ien Lung oder gar noch frühere chinesische Kaiser mit Amerika Handel treiben zu lassen, hat uns wirklich ganz fern gelegen.

Hans und Margarete Driesch.

ZUR BERICHTIGUNG VON HERRN UND FRAU PROFESSOR DRIESCH

1. Der nebenbei in meiner Besprechung erwähnte Druckfehler Kato- statt Kano-Schule ist natürlich an sich unwichtig, und wurde nur erwähnt, weil gerade die Kano-Schule so berühmt ist und deren Name auch den meisten Europäern, die im Osten gewesen sind, so geläufig ist, daß dieser Druckfehler sozusagen den Augen wehtut. Es wurden übrigens auch in anderen Besprechungen gelegentlich besonders auffällige Druckfehler erwähnt, so z. B. in der des Buches von Colin Roß das mehrfach wiederkehrende falsche Wort Takemono statt Tokonoma.

2. Was meine Bemerkung zu den Holzsäulen betrifft, die angeblich aus amerikanischen Urwäldern stammen sollen, so machen die Verfasser geltend, daß sie „im Anschluß an ihre Schilderungen des Thronsaales in der Verbotenen Stadt allgemein gesagt hätten: Diese enormen chinesischen Holzsäulen sind meist ganze Stämme uralter besonderer Hartholzbäume aus amerikanischen Urwäldern."

Auf Seite 87 steht aber folgender Abschnitt: „Die Thronhalle ist 33 m hoch, 60 m breit und 30 m tief. Es ist eine vornehme dunkle Pracht, die uns innen umgibt. In der Mitte auf einer erhöhten Plattform, der vergoldete Thronsessel, davor ein großer Weihrauchkessel von alter Cloisonné-Arbeit in Türkisblau und Gold. Um den Thronaufbau herum hohe dicke Holzsäulen mit Goldlack-Ornamenten dick bedeckt, und im weiteren Umkreis gleich mächtige Säulen, aber dunkelrot lackiert. Diese enormen chinesischen Holzsäulen sind meist ganze Stämme uralter besonderer Hartholzbäume aus amerikanischen Urwäldern. Über dem Thron steigert sich die Decke zu einem Kuppelbau" usw. . . .

Die Erwähnung der Holzsäulen erfolgt also nicht im allgemeinen im Anschluß an die Schilderung des Thronsaals, sondern im spezi-

ellen inmitten dieser Schilderung, und jeder unbefangene Leser muß den Eindruck haben, daß mit diesen Holzsäulen eben die Säulen des Thronsaals in der Verbotenen Stadt gemeint sind.

Daß im Jahre 1911 an einer ganz anderen Stelle, nämlich in Hangtschau, Holzsäulen aus amerikanischen Oregon-Fichten aufgerichtet worden sind, ist durchaus möglich und wird nicht bestritten. K. Haushofer.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114



